Bemühungen für ein linkes Wahlbündnis S. 10 S. 10

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 50 vom 17. Dezember 1982 — 16. Jahrgang — 1 DM

Große Tarifkommissionen der IG Metall Baden-Württemberg

7,5-Prozent-Forderung bekräftigt

Empfehlung des IGM-Vorstandes nicht angenommen

Die Empfehlung des Vorstandes der IG Metall an die verschiedenen Tarifbezirke, keine Forderungen über 6,5 Prozent mehr Lohn zu erheben, ist durch die Abstimmung der GTKs in Baden-Württemberg abgelehnt worden. Ganze elf Mitglieder sprachen sich für die Vorstandsempfehlung aus, die übergroße Mehrheit behielt die vorher genannten 7,5 Prozent bei.

Ebenso wurde auch ein Sockelbetrag für die unteren Lohngruppen beschlossen. Das Wichtigste an dieser Entscheidung der IG Metall Baden-Württemberg sind sicherlich folgende beiden Punkte: Zum einen ist es eine Absage an die Hetzkampagne der Unternehmer, die ja schon die niedrigere Empfehlung des IGM-Vorstands als „Kriegserklärung" diffamiert hatten. Es ist der Versuch, wenigstens eine Perspektive für eine Sicherung des Reallohns offenzuhalten.

Zum anderen ist dieser Entschluß auch eine Absage an die Taktik der Kapitulation vor dem Druck der Kapitalisten, die der IGM-Vorstand wie schon bei Arbed auch im Vorfeld der Tarifrunde eingeschlagen hatte. Sicher: Der Vorstand kann diesen Beschluß zur Seite wischen. Dazu hat er laut Satzung das Recht. Und mit Sicherheit ist auch etwas dran, wenn gesagt wird, daß der Alleingang eines Tarifbezirks nicht möglich ist.

Aber: es braucht ja kein Alleingang zu bleiben! Es braucht nicht nur ein Beschluß mit Signalwirkung bleiben — das ist er ohnehin. Ein Signal ist er ohnehin dafür, daß es Gewerkschafter gibt, die sich dem „Sozialpartnerschaftsdiktat" nicht ohne weiteres unterwerfen, sich der Kapitulation vor den Reichen und Mächtigen nicht ohne weiteres anschließen.

Es kann auch ein Beschluß werden, der andere Bezirke mitzieht, der eine Kampffront aufbaut — wenn er die Unterstützung der aktiven, kämpferischen Gewerkschafter der anderen Bezirke findet. Und das muß er, auch wenn es zunächst einmal kein „hoher" Beschluß ist: Konkret gesehen ist hier die



Schon bei den DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau, wie hier in Hannover, gab es Protest gegen die Politik des Lohnverzichts

Trennlinie, deshalb muß das unterstützt werden.

Die Kapitalisten jedenfalls waren in ihrer ersten Reaktion bezeichnend. Der im Rundfunk gefragte Vertreter der Metallindustriellen war regelrecht sprachlos — zu sehr war er darauf vorbereitet gewesen, gegen eine 6,5-Prozent-Forderung zu hetzen. Das ging nicht mehr so recht, denn jetzt war ja tatsächlich im größten Bezirk der IG Metall eine höhere Forderung verabschiedet worden. Andererseits wollte er die 6,5 Prozent natürlich auch nicht zur „Waffenstillstandserklärung" oder ähnlichem uminterpretieren. Den Kapitalisten geht es ja nur um eines: Die Senkung der Reallöhne aus den letzten Jahren jetzt zu beschleunigen. Den „Kostendruck" senken, wie sie das so schön volkswirtschaftlich-neutral ausdrücken.

Gegen dieses Diktat des Verzichts, des Opfergangs der Arbeiter für die Tresore der Millionäre, ist diese 7,5-Prozent-Forderung eine Kampfansage.

Blockade hieß das Stichwort für Tausende Gegner des NATO-„Doppelbeschlusses", der nach dem Willen der Kriegstreiber im nächsten Jahr zur Stationierung amerikanischer Erstschlags-Atomwaffen im Bundesgebiet führen soll, am 12.12.82. An diesem Tag wurde der Beschluß drei Jahre alt. Bei der Blockade der US-Kommandozentrale für Europa (EUCOM) in Stuttgart wurden 200 Personen festgenommen, die nun die Kosten des Polizeieinsatzes tragen sollen. (Siehe auch unten)

Die „schwarzen Kassen" der Großbanken quellen über

6 Mrd. Mark Zinsüberschüsse in zehn Monaten

Die Zehnmonatsbilanz der drei Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) sprengt alles bisher dagewesene. Die für diesen Zeitraum (bis Ende Oktober) ausgewiesenen Überschüsse bei Zinsen und Provisionen zeigen in aller Deutlichkeit, wie hier an der Krise, an der Arbeitslosigkeit und Sozialabbau verdient wird. Die Deutsche Bank, mit einem Zinsüberschuß von 3,1777 Milliarden Mark in dieser Zeit, schlägt dabei alle Rekorde.

Aber auch die Zinsüberschüsse der beiden anderen Großbanken brauchen nicht „versteckt" zu werden: 1,707 Milliarden Mark bei der Dresdner, 1,123 Milliarden bei der Commerzbank. Das sind zusammen ziemlich genau 6 Milliarden Mark.

Nun weiß man, wie die Geschäfte dieser feinen Herrschaften laufen: Daß man alleine durch Buchungsverzögerungen bei Einzahlungen der Kleinkunden im Jahr sage und schreibe 100 Millionen verdienen kann, zum Beispiel. Aber mit solchen feinen Touren kann man höchstens 10 Prozent eines solchen Zinsüberschusses hereinholen. Auch die Provisionsüberschüsse der „drei Großen", die zusammen 1,7 Milliarden Mark betragen, lassen sich nicht vor allem durch Tricks verdienen.

Das große Geschäft machen die Bosse der Hochfinanz mit der Verschuldung breitester Teile der Bevölkerung und mit den Zinsen, die man aus den in großen Anteilen aufgelegten Staatsanleihen und aus Betrieben holt. Nur allzuoft wurde gerade in den beiden letzten Jahren bei genauem Hinsehen deutlich, daß viele Betriebe, die in roten Zahlen waren, ihrer Belegschaft lauthals Opfer abforderten, oft Hunderte von Millionen an Zins und Tilgung für die Banken abzweigten.

Hunderttausende verloren so ihren Arbeitsplatz, weil die Banken ihre Zinsgewinne eintrieben, ohne Rücksicht auf Verluste (an Arbeitsplätzen). In diesen beiden Krisenjahren haben die Banken, vor allem die drei Großbanken, die auf das engste mit den größten kapitalistischen Gruppen der Bundesrepublik verschmolzen sind, Riesengewinne gemacht. Dabei schlägt sich das gar nicht unbedingt in den ausgeschütteten Dividenden nieder — die Deutsche Bank beispielsweise bestreitet nur rund ein Viertel ihres verfügbaren Kapitals aus dem Aktienkapital (das ja — angeblich — „der deutschen Hausfrau" gehört, wie es eine Werbekampagne vor Jahren weismachen wollte; kann ja sein: Frau Siemens, Frau Thyssen usw.), sondern an den sogenannten Rücklagen. Diese aber wurden noch nie genau angegeben.

Wenn die Wirtschaft Gewinne macht, gibt es neue Arbeitsplätze — mit dieser Losung gehen die Kapitalisten und ihre Politiker seit langem hausieren. Die Banken jedenfalls machen erhebliche Gewinne — nicht zuletzt durch Betriebsstillegungen...

200 Demonstranten festgenommen

STUTTGART. — Wie von der baden-württembergischen Landesregierung beabsichtigt, wurde die neue „Kostenerstattungsverordnung" des Landes zum ersten Mal gegen Gegner der neuen Atomraketen angewandt: die 200 Festgenommenen von Stuttgart sollen zahlen.

All die anderen sollen durch dieses Exempel eingeschüchtert werden. Die Kriegsgegner in Baden-Württemberg demonstrierten allerdings bewußt, trotz des neuen Erlasses, und ausdrücklich auch gegen diesen Erlaß. An der EUCOM-Blockade beteiligten sich auch die Landtagsabgeordneten Jo Schröder, Michael Sexauer (beide SPD) und Elsbeth Mordo (Grüne). Die Kosten, die ihnen aufgebürdet werden sollen, berechnen sich je 38 DM je Polizist und angefangene Stunde plus Kosten für die Polizeipferde und mehr als 15 Polizeifahrzeuge. Die erstmalige Anwendung der neuen Verordnung, die einen schweren Angriff auf das Demonstrationsrecht darstellt, wird eine Verfassungsklage nach sich ziehen, die von Landtagsvertretern der Grünen und der SPD angekündigt wurde.

In Großengstingen kam es diesmal nicht zu gewaltsamem Polizeieinsatz. Den Weg zum Atomsprengkopflager hatten die Polizeitruppen selbst blokkiert, die Demonstranten wandten sich daraufhin der gegenüberliegenden Raketen-Kaserne zu.

Viele Tausend Menschen beteiligten sich an diesem Wochenende an den verschiedenen Blokkadeaktionen vor NATO-Stützpunkten und Demonstrationen in verschiedenen Städten.



Polizisten im Einsatz gegen Friedensdemonstranten

Zur politischen Lage nach dem Regierungswechsel

So heißt das Referat des Genossen Ernst Aust, das er auf dem Sonderparteitag der KPD am 4. Dezember gehalten hat. In dem Referat wird die gegenwärtige politische Lage analysiert und die Taktik der KPD vorgeschlagen, wie sie der Parteitag akzeptierte.

Wir drucken dieses Referat in zwei Folgen ab. Die erste Folge in dieser Nummer auf unseren Sonderseiten 8 und 9.

Im Hauruck-Verfahren durchgepeitscht:

BRD nimmt Türkei-Hilfe wieder auf

Nur 18 Tage nach seinen Gesprächen in Ankara konnte Außenminister Genscher bei der NATO-Tagung am 8. Dezember seinem türksichen Kollegen Türkmen die erfreuliche Mitteilung machen, daß der DM-Segen für die türkische Militärdiktatur wieder fließt. Die 413,5 Millionen Mark, die für dieses Jahr vorgesehen waren, werden noch bezahlt.

Ende November hatte Genscher seinen Bericht über die Entwicklung in der Türkei vor dem Bundestag gehalten, anschließend hatten die Parteien der Regierungskoalition im Auswärtigen Ausschuß und im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie im (entscheidungsbefugten) Haushaltsausschuß die positive Stellung zur Auszahlung der Beträge durchgesetzt. Notwendig war dieses Verfahren durch einen Beschluß des Bundestages vom 5. Juni 1981 geworden. Damals hatte man, aufgrund der breiten internationalen Protestbewegung und des starken Protestes auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei eine Weiterzahlung der „Türkeihilfe“ an die Bedingung einer sogenannten Redemokratisierung geknüpft. Die konnte nun auch Genscher in seinem Bericht nicht verkünden. Er führte lediglich die (durchaus nicht demokratische) neue Verfassung und eine Anzahl von Versprechungen als Begründung seines Antrags auf Auszahlung an.

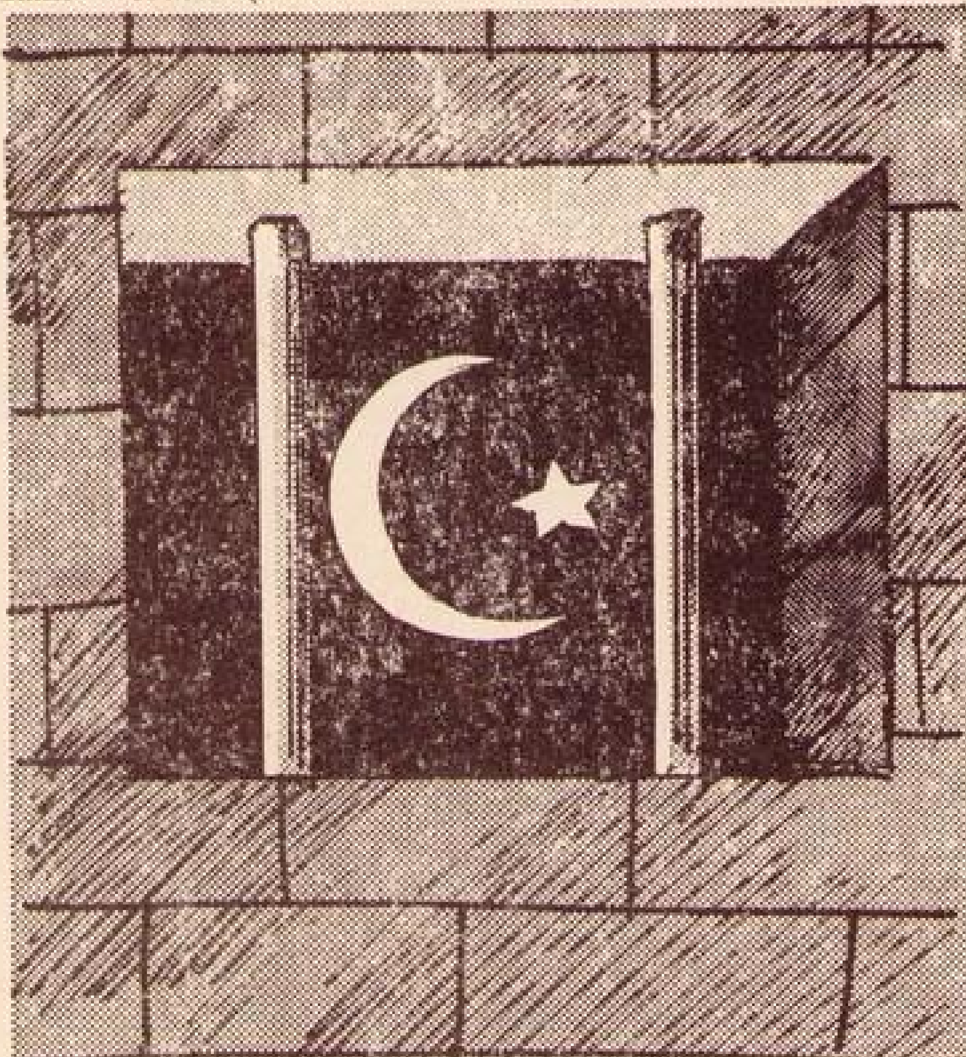
Aber selbst Genscher konnte nur sagen, daß die „Erwartungen des deutschen Bundestages nur teilweise erfüllt“ worden seien. Aber die Eigenschaft der Türkei als NATO-Partner (dessen Rolle mit der Entwicklung im mittleren Osten immer wichtiger werde) sowie „besondere Interessen“, die aus traditioneller Freundschaft entstehen würden, wären Rechtfertigung genug für die Wiederaufnahme bzw. Nachbezahlung der Finanzhilfe.

Einen weiteren Aspekt nannte Genscher ebenfalls in seinem Bericht: „Zur Lösung schwieriger, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland betreffender Fragen bleibt die Bundesregierung auf die Kooperationsbereitschaft der Türkei angewiesen. Dies gilt besonders hinsichtlich der Regelung der Freizügigkeitsfrage im Rahmen des Assoziationsverhältnisses zur Europäischen Gemeinschaft.“

Was heißen soll, daß sich die Bundesregierung auch die Zustimmung der türkischen Regierung für ihre reaktionäre Ausländerpolitik sichern will. Was auf der anderen Seite heißt, daß Kenan Evren auch in dieser Frage die Rechte seines Landes ausverkauft: EG ja, aber ohne die üblichen Rechte für die Bevölkerung aus der Türkei.

Natürlich argumentierte Genscher auch mit der Hilfe der anderen NATO-Staaten: Darüber hatte sich ja auch Kohl mit Reagan in Washington schon am 15. November unterhalten. Die USA zahlen 350 Millionen Dollar, Italien rund 120 Millionen Dollar.

Neben dem Beitrag der BRD von 413,5 Millionen Mark, der jetzt für 1982 ausbezahlt wird — was zusammen mit den oben genannten Summen der Staaten als „OECD-Hilfsprogramm“ läuft, gibt es aber auch noch die NATO-Verteidigungshilfe, in deren Rahmen die BRD der Türkei jährlich 130 Millionen Mark zur Verfügung stellt (diese wurde auch für 1982 schon längst ausbezahlt — noch unter der alten Regierung — und nun auch gleich für 1983 genehmigt) und die Rüstungssonderhilfe der BRD an die NATO. Auch diese war für 82 schon ausbezahlt worden (90 Millionen



Mark) und wurde nun für 83 ebenfalls, im selben Umfang, als letzte Rate genehmigt.

Für die Junta der türkischen Generale hat sich Genschers Besuch in Ankara also wahrlich gelohnt — Zusagen über insgesamt 630 Millionen Mark in kürzester Frist.

630 Millionen Mark, die die Bonner „Sparkommissare“ so eben mal ausgeben? Für sie und ihre Hintermänner im Gegenteil gut investiertes Geld.

In einem Staat, der für die NATO immer wichtiger wird, schon alleine wegen seiner Lage, müssen die Herren Generale nun mal eben für Ruhe und (militärische Zucht und) Ordnung sorgen. Gewerkschaftsverbote, Pressezensur, Massenprozesse, Folter — das ist da nicht so wichtig, das paßt in das „Demokratie“-Verständnis dieser Regierung gut hinein. Nicht nur in der Türkei, aber da vor allem.

Für alle antifaschistisch gesinnten Menschen in der Bundesrepublik erst recht ein Anlaß verstärkt zu fordern:

Schluß mit der Unterstützung der faschistischen Junta in der Türkei! Schluß mit der Türkei-Hilfe!

Dortmunder Polizeiskandal

Die Affäre weitet sich aus

DORTMUND. — Der Skandal um die diebische Polizei im Dortmunder Schutzbereich West (der „Rote Morgen“ berichtet) weitet sich aus. Von 170 dort tätigen Beamten sind mittlerweile 27 ins Zwielicht geraten. Sie alle haben von der Selbstbedienung profitiert, die Beamte bei festgestellten Einbrüchen getätigt haben.

So ist schon fast jeder fünfte Polizist verdächtig, gewußt haben sollen von diesen Vorgängen noch viel mehr.

Elf Polizisten, die einsitzen, sollen den „harten Kern“ der Bande bilden, bei weiteren 16 wurden jetzt Hausdurchsuchungen durchgeführt, 14 wurden der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Obwohl die ermittelnde Staatsanwaltschaft die „Sonderkommission zur Bekämpfung der Straßenkriminalität“ als eine Truppe darstellte, „die innerlich faul und krank ist“ und sie „verkommen“ nannte, spekuliert man darauf, daß sich die erste Empörung über die kriminellen Polizisten schon gelegt hat und wiegelt ab.

Neue Verhaftungen gab es trotz der vielen neuen Verdächtigen nicht. Einigen Polizisten wurde zugute gehalten, daß sie ein „glaubhaftes Geständnis abgelegt“ hätten, anderen wird lediglich vorgeworfen, sich am Diebesgut Dritter bereichert zu haben. Wieder andere werden damit aus der Schußlinie genommen, daß sie mit dem Diebesgut ja keinen Handel aufgezogen hätten. Sie sind, so die Staatsanwaltschaft, nur als „Selbstversorger“ verdächtigt und bleiben auf freiem Fuß.

Noch kann die Staatsanwaltschaft der Presse mitteilen: „Die Masse der Beamten des Schutzbereiches West ist nicht verdächtigt“. Aber 27 Verdächtige bei 170 Beamten ist ein Alarmzeichen.

KPD-Veranstaltung in München

Kann man in der Krise kämpfen?
Gezeigt wird u.a. der Film vom Ford-Streik
Dienstag, 21.12.1982, 19.30 Uhr
Gaststätte Turner-Gustl, Maistr. 21

Spendenliste

Spendenkampagen zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD.
Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

	DM
KPD Mainz	300,—
R.K., Westberlin	500,—
KS Hannover	500,—
KPD Heilbronn	150,—
LBV Weser-Ems	938,—
LBV Westfalen-Lippe	130,—
Spendensammlung LBV Baden-Württemberg am 30.10.	375,—
KPD Kempten	300,—
A.-D.M., Westberlin	1000,—
E.P., Hamburg	100,—
E.L., Bremen	200,—
Sektion Westberlin	270,—
Zelle Stuttgart-Ost	920,—
Zelle Hoesch, Dortmund	370,—
E. u. W.A., Müden	100,—
Insgesamt	**6153,—**

Damit sind bisher für die Spendenkampagne anläßlich des 5. ordentlichen Parteitags der KPD **114550,10 DM** an Spenden bei uns eingegangen.
Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Dortmund: Friedensveranstaltung der DGB-Jugend NRW

Gebt dem Frieden (bitte, bitte?) eine Chance



DORTMUND. — Mehrere tausend Jugendliche besuchten am 11.12. in Dortmund die Großveranstaltung der DGB-Jugend unter dem Motto „Gebt dem Frieden eine Chance“. Bei dem Superangebot an Künstlern, von den Schmetterlinge, über Wader, Wecker, Quilapayun und der Rockgruppe Grobschnitt, um nur die „großen“ zu nennen, kamen die inhaltlichen Aussagen viel zu kurz.

Die — nicht einmal wortradikale — lamentierende Rede des Jugendsekretärs Klaus Peter Henning und die Stellungnahme von Bernt Engelmann waren die einzigen Wortbeiträge. Ansonsten war Musikkonsum angesagt. Lediglich die Schmetterlinge aus Wien, und der Liedermacher Frank Baier, der die Ansagen machte, brachten kämferische Töne in die Veranstaltung. Frank Baier, der aus seinem kritischen Verhältnis zu einigen Punkten der DGB-Politik keinen Hehl machte, konnte allerdings wegen der Beiträge der Gruppen seine eigenen Lieder nicht mehr bringen. Die Schmetterlinge aus Wien unterbrachen ihr Programm und brachten eine Stellungnahme zum Motto der Veranstaltung. „Das hört sich so an, wie ‚gebt dem Frieden doch bitte, bitte eine Chance‘“, sagten sie, und fragten, ob es eigentlich kein Thema sei, mal darüber nachzudenken, welchen Beitrag zum Kampf gegen Kriegspolitik nicht die Vorbereitung der nächsten Großdemo in Bonn („... das juckt die Flick-Parteien doch nur ganz wenig ...“) sondern ein Streik von Arbeitern für dieses Ziel darstellen könne.

Viel Unbehagen blieb nach diesem Mammutkulturprogramm, der „Rote Morgen“ telefonierte am 13.12. mit Herbert Tampier, Mitglied der Schmetterlinge in Wien. Im folgenden geben wir das Gespräch, leicht gekürzt, wieder:

... das aktuelle Interview...

RM: Wie war euer Eindruck von der Veranstaltung?

Herbert Tampier: Insgesamt war unser Eindruck gut, es war ganz gut, daß diese Sache überhaupt stattgefunden hat. Aber von Ausnahmen abgesehen, war es nicht so politisch, wie wir eigentlich erwartet hätten.

Sehr gut war aber die Moderation von Frank Baier, das hat er gut gemacht, das muß man herausstreichen.

RM: Zu eurer Ansage, habt ihr das schon vorher überlegt, oder war das spontan?

Herbert Tampier: Wir haben das Motto der Veranstaltung eigentlich erst sehr spät zur Kenntnis genommen. Wir kannten es schon vorher, aber haben es eher so überlesen. Erst „vor Ort“, zwischen Sound-Check und Auftritt ist uns klar geworden, daß es doch eine sehr niedliche Art ist zu formulieren. So haben wir uns entschlossen, uns dazu zu äußern.

Ihr habt es ja gehört. Es ging uns darum zu sagen, daß die Friedensbewegung nur einen guten Fortschritt machen, einen qualitativen Sprung machen wird, und ein Faktor, eine politische Kraft wird die zählt, wenn sie den gewerkschaftlichen Weg geht.

RM: Gab es Reaktionen auf eure Bemerkungen:

Herbert Tampier: Ja, es gab einige Leute, die nachher zu uns gekommen sind, und gesagt haben, sie haben das gut gefunden, sie hätten sich ähnliches gedacht, es sei gut gewesen, daß wir das gebracht hätten.

RM: Negative Reaktionen ...?

Herbert Tampier: ... sind uns nicht zu Ohren gekommen, auch der DGB hat sich nicht geäußert. Es war ja auch nicht darauf abgesehen, mit dem DGB im Streit zu gehen, es gab keinen Eklat. Es war uns halt ein Bedürfnis, das zu sagen, und offensichtlich ist unser Bedürfnis auf Gegenliebe gestoßen.

RM: Es gab aber schon mal eine größere Aufnahmebereitschaft für solche kritischen Bemerkungen bei ähnlichen Veranstaltungen.

Herbert Tampier: Ja, ja natürlich. Aber man muß davon ausgehen, daß die Leute sehr unvorbereitet kommen (!RM), es war keine Erklärung, die sofort Jubel auslöst. Von daher waren wir eigentlich nicht überrascht, daß es relativ ruhig war an der Stelle. Aber zum anderen: vielleicht hat sich jemand beim Nachhausegehen gedacht, eigentlich haben die recht gehabt ...

RM: Das denken wir auch, vielen Dank für dieses Gespräch.

Achtung!

Das auf den Seiten 6 und 7 in Auszügen wiedergegebene Papier der IHK/NRW zur Ausländerpolitik kann man als ganzes bestellen. Dazu kann der untenstehende Bestellschein benutzt werden.
Der Preis pro Exemplar beträgt 2,50 DM.
Das IHK-Papier wurde uns vom Redaktionskollektiv der Schülerzeitung „Schülerecho“ aus Bochum zur Verfügung gestellt. Vielen Dank dafür.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich Exemplare der „Dokumentation Nr. 1“ des „Schülerecho“.
Name:..............................Vorname: ....
Anschrift ....
Organisation: ....
Den Betrag von DM habe ich auf das Konto 125015842 (Detlev Hauser) der Sparkasse Bochum (BLZ 43050001) unter Angabe des Stichwortes „Dokumentation Nr. 1“ überwiesen.
Datum: ....Unterschrift: ....

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

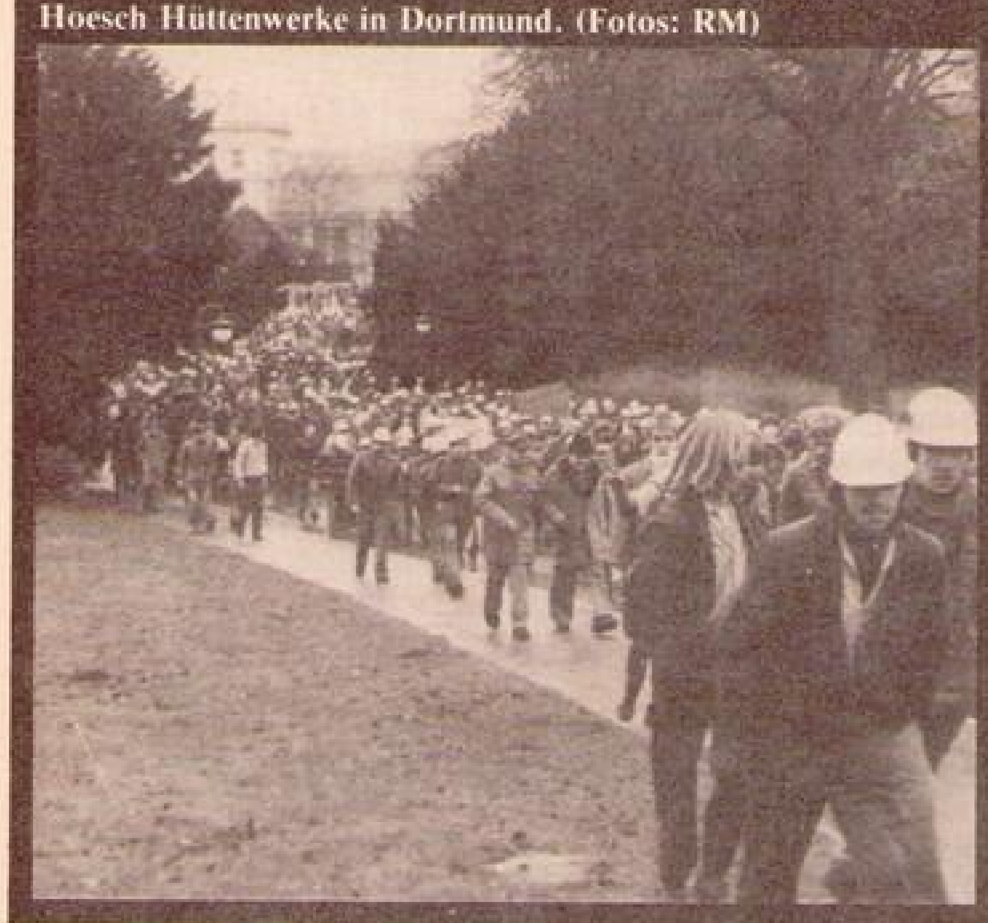


Ungewöhnlicher Besuch auf Villa Hügel

Das hochherrschaftliche Gelände um die Krupp-Villa Hügel hatte am 9. Dezember ungewöhnliche Gäste. Während im Hause der Vorstand der Fried. Krupp GmbH mit Bertold Beitz an der Spitze tagte, kam eine „Delegation" von Krupp-Arbeitern.



Die angekündigte Delegation wurde immer größer. Den Bossen ist sicher mulmig geworden. Große Teile der Belegschaft der Maschinen- und Anlagebaufirma Buckau und Wolf, die von Arbeitsplatzvernichtung bedroht ist, trafen mit den Hüttenarbeitern aus Rheinhausen zusammen. Die Rheinhausener Delegation paßte gerade in 33 Busse hinein. Die Stahlarbeiter — oft mit einem schwarzen Kreuz auf ihren Helmen — protestierten gegen die Stillegungspläne. 2500 Kollegen waren es schließlich vor der Kapitalistenvilla, sie hörten auch Grüße von Stahlarbeitern der Hoesch Hüttenwerke in Dortmund. (Fotos: RM)



Mehr als 15000 demonstrierten in Duisburg

Nach der Kupferhütte und Krupp jetzt Thyssen?

Tausende Arbeitsplätze in Gefahr

DUISBURG. — Europäischer Stahlstandort Nr. 1, so wird Duisburg gern genannt. Damit kann es bald vorbei sein, wenn die Pläne der Stahlbosse und Banken durchkommen.

Bei knapp 240000 abhängig Beschäftigten in der Stahlstadt sind fast 26000 Menschen arbeitslos. 34000 haben Kurzarbeit und in den großen Stahlbetrieben der Stadt stehen Massenentlassungen an.

Diese Zahl kann schnell auf 40000 Arbeitslose und noch sehr viel mehr Kurzarbeiter ansteigen, wenn nicht bald was geschieht. Das war die einhellige Meinung auf der Demonstration des DGB am vergangenen Freitag, zu der nach Angaben des Veranstalters 15000 bis 20000 Menschen gekommen waren.

Zu der Demonstration kam der größte Teil der Arbeiter von der Kupferhütte und von Krupp/Rheinhausen. Von Krupp nahm die gesamte Mittagsschicht an der Demonstration teil, sodaß nichts mehr produziert wurde.

Während Redner, wie etwa der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Farthmann, mit Pfiffen empfangen wurden, kamen die Redebeiträge von Stahlarbeitern von Krupp/Hagen und Hoesch/Dortmund positiv an, weil sie den gemeinsamen Kampf aller Stahlarbeiter forderten, oder wie die Hagener Kollegen, die Verstaatlichung der Stahlindustrie verlangten.

Zu dieser Kundgebung, bei der Genossen der KPD einen gut besuchten Informationsstand machten, kamen auch viele Angehörige der bedrohten Stahlwerker. Die vom Kundgebungsplatz nicht weit entfernte Einkaufszone war deutlich weniger besucht als sonst zur gleichen Zeit.

Nach der beabsichtigten Schließung der Duisburger Kupferhütte, die 1600 Kollegen arbeitslos machen wird, stehen zur Zeit vor allem bei Krupp in Rheinhausen die Zeichen auf Sturm. (Der „Rote Morgen" berichtete bereits vergangene Woche).

Das mit den modernsten Maschinen ausgerüstete Werk in Rheinhausen ist der zentrale Punkt der „Sanierungspläne" der Krupp-Bosse. Zum 1. Februar schon sollen 3600 Kollegen entlassen werden, bis Ende 1984 insgesamt 5300, dazu noch 900 von 1400 Angestellten. Die betroffenen Kollegen sollen dabei für 30 Monate auf sogenannte Nullkurzarbeit gesetzt werden. Das heißt, sie sind praktisch arbeitslos und können sich bei der momentanen Politik der Stahlindustrie genau ausrechnen, wann sie endgültig, „offiziell" entlassen werden. Bis Redaktionsschluß hat sich der Vorstand der Krupp Stahl noch in keiner Weise geäußert, ob er Ausgleichszahlungen über das Kurzarbeitergeld hinaus — das sind 68 Prozent vom letzten Lohn — zu zahlen bereit ist.

Seit Bekanntwerden dieser Pläne war es keinen Tag ruhig im Werk, auch nicht im Duisburger Stadtteil Rheinhausen. Belegschaftsversammlungen, Informationstreffen des Betriebsrates, Warnstreiks, Protestaktionen, wie der Besuch der Villa Hügel (siehe nebenstehender Bericht), lösten einander ab.

Höhepunkt, aber noch nicht letzte Aktion, war die Demonstration am 10.12. Als nächstes will man zur Stahl-Debatte des NRW-Landtages fahren.

Neueste Schreckensmeldung aus Duisburg: nach Angaben der IG Metall finden bei Thyssen über „Kapazitätsabbau sehr intensive Gespräche" auf Vorstandsebene statt. **Nach der Kupferhütte und bei Krupp wollen die Stahlbosse jetzt auch bei Thyssen zuschlagen. Erste Zahlen sprechen von weiteren 4000 Arbeitsplätzen, die in Duisburg vernichtet werden sollen.**



Spontane Kundgebung der Arbeiter von Krupp/Rheinhausen am 2.12. vor der Hüttenverwaltung



Weihnachtsgrüße vom Vorstand: Entlassungen!

Westberlin: Schüler und Studenten gegen Sozialabbau

Hände weg vom Bafög!

(Leserbericht)

Eine DGB-Demonstration gegen soziale Demontage wie in Westdeutschland gab es in Westberlin nicht. Die hiesigen Oberbonzen hatten dies mit dem Hinweis auf die „zu geringe Demonstrationsbereitschaft der Kollegen" abgewürgt und stattdessen eine Funktionärsversammlung in geschlossenem Saal angekündigt. Aber selbst die fand nicht statt.

Anders dagegen die Haltung der GEW und verschiedener Schüler- und Studentenorganisationen: Sie mobilisierten, wenn auch erst recht spät, zu einer Bafög-Demo am 1.12. Auch wir von den Kommunistischen Studenten (KS) Westberlin wurden aktiv. Schon lange hatten wir vorgehabt, etwas gegen den Sozialklau zu tun. Wir machten in der Woche vor der Demo eine kleinere Veranstaltung an der Uni — die zweite seit Gründung unseres Verbandes. Dazu klebten wir Plakate, verteilten Handzettel und — was sich als das wichtigste erwies — sprachen persönlich Freunde und Sympathisanten an. Es kamen schließlich außer uns KS-lern sechs Kommiliton(inn)en, was sicher nicht viel ist, aber mehr als letztes Mal. Vor allem: es entspann sich eine sehr lebendige und interessante Diskussion, zu der insbesondere ein Videofilm über die Wirtschaftskrise und der von uns eingeladene RGO-Betriebsrat anregten. Die gemeinsamen Interessen von Arbeitern, Arbeitslosen, Schülern und Studenten wurden sehr deutlich, und wir beschlossen, in dieser Richtung aktiver zu werden.

Konkrete Ergebnisse: Wir fertigten gemeinsam ein Transparent für die Bafög-Demo an, gingen dort gemeinsam hin und planen für den Januar schon die nächste Veranstaltung — diesmal gegen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit und diesmal noch besser vorbereitet und organisiert!

Auf die Demo am 1.12. kamen dann selbst nach offiziellen Angaben weit über 10000 Studenten und Schüler. Die letzte Studentendemo dieser Größenordnung ist über fünf Jahre her; außerdem war dies die erste Studenten-Demo seit zwei Jahren (damals kamen 1500)! Auf Spruchbändern, Flugblättern und in Sprechchören wurde immer wieder gefordert: „Hände weg vom Bafög!", „In der Rüstung sind sie fix — für die Bildung tun sie nix!", „Bafög statt Raketen!" usw.

Die Polizei, die massiv wie nie zuvor bei Demos dieser Art in voller Bürgerkriegsmontur angerückt war, schützte in erster Linie das Renommierkaufhaus „KaDeWe", Banken und Sparkassen sowie Hauseigentümer-Büros. Die Demonstranten riefen ihnen zu: „Helm ab zum Denken!", „Wir woll'n Stullen, keine Bullen!" und „Schützt das Bafög, nicht die Banken!" Zu provozierten Schlägereien der Bullen kam es zum Glück nicht.

Es gab auf der Demo sehr viele originelle Einfälle: Eine Gruppe sang — in der Kluft von Weihnachtsengelchen — zu Weihnachtsmelodien Lieder gegen Sozialabbau und Rüstungswahn, eine andere saß — als Bettler „verkleidet" — am Straßenrand und bat um milde Gaben. Dem konnte abgeholfen werden, hatten wir von den KS doch 100-Mark-Scheine vorbereitet, die wir mit Sprüchen wie „Uns Schülern und Studenten geht's in Wirklichkeit saugut, wir haben viel zu viel Bafög" unter die Passanten verteilten — und eben auch an die bettelnden Studenten am Kantstein, die sich natürlich über diesen unerwarteten Weihnachtssegen sehr freuten. Überhaupt erregte unsere Aktion Aufsehen und fand ein sehr positives Echo.

Aber auch die Genoss(inn)en der KJD hatten nicht auf der faulen Haut gelegen: Sie hatten in Windeseile einen Sarg mit der Aufschrift „Bald sind wir alle Bildungsleichen" angefertigt, eine Idee, die ebenso positiv aufgenommen wurde. Auf unserem KS-Transparent stand — endlich mal wieder in Gelb auf rotem Stoff — „Sozialabbau ist ein Bombengeschäft — Feuer und Flamme für die Sparschweine!"

Insgesamt war die Demo ein klarer Erfolg und hat außerdem noch Spaß gemacht — trotz der eisigen Berliner Kälte. Allerdings fehlte noch sehr stark eine klarere, weitergehende politische Stoßrichtung, der Angriff auf den Kapitalismus; es gab auch nicht so viele kämpferische Sprechchöre und Transparente wie auf den Studenten-Demos vor fünf, sechs Jahren. Aber: die Demo zeigte klar — wie andere Erscheinungen an der Uni auch —, daß in Westberlin eine neue Studentengeneration begonnen hat, in die politische Arena zu treten. Die Masse der Demo-Teilnehmer gehörte den unteren Semestern an und sind und ist politisch noch sehr unerfahren, aber sie ist — und das ist viel wichtiger — zunehmend bereit, für die Verteidigung ihrer legitimen Interessen aktiv zu werden, und die Einsicht wächst, daß dies nur an der Seite der anderen von Lohn- und Sozialabbau betroffenen Bevölkerungsteile erfolgreich verlaufen kann. Die Zeit der alternativen „Basis"-Ideologen mit ihren politischen Rückzugsgefechten geht allmählich ebenso ihrem Ende entgegen, wie einst die Zeit der APO-Opas und danach das Linkssektierertum der „K-Gruppen".

Die Kommunistischen Studenten hatten recht, als sie auf ihrem Gründungskongreß vor anderthalb Jahren genau diese Entwicklung voraussagten. Nun kommt es aber darauf an, diese Chance zu nutzen, wesentlich aktiver und organisierter als bisher in die im Entstehen begriffene neue Studentenbewegung einzugreifen und zu versuchen, in diese Bewegung die sozialistische Perspektive hineinzutragen, d.h. die Studenten zum Kampf gegen das kapitalistische Ausbeuterregime zu mobilisieren. Die Westberliner KS-ler — so wenig wir auch sind — haben bereits begonnen, in diesem Sinne zu handeln, und wir sind voller Zuversicht!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD**, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich (Teil IV)

Der Arbeitslosigkeit einen Riegel vorschieben!

In der letzten Folge unserer Artikelserie befaßten wir uns mit der beispiellosen Rationalisierungswelle, die gegenwärtig in den Betrieben auf uns zurollt. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Mikroelektronik droht uns in der Bundesrepublik und Westberlin ein Anwachsen des Arbeitslosenheeres auf fünf Millionen in wenigen Jahren. Dies ist eine Folge dessen, daß der technische Fortschritt unter kapitalistischen Verhältnissen nicht den sozialen Interessen der arbeitenden Menschen dient, sondern den Profitinteressen der Unternehmer. Für uns, die Arbeiter und Angestellten, bedeutet das: Wir müssen mit Hilfe unserer Gewerkschaften den Kampf gegen den Rationalisierungsterror und gegen die Arbeitslosigkeit aufnehmen. Aber wie? Hier stellt sich die Frage, welche Bedeutung in diesem Zusammenhang die Durchsetzung einer einschneidenden Verkürzung der Arbeitszeit haben könnte. Von den Unternehmern wird die arbeitsplatzsichernde Wirkung der Verkürzung der Arbeitszeit glattweg abgeleugnet. Ihre Motive sind jedoch durchsichtig.

Falsche Fährte

„Die Roboter kommen". Dieser Satz ist zu einem Warnsignal geworden. Natürlich nicht im Sinne gewisser Science-Fiction-Romane, sondern im Sinne der negativen sozialen Auswirkungen, die mit der Nutzung der Mikroelektronik durch die Unternehmer drohen oder bereits eingetreten sind. Am meisten gefürchtet: Die Verdrängung menschlicher Arbeit mit der Folge eines gewaltigen Anwachsens der Massenarbeitslosigkeit.

Angesichts dieser und anderer verhängnisvoller Auswirkungen, die der technische Fortschritt unter kapitalistischen Vorzeichen hat, wird manchmal die Frage aufgeworfen, ob es nicht richtig sei, um des sozialen und gesellschaftlichen Fortschrittes willen die neuen Technologien zu blockieren oder aufzuhalten. Aber darin kann die Alternative nicht liegen.

So richtig es ist,daß die technische Entwicklung unter den gegebenen kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen ein zweischneidiges Schwert ist, so sehr ist es auch wahr, daß es ohne technischen Fortschritt auch keinen sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt geben kann. Oder anders, grundsätzlicher: Die Entwicklung der Produktivkräfte bildet die Grundlage für die Emanzipation der arbeitenden Klasse.

Wer da also glaubt, der technische Fortschritt als solcher sei die Ursache des Übels und müsse bekämpft werden, befindet sich auf dem Holzweg. Was bekämpft werden muß, sind vielmehr die Interessen und Verhältnisse, die aus dem technischen Fortschritt soziales Elend und gesellschaftliche Barbarei machen. Was wir bekämpfen müssen, das ist die kapitalistische Anwendung der Technik, die von rücksichtslosem Profitstreben, von imperialistischem Machtstreben und verbrecherischen Militärstrategien bestimmt wird.

In diesem Zusammenhang sind nicht nur Stichworte wie Neutronenbombe oder Atomkraftwerke angebracht, sondern ebenso: Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung.

Mehr Freizeit, weniger Malocherei!

Gegen den Rationalisierungsterror der Unternehmer müssen wir Widerstand leisten, keine Frage. Das kann aber nicht heißen, die Einführung neuer Techniken und Produktionsmethoden prinzipiell abzulehnen. Nicht die Computer, Terminals und Industrieroboter als solche machen uns das Leben schwer, sondern die Tatsache, daß diese Dinge nicht dazu eingesetzt werden, uns die Arbeit zu erleichtern, uns mehr Freizeit bei steigendem Wohlstand zu ermöglichen, sondern dazu, den Profit des Unternehmers zu erhöhen. Die Profitinteressen der Unternehmer jedoch stehen zu den Interessen von uns Lohnabhängigen in diametralem Gegensatz.

Das ist der Grund, warum die Terminals und Roboter uns keine Entlastung von Streß und aufreibenden Arbeitsbedingungen bringen, sondern sogar noch mehr Streß und neue Belastungen. Statt mehr Freizeit bringt uns die neue Technik ein erhöhtes Arbeitstempo. Statt Humanisierung des Arbeitslebens kommt mit den Robotern die Entwertung beruflicher Qualifikationen und gleichzeitig die Furcht vor Entlassung und Arbeitslosigkeit.

Wir müssen uns dagegen wehren. Im Einzelfall müssen wir nötigenfalls versuchen, die Aufstellung der neuen Anlagen und Maschinen und die Durchführung bestimmter Rationalisierungsmaßnahmen zu verhindern. Im großen und ganzen gesehen aber ist das nicht durchzuhalten,und darin liegt insgesamt auch keine reale Perspektive.

Stattdessen geht es darum, die Einführung der neuen Technik möglichst nur in Verbindung mit bestimmten von uns gestellten Bedingungen zuzulassen, solchen Bedingungen, die negative Auswirkungen verhindern und soziale Verbesserungen garantieren.

Und hier spielt sicherlich die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen, vor allem der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, eine zentrale Rolle.

Traum und Wirklichkeit

In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf, ob und inwiefern es überhaupt möglich ist, den technischen Fortschritt, die ständige Steigerung der Produktivität, die Automatisierung durch gewerkschaftlichen und politischen Druck, durch sozialpolitische Reformen, in sozialen Fortschritt umzumünzen.

Sind denn technische Errungenschaften wie etwa die Mikroelektronik nicht begeisternde Siege menschlichen Strebens? Sie könnten uns doch ein freies, schöpferisches, von Arbeitszwängen, Entbehrungen und sozialer Unsicherheit nicht mehr verhunztes Leben ermöglichen!

Die Antwort auf diese Frage klingt ähnlich wie bei Radio Eriwan: „Im Prinzip ja, aber...". Der Gedanke als solcher ist logisch und einleuchtend. Die Sache hat aber leider einen gewaltigen Haken: Diejenigen, denen in unserem Gesellschaftssystem alle Macht gehört, die die Produktionsmittel in ihrer Hand haben und sie nach ihren Privatinteressen ausnutzen, die desweiteren auch den technischen Fortschritt ihren Profitinteressen unterordnen, also die Besitzer von Fabriken und Banken — sie kennen nur ein Ziel: Sich an der Arbeit der Massen zu bereichern; Profitmaximierung; den Mehrwert, den sie aus unserer Arbeit gewinnen, höher schrauben.

Im Kapitalismus bleibt die Vorstellung von der konsequenten Umsetzung des technischen Fortschritts in ein besseres, sorgenfreies Leben für die arbeitenden Massen ein schöner Traum. Um so mehr die Produktivität der Arbeit steigt, desto mehr steigt auch der Mehrwert, den das Kapital aus unserer Arbeit saugt. Und damit wächst wiederum die Macht, die das Kapital über uns Arbeiter und Angestellte hat. Diese Macht äußert sich beispielsweise darin, daß in den Chefetagen von Banken und Konzernen heute einige Großkapitalisten das Schicksal ganzer Regionen mit Hunderttausenden von Menschen willkürlich nach ihren Privatinteressen entscheiden! Etwa, wenn die Stillegung ganzer Hüttenwerke, wie bei Hoesch in Dortmund, beschlossen wird.

Daran würde sich durch gewöhnliche soziale Reformen nichts Grundlegendes ändern. Auch nicht durch die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Der technische Fortschritt schafft zwar die materiellen Voraussetzungen für ein freies Leben der arbeitenden Bevölkerung in Wohlstand und sozialer Sicherheit, aber um diese Materielle Möglichkeit in soziale Wirklichkeit umsetzen zu können, müssen zuerst die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse radikal verändert werden. Das geht nur durch die revolutionäre Aktion der Massen, durch den Sturz der Herrschaft des Kapitals, durch eine sozialistische Umwälzung der Gesellschaftsordnung.

Als Kommunisten wissen wir, daß die Misere, in die uns der Kapitalismus mehr und mehr stürzt, letztlich diese grundlegende Alternative unausweichlich macht. Andererseits aber ist an eine sozialistische Revolution nicht zu denken, solange diese Überzeugung nicht von der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten geteilt wird. Und davon sind wir momentan sicherlich noch sehr weit entfernt.

Statt Arbeitsplatzvernichtung: Verkürzung der Arbeitszeit

Das zuletzt Gesagte soll keineswegs heißen, daß wir hier und heute nichts an unserer Lage verändern und verbessern könnten. Denken wir an soziale Fortschritte, die wir in den letzten 30 Jahren erreichen konnten: Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall; die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden.

Sicher, heute in den Zeiten der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit, ist der Kampf schwieriger und härter geworden. Die Unternehmerschaft übt einen verstärkten Druck aus und versucht, die organisierte Arbeiterbewegung zu schwächen. Aber auch heute können wir kämpfen, wie z.B. der Stahlarbeiterstreik von 1978/79 zeigt. Und heute ist unser Kampf nötiger denn je!

Unser Kampf kann zwar nichts daran ändern, daß das bestehende System des Kapitalismus uns immer mehr in die Krise bringt. Den krisenfreien Kapitalismus, der uns vor Jahren versprochen wurde, gibt es nicht. Was wir aber sehr wohl verhindern können: Daß ausschließlich wir Arbeiter und Angestellte die ganze Krisensuppe bis zur bitteren Neige auslöffeln müssen; die Abwälzung sämtlicher Lasten der Krise samt und sonders auf unseren Buckel.

Wogegen wir uns durchaus wehren können, das ist der Krisenkurs des Kapitals und seiner Helfershelfer in Bonn. Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung ist ein wichtiger Bestandteil dieses Widerstandes; er ist eine offensive Reaktion auf die Unternehmerangriffe.

Nach allem, was oben festgestellt wurde, dürfte klar sein: Wir bilden uns nicht ein, daß die 35-Stunden-Woche ein Allheilmittel ist, mit dem sämtliche Mißstände des Kapitalismus weggezaubert werden könnten. Auf der anderen Seite kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß die Durchsetzung einschneidender Arbeitszeitverkürzungen bei gleichzeitiger Sicherung des vollen Lohnausgleichs und möglichst auch des vollen Personalausgleichs unsere Lage erheblich verbessern würde.

Die negativen Auswirkungen der Rationalisierung würden teilweise abgefangen. Der vorzeitige Verschleiß der Arbeitskraft und die zunehmenden gesundheitlichen Belastungen würden zurückgedrängt. Vor allem aber: Die Arbeitsplatzvernichtung würde massiv eingeschränkt und dem verheerenden Anwachsen der Arbeitslosigkeit würde ein Riegel vorgeschoben.

35-Stunden-Woche sichert Millionen Arbeitsplätze

Gewisse Skeptiker — es handelt sich seltsamerweise vorwiegend um Sprecher des Unternehmerlagers einschließlich solcher Politiker wie der Graf Lambsdorff — streiten diese positiven Wirkungen einer konsequenten Arbeitszeitverkürzung schlichtweg ab. Nun ja. Man wird zugeben, daß von diesen Herren die 35-Stunden-Woche nicht gerade deshalb auf den Tabu-Katalog gesetzt wurde, weil sie von Zweifeln über den Nutzen dieser Forderung für die Arbeiterschaft geplagt werden.

Andererseits ist es nicht von der Hand zu weisen, daß bei einer Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen die Unternehmer versuchen würden, das Arbeitstempo noch mehr zu erhöhen, um Neueinstellungen (bzw. um den Verzicht auf geplante Personalreduzierungen) zu einem gewissen Grad zu vermeiden.

Aber erstens können sie ihre Rechnung nicht ohne den Wirt machen. Der Wirt, das wäre in diesem Fall die durch den erfolgreichen Kampf für Arbeitszeitverkürzung stark und selbstgewußt gewordene Arbeiter- und Angestelltenschaft. Und nicht umsonst heißt unsere Forderung schließlich: „(...) bei vollem Personalausgleich". Und zweitens zeigen alle Erfahrungen der Vergangenheit, sei es mit gesetzlichen, sei es mit tariflichen Arbeitszeitverkürzungen, daß die Auswirkungen positiv sind. Nicht zuletzt haben diese Erfahrungen auch die beschäftigungspolitische Wirkung bestätigt (auf entsprechende Forschungsergebnisse werden wir später zurückkommen).

An diesem Punkt sei folgendes eingefügt: Die weitverbreitete Ansicht, daß Rationalisierungsschübe und die Steigerung der Arbeitsproduktivität als Reaktion der Unternehmer auf Arbeitszeitverkürzungen zustandekommen, ist irrig. Bei genauerer Untersuchung der Zusammenhänge erweist es sich, daß eher umgekehrt ein Schuh draus wird: Der Kampf der Arbeiter und Angestellten für die Verkürzung der Arbeitszeit ist mehr oder weniger eine Reaktion auf die Rationalisierung und auf Produktivitätssteigerungen. Es liegt in der inneren Dynamik des Kapitalismus begründet, daß die Unternehmer die Rationalisierung vorantreiben und gleichzeitig ständig versuchen, höhere Arbeitsleistungen aus ihren Beschäftigten herauszupressen.

Selbst die bürgerliche Sozialforschung kommt nicht umhin, diese Zusammenhänge anzuerkennen. Dafür ein Beispiel: In einer wissenschaftlichen Studie von Mitarbeitern des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) wird ausgeführt:

„Aber auch abgesehen davon ist es grundsätzlich fragwürdig, inwieweit die in der Vergangenheit beobachtete, laufende Produktivitätssteigerung ursächlich vorwiegend auf die Arbeitszeitverkürzung zurückgeführt werden kann. Wahrscheinlicher erscheint, daß technischer Fortschritt und Kapitalintensivierung sich weitgehend unabhängig von der Arbeitszeitentwicklung aus betriebswirtschaftlicher ‚ratio', gefördert noch durch den zwischenbetrieblichen und internationalen Wettbewerb, vollziehen,und daß Einsparungen von Arbeitsvolumen eher die Folge denn die Ursache dieses Prozesses sind."

In der genannten Studie, die sich mit der Beziehung von Arbeitszeit und Arbeitsmarkt beschäftigt, finden sich eine Menge interessanter Fakten, Berechnungen und Ergebnisse, die letztlich eindeutig die arbeitsplatzsichernde Wirkung von Arbeitszeitverkürzungen untermauern. Wir werden später darauf zurückkommen.

An dieser Stelle sei zunächst nur das Ergebnis einer Modellrechnung angeführt, die der obengenannte, der Bundesanstalt für Arbeit angegliederte Forschungsinstitut, durchgeführt hat. Danach würden sich rein rechnerisch (d.h. bei voller Umsetzung einer Arbeitszeitverkürzung in die entsprechende Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze ohne irgendwelche Abschläge) folgender Beschäftigungseffekt aus Arbeitszeitverkürzungen ergeben:

- 35-Stunden-Woche = 3 Millionen Arbeitsplätze;
- Verlängerung des Jahresurlaubs um eine Woche = 500000 Arbeitsplätze;
- Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze bei Männern auf 60 und bei Frauen auf 58 Jahre = 300000 Arbeitsplätze.

Hier kann man einwenden, daß dies eine abstrakte Rechnung ist,und daß selbst bei voller Durchsetzung des Personalausgleichs durch tarifliche Vereinbarungen Abschläge vom rein rechnerischen Effekt nicht gänzlich vermieden werden können. Nun gut. Aber dessen ungeachtet verdeutlichen diese Zahlen doch auf eindrucksvolle Weise, daß es möglich ist, durch Arbeitszeitverkürzung Millionen Arbeitsplätze zu sichern und der Massenarbeitslosigkeit ernsthaft zu Leibe zu rücken. (Wird fortgesetzt)



Heute die — morgen wir!

Das Verzichtsabkommen bei einer solch großen Firma wie Arbed-Saarstahl soll ein Präzedenzfall werden, schrieben wir im letzten „Roten Morgen". Nun, da diese Sache gelaufen ist, zeigt sich dies um so mehr: Die Propaganda der Unternehmer hat sich noch mehr verstärkt. Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) im DGB verbreitete dazu ein Flugblatt, das wir im folgenden in Auszügen wiedergeben.

Kolleginnen und Kollegen, wochenlang läuft nun schon das Tauziehen um den drohenden Konkurs der Arbed-Saarstahl. Niemand weiß im voraus, wie es genau enden wird. Aber für die gesamte Arbeiterschaft der Bundesrepublik ist diese Auseinandersetzung schon jetzt von großer Bedeutung, denn

Tarifverträge sollen vom Tisch gefegt werden räge..

Der drohende Konkurs ist für die Arbed-Kapitalisten und für die neue Wunschregierung des Kapitals in Bonn eine weitere Gelegenheit, um einen Vorstoß in Richtung auf eine radikalen Lohnabbau zu unternehmen. Zynisch versuchen sie, die Angst der Belegschaft um ihren Arbeitsplatz dazu auszunutzen, um die IG Metall zu einem Verzicht auf Teile des Weihnachtsgeldes und zu einer erheblichen Verschlechterung von bestehenden Tarifverträgen zu zwingen. Das soll dann der Beitrag der Arbeitnehmer zur Abwendung des Konkurses sein.

Doch in Wirklichkeit wird dadurch überhaupt nichts abgewendet. Schon seit längerem müssen die Saarstahl-Kollegen mit monatlichen Verlusten von rund 300 Mark die Suppe auslöffeln, die ihnen die Unternehmer dort eingebrockt haben. Diese Opfer aber haben sich nicht gelohnt.

Das gesamte Unternehmerlager entfaltet jetzt ein wahres Trommelfeuer gegen die IG Metall. Für sie ist diese Auseinandersetzung gerade im Vorfeld der kommenden Lohnrunde von großer Bedeutung. Gelingt es ihnen, die Stahlarbeiter im Saarland und die IG Metall in die Knie zu zwingen, dann wäre für die Unternehmer eine Bresche geschlagen. Sie wären ermuntert, nicht nur die von ihnen gewünschte Lohnpause auf den Tisch zu bringen, sondern darüber hinaus einseitig Tarifverträge zu kündigen, um über die Senkung der Löhne statt über ihre Anhebung zu verhandeln.

Von Verhandlungen allerdings wird dann kaum mehr die Rede sein können. Nach dem Muster von Arbed-Saarstahl werden die Unternehmer uns dann erpressen wollen: Entweder Lohnkürzungen — oder Tausende fliegen auf die Straße.

Schluß mit den Zugeständnissen an die Unternehmer

Kolleginnen und Kollegen, hier muß doch endlich einmal eins klargestellt werden: Wer bisher die Opfer gebracht hat, das waren doch einzig und allein wir — die Arbeiter und kleinen Angestellten. Wir haben in den letzten Jahren doch erhebliche Abstriche von unseren Reallöhnen hinnehmen müssen. Uns wurden und werden doch ständig die übertariflichen Leistungen gekürzt und die Arbeitshetze verschärft. Wir sind es doch, die mit einem ungeheuren „Beitrag" von über zwei Millionen Arbeitslosen für die von den Unternehmern zu verantwortende Krise bezahlen müssen.

Schon jetzt schreien die Unternehmer, daß die Lohnforderungen der IG Metall von 6,5 Prozent für die kommende Lohnrunde eine „Kriegserklärung" sei. Dabei ist diese Forderung schon so niedrig, daß selbst bei voller Durchsetzung damit kaum noch die gegenwärtige Teuerungsrate auszugleichen ist. Aber die Unternehmer wollen die Hetzkampagne um die Arbed-Saarstahl dazu ausnutzen, unsere Reallöhne noch weiter zu drücken, als schon in den vergangenen Jahren.

Wir meinen: Dieser Kurs der Unternehmer muß jetzt gestoppt werden! Jetzt sind die Reichen dran zu zahlen, die Banken und Bosse. Allein bei Saarstahl streichen die Banken jährlich 300 Millionen Mark an Zinsen ein. Sie müssen jetzt zu einem vollständigen Verzicht darauf gezwungen werden, das wäre ein entscheidender Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze.

Die Gewerkschaften müssen Kampfverbände werden

Es ist der falsche Weg, den die IG Metall jetzt bei Saarstahl eingeschlagen hat. Am 8. Dezember hat sie der Erpressung der Unternehmer und der Regierung nachgegeben und der Halbierung des Weihnachtsgeldes für die nächsten beiden Jahre zugestimmt, und das trotz gültigem Tarifvertrag und ohne jede Garantie für die Arbeitsplätze.

Diese Kapitulation bringt uns Arbeitern nichts ein, den Unternehmern aber alles. Sie fordern nur, ohne ein einziges Zugeständnis machen zu wollen. Sie sind noch nicht einmal bereit, eine Garantie für die Arbeitsplätze auch nur zu reden. Und die Gewerkschafts-Führung läßt sich darauf ein.

Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung bei HDW und MAN

Am Donnerstag, dem 19. 12. um 9.15 Uhr informierte der Vorstandsvorsitzende von HDW/Hamburg, Ahlers, den Betriebsrat: Die Werft könne nur als Reparaturwerft überleben, der Neubau müsse dichtgemacht werden.

Das bedeutet: 2000 Entlassungen sofort, auf Dauer aber geht die ganze Werft mit 4600 Arbeitsplätzen baden, da sie als reine Reparaturwerft in Hamburg eben nicht überleben kann.

Bei MAN, wo noch 1000 Leute arbeiten, erklärte Aufsichtsratsvorsitzender Lennings: Das Motorenwerk wird dichtgemacht. Das ist kein Zufall, schließlich ist das Werk, in dem Schiffsmotoren hergestellt werden, von HDW abhängig. Hier würden 600 Arbeitsplätze sofort vernichtet, auf die Dauer ebenfalls alle.

Daraufhin kam es zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Etwa 1500 bis 2000 HDWler marschierten von Ross in Richtung Köhlbrandbücke, von MAN auch einige Hundert. Als die Züge zusammentragen, gab es eine Kundgebung. Dabei sprachen auch HDW-Vertrauensleute-Vorsitzender Kovk, MAN-Betriebsratsvorsitzender Janssen und der IGM-Sekretär Melzer.

Ein Teil der Kollegen wollte weitermarschieren und sie für einige Zeit sperren. Etwa ein Viertel der Kollegen machte sich schon auf den Weg, kehrte dann aber um, weil die anderen nicht mitkamen. Das lag auch daran, daß die genannten Redner abwiegelten — man solle nichts überstürzen, man brauche jetzt vor allem einen langen Atem.

Nach dieser Kundgebung gingen dann alle zurück in den Betrieb.



Auch Kollegen der RGO mischten bei der Aktion kräftig mit

Einsatzbefehl: Arbeiter verjagen

Am Dienstag letzter Woche konnten die Arbeiter der ENKA-Werke in Kassel auf bittere Weise am eigenen Leibe erfahren, was es mit dem so viel berufenen „Rechtsstaat" auf sich hat. Die Werksleitung rief die Polizei, um eine Blockadekette, die die Belegschaft gebildet hatte, zu verjagen.

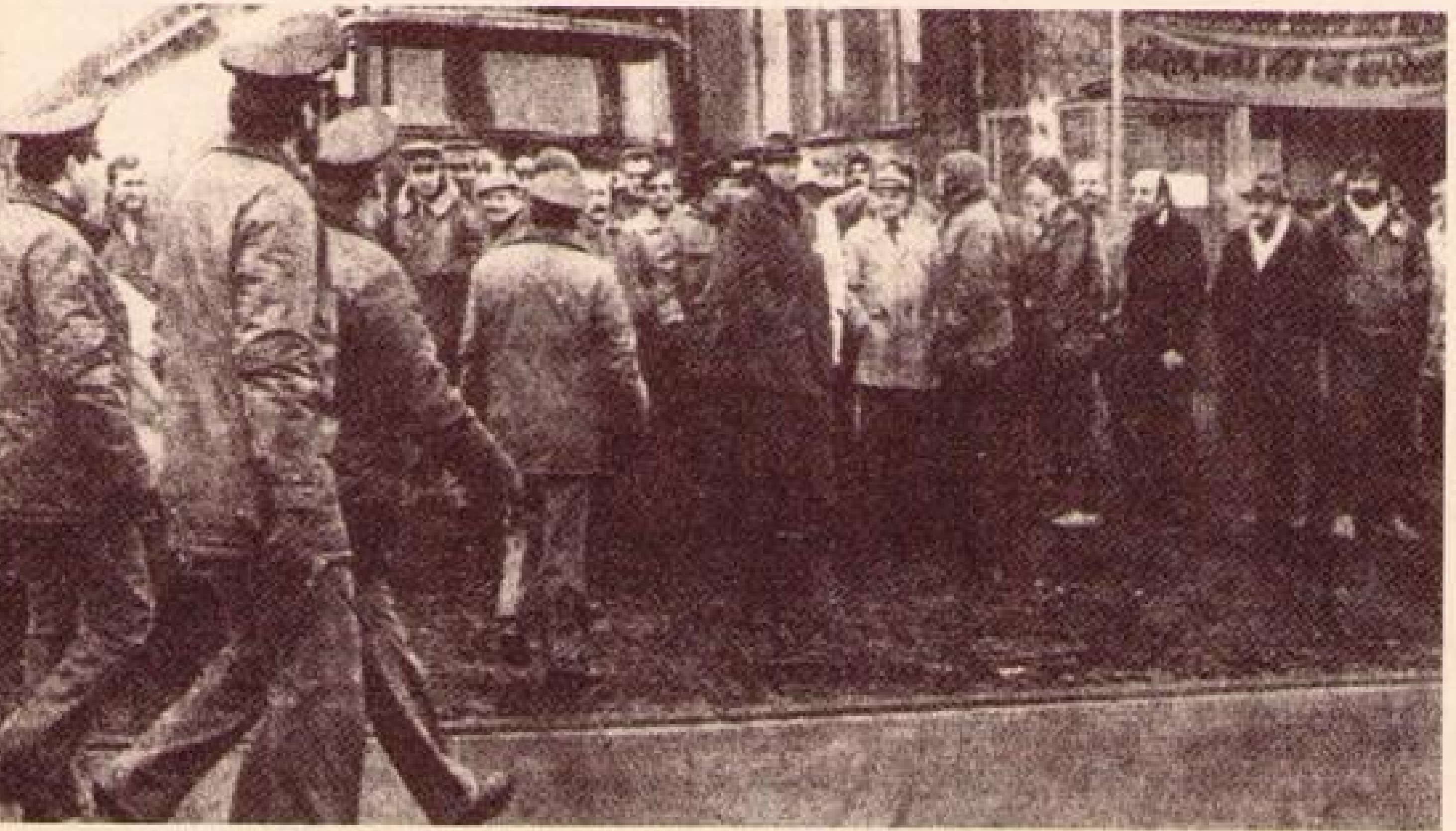
Am Tage zuvor hatten die Arbeiter die konkreten Pläne der Geschäftsleitung (durch die Presse) endgültig erfahren: Am 30. Juni 84 soll das Kasseler ENKA-Werk dicht sein. Schon am selben Abend hatte die Geschäftsleitung die ersten Kündigungen austragen lassen.

Am nächsten Morgen versammelten sich zahlreiche Kollegen und blockierten aus Protest die Eingangstore, hinderten einen niederländischen LKW am Verlassen des Werkes.

Betriebsleiter Schütze rief sofort die Polizei, die auch kam. Nach einigem Gerede kam Kassels Polizeipräsident Ahlborn zur Sache: „Sie verstoßen gegen das Strafrecht. Sie begehen eine Nötigung". Er forderte den Betriebsratsvorsitzenden Haase auf, die Besetzung der Werkstore zu beenden. Darauf Kollege Haase: „Ich habe nach den Kündigungen vollstes Verständnis für die Aktion. Wenn sie rechtswidrig ist, dann ist es genauso rechtswidrig, daß das Werk geschlossen werden soll. Mehr habe ich nicht zu sagen." Also marschierte die Polizei auf, nicht mit der Losung „Knüppel frei!" aber mit dem Ziel, die Kette zu zerschlagen, die Tore freizukämpfen, was ihr auch gelingt. Denn auf einen solch massiven Einsatz waren die Kollegen weder innerlich vorbereitet, noch in der Lage, ihm Widerstand zu leisten, trotz der nun genau zweijährigen Dauer des Kampfes um ENKA/Kassel (Betriebsbesetzung im Dezember 1980, seitdem nun der zweite Hungerstreik von Belegschaftsmitgliedern). Nach den Ereignissen des Druckerstreiks von 1978 ist dies das erste Mal, daß Polizei gegen streikende Arbeiter aufmarschiert, sich in aller Deutlichkeit als Büttel des Kapitals betätigt.

Damit soll der Kampf der Kollegen um die verbliebenen 700 Arbeitsplätze endgültig eingeschüchtert werden, ein Kampf, der nicht zuletzt deshalb so mutig geführt wurde, weil die Wut auf die durch und durch verlogene Geschäftsleitung so groß ist. So wurden bisher 136 Änderungskündigungen in andere ENKA-Werke ausgesprochen — beispielsweise nach Obernburg (wo es aber für die bestehende Belegschaft schon einen Abbau von 300 der 2700 Arbeitsplätze geben soll bis Jahresende) oder Oberbruch, wo bereits kurzgearbeitet wird.

Dieses Diktat sollen die Kollegen ohne Widerstand befolgen, dafür mußte der Polizeieinsatz her, nachdem die ewigen Lügen nicht mehr wirkten.



Die Polizei marschiert auf die ENKA-Arbeiter los

+ kurz berichtet + + + kurz berichtet

„Protestiern'se anderswo"

FRANKFURT. — Der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Mertens hatte bei den Herren der Deutschen Bank protestiert gegen eines 100-Millionen-Mark-Kredits, den sie an das staatliche südafrikanische Transportunternehmen SATS vergeben hatten. Immerhin: Es gab einmal Zeiten, und die sind nicht lange her, als beispielsweise Eugen Loderer die besonderen Wirtschaftsbeziehungen westdeutscher Multis zu den Rassisten noch lautstark als Entwicklungshilfe bezeichnete.

Dieses Argument zu vertreten bleibt inzwischen allein den Herren im gestreiften Zweireiher vorbehalten, was sie auch ausführlich taten. Und außerdem, meinten sie, wäre ihre Bank eh die falsche Adresse für solchen Protest, das müßte auf „politischer Ebene" geschehen. Über die Tatsache, daß von ihnen finanzierte Unternehmen beispielsweise schwarzen Arbeitern die Gewerkschaftsrechte verweigert, wollten sie sich, vornehm, wie sie einmal sind, nicht auslassen.

Früher Tod an der Ruhr

DÜSSELDORF. — In den großen Städten des Ruhrgebiets liegt die Sterblichkeit um 8 bis 10 Prozent über dem Landesdurchschnitt von NRW. Dieses Untersuchungsergebnis gab die NRW-Landesregierung auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Pflug als Antwort bekannt.

Dabei sind in Hagen, Krefeld und Duisburg überdurchschnittlich viele Krebserkrankungen an der Luftröhre, den Bronchien und der Lunge aufgefallen. Ähnliche Krankheiten treten auch in Solingen, Remscheid und Oberhausen weit überdurchschnittlich auf.

In Bottrop, Gelsenkirchen, Hamm, Herne, Recklinghausen und ebenfalls Oberhausen wurden weit überdurchschnittlich viele Herzinfarkte verzeichnet. Betroffen davon ist, versteht sich, vor allem die Arbeiterbevölkerung dieser Städte, die ja überdurchschnittlich in der Einwohnerschaft dieser Städte beteiligt ist.

Aktionen

BONN/LEER. — Im Zeichen des Widerstandskampfes gegen die Krisenmaßnahmen der Kapitalisten standen in der vergangenen Wochen eine große Zahl örtlicher Aktionen.

Mehrere Tausend junge Eisenbahner protestierten in Bonn gegen die Personalpolitik der Bundesbahn, deren neues, in Kapitalistenkreisen viel bejubeltes „Profi"-Management von Beginn an sich ausschließlich mit neuen Rationalisierungsplänen befaßt.

Im Olympia-Werk in Leer verhinderten die Kollegen den geplanten Abtransport eines Fließbandes im Zuge der Kahlschlagpläne des Managements, indem sie das Band besetzten.

Die Verabredung

Am 6. Dezember wählte die drittgrößte Einzelgewerkschaft des DGB, die IG Chemie Papier Keramik einen neuen Vorsitzenden. Mit über 100 Gegenstimmen gewann der einzige Kandidat, der SPD-Bundestagsabgeordnete und bisherige stellvertretende Vorsitzende Hermann Rappe diese Wahl. Diskutiert wurde auf dem Sondergewerkschaftstag nicht, nur gewählt.

Aber zwei Tage später forderte Rappe, bei seiner ersten Rede in seiner neuen Eigenschaft eine „gesamtgesellschaftliche Verabredung" zur Bekämpfung der Krise.

Dieses andere Wort für Sozialpakt, für den Kompromiß zwischen Arbeiter- und Profitinteressen, es wurde ihm nicht gedankt. Von den aktiven, kämpferischen Gewerkschaftern nicht, sofern sie über einige Erfahrung verfügen. Aber auch von den Kapitalisten nicht. Nicht bei Agfa in München, wo der Kahlschlag ungehemmt fortgesetzt wird, und schon gar nicht bei ENKA, wo zur selben Zeit, als Hermann Rappe seine Rede redete, die Polizei gegen IG-Chemie-Kollegen aufmarschierte...

Der Fall ENKA ist ohne Zweifel ein überdeutliches Beispiel dafür, mit was für Typen Rappe sich da verabreden will.

Mit Leuten, die erst vom Land Hessen 10 Millionen Zuschüsse zur Sicherung von Arbeitsplätzen einstecken und dann dichtmachen.

Mit Leuten, die zweimal versprechen, das Werk zu erhalten und dann dichtmachen.

Mit Leuten, die sich einen Dreck um laufende Gerichtsverfahren kümmern, die der Betriebsrat angestrengt hatte, sondern dichtmachen.

Mit Leuten, die nach langem Gerede am selben Tag mit der Wahrheit auf den Tisch kommen, nämlich daß sie dichtmachen wollen, um jeden Preis, und dann auch schon die Kündigungen ausschicken und die Polizei hinten drein.

Nein, mit dieser Verabredung sollten die Chemiearbeiter ihren Gewerkschaftsvorsitzenden sitzenlassen. Selbst für die DKP, ansonsten nur in der Theorie gegen die Sozialpartnerschaft, ging dies zu weit. Da gab es in der „UZ" kritische Töne gegen diese Verabredung Rappes.

Wobei er doch eigentlich nur deutlich ausgesprochen hat, was andere auch tun, nur daß die viele markige Worte drumherum machen.

Aber Rappes Rede war nicht nur für die ENKA-Arbeiter ein Schlag ins Gesicht. Denn eine Verabredung haben die auf der anderen seite schon lange gefordert. Nur, im Unterschied zu Rappe, haben sie auch ganz genau gesagt, was sich die Kapitalisten darunter vorstellen. Eine Verabredung zum Verzicht nämlich. Wie bei Arbed. Zum Beispiel. Während Rappe sich verabreden will, hat Rudolf Judith eben die Einladung der Bosse angenommen.

So finden sich die Sozialpaktler aller Gewerkschaften zusammen.

Darf man sich da noch wundern, wenn die DGB-Mitglieder in Kassel zwar jede Menge Solidaritätserklärungen für die ENKA-Kollegen verabschieden, aber das Ortskartell keinen praktischen Handschlag organisiert?

- 10 -

4. Wie beurteilen Sie die Erfolge der bisher betriebenen "temporären" Integrationspolitik und wo sehen Sie deren Grenzen?

Das bisherige Ziel einer Integration ohne Assimilation ist nach Auffassung der Kammern weitgehend zum Scheitern verurteilt, weil in ihm ein eklatanter Widerspruch enthalten ist.

... diese ... lassen. Wenn weitere Illusionen und Fehleinschätzungen vermieden werden sollen, muß in Zukunft diese elementare Wahrheit berücksichtigt werden: Integration ohne den letztlichen Willen zur Assimilation

- 11 -

- das heißt konkret: Aufgabe der eigenen nationalen Identität - ist nur in Ausnahmefällen möglich. Eine solche Assimilation kann aber nur von einem Teil der hier anwesenden ausländischen Bevölkerung erwartet werden. Insofern sind die Grenzen einer noch so konsequent betriebenen Integrationspolitik enger gezogen als bisher offiziell zugestanden wird.

- 12 -

5. Ist die Bundesrepublik faktisch ein Einwanderungsland, und soll das Ausländerrecht daraufhin verändert werden?

Die Bundesrepublik ist offensichtlich weder in ihrem Selbstverständnis noch faktisch ein Einwanderungsland. Diese Tatsache hat sich, trotz einzelner Stimmen, die in diese Richtung plädieren, seit Beginn der Anwerbung der Gastarbeiter Ende der 50iger Jahre nicht geändert. Für die hier arbeitenden Ausländer und ihre Familienangehörigen ist politische Gleichstellung, die Zuerkennung bzw. Auferlegung gleicher staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten (z.B. Wahlrecht, Wehrdienstpflicht) weder gegeben noch geplant. Auch an der Fortführung der Diskussion um das Kommunalwahlrecht scheint mit Rücksicht auf die zu Frage 1 geschilderten Fakten in vielen Großstädten vernünftigerweise niemand mehr ernsthaft interessiert zu sein. Selbst die Mehrzahl der Ausländer, die bereits über 10 Jahre in der Bundesrepublik leben, hat sich als Lebensziel immer noch die Rückkehr in ihr Heimatland gesetzt. Der Aufbau einer neuen politischen Loyalität, die Übernahme einer neuen nationalen Identität ist nur von einer kleinen Minderheit gewollt und geplant. Nach wie vor gilt daher: Der Aufenthalt der hier arbeitenden Ausländer und ihrer Familienangehörigen ist, unabhängig von der Dauer ihres Aufenthalts, als vorübergehend anzusehen und nur bei einer Minderheit, die zur Assimilation letztlich bereit ist, als endgültig zu betrachten. Eine vom Bundesinnenministerium seinerzeit beabsichtigte Änderung des Ausländerrechts (automatische unbefristete Aufenthaltsberechtigung für alle, die länger als 8 bzw. 10 Jahre in der Bundesrepublik leben) würde diese Tatsachen ignorieren. Sie ist abzulehnen, weil Vorleistungen zunächst von den Ausländern erbracht werden müssen (z.B. Sprache, Ausbildung). Erst dann sollten weitere Berechtigungen zuerkannt werden.

- 13 -

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese Politik im Hinblick auf eine dauerhafte Eingliederung der Ausländer in unsere Gesellschaft zu modifizieren?

Da die bisherige Integrationspolitik von einer falschen Voraussetzung ausging, ist ihr Scheitern programmiert. Eine "Modifizierung" wird daher wirkungslos bleiben müssen. Eine Ausländerpolitik, die sich um die Konsequenz der Erkenntnis drückt, daß eine Integration der hier lebenden fast 5 Millionen Ausländer nicht möglich sein wird, weil sie Assimilationsbemühungen auf Seiten der Ausländer voraussetzt, wird nach Einschätzung der Industrie- und Handelskammern scheitern. Eine andere Schwerpunktsetzung ist erforderlich: Integrationshilfen für die wirklich Assimilationswilligen, Remigrationshilfen für die übrigen Ausländer.

- 15 -

8. Welche Änderungen im Ausländerrecht sind für die Verbesserung der Integration der Ausländer erforderlich?

Die Bundesregierung beabsichtigt, durch Änderung des Ausländergesetzes die Erteilung der grundsätzlich unbefristeten Aufenthaltsberechtigung für alle Ausländer zu erleichtern, indem sie die daran geknüpfte Voraussetzung - Einfügung in das wirtschaftliche und soziale Leben der Bundesrepublik Deutschland - aufheben will. Außerdem ist an eine Erleichterung der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit gedacht. Viele Politiker und Vertreter von Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen hoffen, die Lebensplanung für Ausländer auf diese Weise zu sichern und ihre Integration zu erleichtern. Damit würde sich die Bundesrepublik in ihrer Handlungsfreiheit noch weiter einschränken, ohne daß der erwartete Erfolg eintreten würde (vgl. Frage 7). Es wäre ein Schritt auf dem Weg in den Vielvölkerstaat mit Belastungen und Problemen, die weit über das hinausgehen, was bereits heute sichtbar ist.

Derartige Automatismen können nur das Ergebnis und nicht das Mittel zur Integration oder Assimilation sein. Deshalb sollten Ausländer, die sich endgültig in Deutschland niederlassen wollen, zusätzlich zum reinen Faktum des 8- oder 10-jährigen Aufenthalts zunächst bestimmte Vorleistungen erbringen (z.B. erfolgreiche Bemühungen um die Beherrschung der deutschen Umgangssprache und andere Anpassungsleistungen).

- 24 -

14. Welche aufenthaltsbeendenden Maßnahmen gegenüber Ausländern, die nach Ablauf einer bestimmten Frist keine Bereitschaft zur Integration erkennen lassen, wären denkbar?

Solche Maßnahmen könnten nur gegenüber Nicht-EG-Ausländern in Frage kommen. Bevor sie erwogen werden, sollte der Versuch gemacht werden, durch materielle Anreize den Remigrationswillen der ausländischen Nicht-EG-Arbeitskräfte und ihrer Familienangehörigen zu beleben (vgl. Frage 19). Erst dann, wenn sich zeigen sollte, daß solche materiellen Anreize nicht reichen, sollten auch aufenthaltsbeendende Maßnahmen (z.B. Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis und notfalls Abschiebung) für Integrationsunwillige und -unfähige kein Tabu bleiben.

Hier reden die Kapitalisten

Klartext

VEREINIGUNG DER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Herrn
Karlheinz Bräuer MdL
Sprecher der Kommission
für Ausländerfragen
im Landtag Nordrhein-Westfalen
Haus des Landtags
Postfach 11 43

4000 Düsseldorf 1

Düsseldorf, 13. September 1982

Anhörung am 27. September 1982

Sehr geehrter Herr Bräuer,

wir danken Ihnen für Ihre Einladung zu der vorgenannten Anhörung der Kommission für Ausländerfragen und übersenden Ihnen wunschgemäß vorab unsere schriftliche Stellungnahme zu den von Ihnen gestellten Fragen.

Die Fragen 3., 15. (1. Teilfrage), 24., 26., 28., 29., 34. bis 42. (2. Teilfrage) und 46. bis 50. haben wir in unserer Stellungnahme nicht berücksichtigt, da hierzu andere eingeladene Organisationen und Institutionen sachkundiger sein dürften.

Mit freundlichen Grüßen
Der Hauptgeschäftsführer

Joachim Kreplin

Joachim Kreplin

Anlagen

Postfach 240120 · Goltsteinstraße 31 · 4000 Düsseldorf 1 · Telefon 35 20 91 · Telex 0858 2363 (kvhw d)

Die Unternehmerinteressen an Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik in Selbstzeugnissen — ein internes Papier der IHK in NRW

- 25 -

15. (zweite Teilfrage) Lassen sich die Möglichkeiten zur Integration nachziehender Familienangehöriger (Kinder, Ehegatten) durch Nachzugsbeschränkungen (z.B. Altersgrenzen, Fristen) verbessern?

Mit dem rapiden Anwachsen der Zahl der Angehörigen ausländischer Arbeitskräfte haben sich die eigentlichen Kern- und Massenprobleme in den letzten Jahren entwickelt. In den Anfangsjahren der Anwerbung von Gastarbeitern gingen Politiker und Unternehmer noch vom "Rotationsprinzip" aus, und niemand dachte an Familiennachzug. In der Schweiz gilt dieses Prinzip noch heute, so daß sich das Problem des Zuzugs der Ehefrauen und Kinder aus humanitären Gründen gar nicht stellt. Eine Rückkehr zu diesem Prinzip ist aber angesichts der geschaffenen Fakten nicht mehr möglich. Hierzu gehört auch die Freizügigkeit innerhalb der EG.

Dennoch werden neue Lösungsvorschläge für die Nicht-EG-Ausländer endlich diskutiert. Sie sind aber leider von einigen Gruppen bereits als inhuman abqualifiziert worden. Viele Politiker schrecken deshalb vor öffentlichen Äußerungen zurück. Auch die Parolen der äußersten Rechten rücken jede sachliche Diskussion sofort ins Zwielicht. Dies ist bedauerlich.

Die bisherige Praxis des Nachzugs von Familienangehörigen aus der Türkei hat nämlich gezeigt, daß der Anwerbestopp von 1973 seine Wirkung verfehlt hat. Ohne strikter Vorschriften ist eine Begrenzung in Zukunft nicht zu erreichen. Es sollten daher zumindest zwei weitere Eingrenzungstatbestände geschaffen werden.

- Zuzugserlaubnis nur noch für Kinder bis zum Beginn der Schulpflicht (6 Jahre). Nur wenn die Kinder ausländischer Arbeitnehmer von Anfang an in deutschen Schulen ausgebildet werden, haben sie die Chance, sich beruflich und gesellschaftlich zu integrieren. Für die sog. Seiteneinsteiger sind diese Chancen außerordentlich gering. Die in Deutschland lebenden Eltern müßten also für ihre Kinder bis zum Alter von 6 Jahren endgültig entscheiden, ob sie im Heimatland oder in Deutschland ausgebildet werden sollen.

- 26 -

- Auch der Zuzug von Ehepartnern sollte gestoppt werden: Für diejenigen Ausländer in der Bundesrepublik, die sich ihre Ehepartner im Heimatland suchen, müßte von vornherein darüber Klarheit bestehen, daß sie diese nicht nachholen können. Es bestünde für sie nur die Alternative des vorübergehenden Getrenntlebens oder der Rückkehr in ihr Heimatland.

Die Industrie- und Handelskammern bedauern deshalb den Beschluß des Bundeskabinetts vom Juli 1982, in dem ein Vorschlag des Bundesarbeitsministers zunächst abgelehnt wurde, nach einer Übergangsfrist von 2 Jahren Kindern von ausländischen Arbeitskräften aus Nicht-EG-Ländern im Alter von mehr als 6 Jahren den Zuzug zu verwehren.

Konsequenter Stopp weiteren Zuzugs von Familienangehörigen reicht allerdings nicht aus. Wenn man der These zustimmt, daß die Bundesrepublik nicht in der Lage ist, die bereits jetzt in Deutschland lebenden Familienangehörigen zu integrieren, dann muß darüber nachgedacht werden, wie ihre Zahl mittelfristig reduziert werden kann. Als Anreiz könnte dienen die Gewährung von Kindergeld für die in den Heimatländern lebenden Kinder in der Höhe, wie sie in Deutschland gesetzlich festgelegt ist. Zur Bedingung sollte gemacht werden, daß nicht nur die betroffenen Kinder, sondern auch ihre Mütter im Heimatland bleiben bzw. dorthin zurückkehren. Es könnte außerdem an eine zeitliche Begrenzung bzw. Abstufung gedacht werden: z.B. 2 - 3 Jahre volle Zahlung, für weitere 2 - 3 Jahre ein reduzierter Satz. Das Risiko, daß die Zahl der Kinder in der Türkei oder anderen Nicht-EG-Ländern nicht in allen Fällen genau kontrolliert werden kann, muß hingenommen werden, weil die Integrationskosten in Deutschland auf Dauer auf jeden Fall höher sein werden (vgl. auch Ausführungen zu Frage 21).

- 32 -

20. Inwieweit können berufliche Qualifizierungsmaßnahmen Rückkehrbereitschaft und Rückkehrfähigkeit stärken? Welche Beiträge kann die Wirtschaft dabei leisten?

Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für ausländische Jugendliche und Erwachsene könnten nur dann die Rückkehrbereitschaft und -fähigkeit stärken, wenn die angemessene Verwertung einer beruflichen Qualifikation in den Herkunftsländern zumindest möglich erscheint. Bisher fehlt noch weitgehend die ...

Es muß jedoch an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, daß ein Großteil der ausländischen Jugendlichen, die in Deutschland leben, nicht berufsfähig ist. Die Wirtschaft sieht sich außerstande, von den zu Frage 10 genannten ca. 10% aller ausländischen Jugendlichen (übrigens weniger als 5% der türkischen Jugendlichen) abgesehen, für den "Rest" dieser Jugendlichen, also ca. 80.000 in NW, eine Berufsausbildung zu vermitteln, ohne daß vorher sehr kostenaufwendige, personalintensive, berufsvorbereitende Bemühungen erfolgen.

- 35 -

22. Welche Bedeutung hat die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer noch heute für unsere Wirtschaft?

23. In welchen Wirtschaftszweigen und in welchen Regionen des Landes ist die Ausländerkonzentration besonders groß?

Die Bedeutung der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer für die nordrhein-westfälische Wirtschaft geht aus den offiziellen Zahlen hervor. Ca. 9% aller Beschäftigten in NW sind Ausländer. Ende 1981 waren es von 5,53 Mio. Beschäftigten 502.000, davon 173.400 Türken. Der durchschnittliche Ausländeranteil in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftsgruppen ist außerordentlich unterschiedlich. Während im Handel und in Organisationen ohne Erwerbscharakter die Quote lediglich 4,2 bzw. 4,1% erreichte, waren in Energie und Bergbau 11,2% und im verarbeitenden Gewerbe insgesamt 14,2% Ausländer beschäftigt. Einzelne Industriegruppen verzeichneten noch einen weiteren höheren Anteil, z.B. die eisen- und stahlerzeugende Industrie 15,7%, die Textilverarbeitung 17,7%, der Fahrzeugbau 22,5%, die Ziehereien und Stahlverformungsbetriebe 21% und Gießereien 28,8%. Der Maschinenbau kam dagegen lediglich auf 11% und die chemische Industrie auf 8% Ausländeranteil. Beim Baugewerbe erreichte die Ausländerbeschäftigungsquote 11,5% und im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sogar 23,6%. In einigen Branchen ist der Anteil durch die Beschäftigung Illegaler noch deutlich höher (Bau, Gastronomie). Auch von Unternehmen zu Unternehmen ist die Beschäftigung von Ausländern sehr unterschiedlich.

Aus diesen Fakten ergibt sich, daß einige Branchen bzw. Unternehmen auf absehbare Zeit ohne die Beschäftigung von Ausländern ihre Produktion nicht aufrechterhalten können. Dennoch ließe sich ein allmählicher Abbau der Beschäftigung von Ausländern auf mittlere Frist sicherlich verkraften. Bei klaren politischen Vorgaben werden sich die betroffenen Unternehmen auch in den sensiblen Branchen darauf einstellen können, solange kein radikaler Abbau stattfindet.

- 36 -

Es wird hierbei nicht verkannt, daß in einzelnen Städten und Regionen die Probleme einer Reduzierung der Ausländerbeschäftigten besonders groß sind. Es handelt sich vor allem um die Bergbaustädte im Ruhrgebiet, die Region der Kleineisenindustrie im Bergischen Land, die Standorte der Stahlindustrie und der stahlverarbeitenden Industrie im westlichen und östlichen Ruhrgebiet und überregionale Zentren wie Köln und Düsseldorf.

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

- 37 -

25. Für den Fall, daß Ausländer die Bundesrepublik verlassen, werden hier Arbeitsplätze frei?
Welche Auswirkungen hätte dies auf die deutsche Wirtschaft?

Eine Beantwortung dieser Frage muß sich mit widersprüchlichen Aussagen und Einschätzungen auseinandersetzen. Derzeit kontrastiert eine hohe Arbeitslosigkeit insbesondere auch in den Regionen mit überdurchschnittlichem Ausländeranteil mit der Aussage vieler Unternehmer, daß deutsche Arbeitskräfte für bestimmte Tätigkeiten nicht mehr zu gewinnen seien. Es handelt sich vor allen Dingen um Tätigkeiten im Produktionsbereich, die als schwer, belastend oder eintönig empfunden werden (Bandarbeit, Schichtarbeit, Arbeit in Gießereien, Stahlwerken und im Bergbau unter Tage) sowie um einzelne Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich, die als prestigemindernd angesehen werden (z.B. Hotel- und Gaststättengewerbe). Die Lage ist allerdings von Ort zu Ort, von Branche zu Branche und sogar von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich.

Ein Teil der von Ausländern freigemachten Arbeitsplätze könnte mit deutschen Arbeitnehmern besetzt werden, da die Bereitschaft deutscher Arbeitnehmer, bisher verschmähte Arbeiten zu übernehmen, wegen der Lage auf dem Arbeitsmarkt wächst. In bestimmten Branchen (z.B. Bergbau unter Tage, Gießereien, Schicht- und Nachtarbeit mit Belastungen) würden ausscheidende ausländische Arbeitnehmer dennoch nicht ohne weiteres durch deutsche zu ersetzen sein. Bei einer vorsichtigen Steuerung der Rückzugsbereitschaft und -fähigkeit durch materielle Anreize dürfte die Flexibilität der betroffenen Unternehmen allerdings groß genug sein, um mit vereinzelt auftretenden Personalproblemen fertig zu werden.

„Nicht integrationsfähig“

Das Papier, das wir hier in wesentlichen Teilen im Faksimile wiedergeben, war eigentlich nicht zur Veröffentlichung bestimmt.

Es ist ein internes Schreiben der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW an den nordrhein-westfälischen Landtag.

Es geht um Ausländerpolitik.

Oder genauer: Die Kapitalisten Nordrhein-Westfalens sagen den Politikern, was für eine Politik sie von ihnen erwarten.

Das Papier wurde noch vor dem Regierungswechsel in Bonn geschrieben. Die Forderungen der Kapitalisten bestimmen das Regierungsprogramm von CDU/CSU und FDP. Durch Äußerungen des Deutschen Industrie- und Handelstages gelangten in den letzten Tagen einige Grundforderungen der Kapitalisten an die Öffentlichkeit. Noch nie aber lag der Öffentlichkeit eine so detaillierte Darstellung der Kapitalsinteressen in der Ausländerpolitik vor, noch nie konnte man so offene Worte über die Notwendigkeit der Wende in der Ausländerpolitik hören, wie sie in dem nun veröffentlichten Papier gesprochen werden.

Weg von der Integrationspolitik — das ist eine Kernforderung der Unternehmer. Allen theoretischen Überlegungen, Ausländern nach etwa zehn Jahren des Aufenthaltes sowie Angehörigen der „zweiten und dritten Ausländergeneration“ die Einbürgerung zu erleichtern, wie sie auch in SPD-Kreisen angestellt wurden, wird eine scharfe Absage erteilt.

Unverhüllt wird die Forderung aufgestellt, daß ein Großteil der heute in der Bundesrepublik lebenden Ausländer schon kurzfristig das Land verlassen soll, entweder „freiwillig“ unter Ausnutzung der sogenannten Anreize, andernfalls unter Zwang durch polizeiliche Abschiebung. Mittelfristig soll ein weiterer Teil der ausländischen Bevölkerung verschwinden, nämlich dann, wenn die von ihnen eingenommenen Arbeitsplätze von Deutschen besetzt werden können — was unter anderem die Bereitschaft deutscher Arbeiter erfordert, in berufsfremden Bereichen unter schlechteren Bedingungen und zu einem niedrigeren Lohn als bisher zu arbeiten, eine Bereitschaft, für die nach dem Wunsch der Kapitalisten der Druck der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit schon sorgen wird. Eine erste gesetzliche Maßnahme, diese „Bereitschaft“ zu „fördern“ ist die Verschärfung der „Zumutbarkeitsbestimmungen“ für Arbeitslose.

Integration im positiven Sinne gibt es nicht mehr. Wo die Kapitalisten das Wort gebrauchen, bedeutet es **Assimilation** — erläutert durch die Schlagworte: **Aufgabe der eigenen nationalen Identität — Annahme einer neuen nationalen Identität — Aufbau einer** ***neuen politischen Loyalität.***

Diese „Anpassungsleistungen“ hat der Ausländer, der hierbleiben will, mit eigenen Kräften zu schaffen und nachzuweisen. Nach acht bis zehn Jahren kann er bei der Ausländerbehörde vorstellig werden und einen mit einem derartigen Nachweis untermauerten Antrag stellen, sich „endgültig in Deutschland niederlassen“ zu dürfen.

Die Forderung nach Anpassung beinhaltet den Verzicht auf jedwede Pflege eigener Kultur, auf Lebensgewohnheiten der Familien, selbst auf Religionsausübung (die Pflege islamischer Religion wird als besonders fremd und integrationshemmend hingestellt).

Wer sich so anpassen will, muß sich womöglich vorher noch endgültig von seiner Familie trennen. Denn nach dem Wunsche der Kapitalisten sollen auch Kinder, besonders die sogenannten „Seiteneinsteiger“ (alle, die älter als sechs Jahre waren, als sie in die Bundesrepublik kamen) **und ihre Mütter** (soweit sie nicht noch als Arbeiterinnen gebraucht werden) das Land verlassen. Im übrigen sollen alle gesellschaftlichen Leistungen für die heute bereits unbrauchbaren Ausländer, z.B. auf dem Gebiet der schulischen und beruflichen Bildung, schnellstmöglich weitestgehend eingestellt werden. Alle ausländischen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, werden schlicht als „nicht berufsfähig“ abqualifiziert.

Und all die, die nicht bereit sind, sich den genannten Bedingungen der Assimilation zu unterwerfen, sind „nicht integrations**fähig**“. **„Integrationsfähigkeit“** scheint auf diesem Gebiet das Modewort der Zukunft zu werden.

(Wird fortgesetzt.)

Männer mit rechtem Augenmaß

Wir haben schon den richtigen Innenminister, der mit seinem Sinn für Gerechtigkeit und dem dazugehörigen rechten Augenmaß für politische Entscheidungen unserem Land eine neue Blütezeit der Demokratie bescheren wird. Kostproben seiner Urteilsfähigkeit legte er erst dieser Tage wieder ab.

Vor den Innenministern der Bundesländern warnte er davor, daß die Friedensbewegung — die im Würgegriff der „orthodoxen Kommunisten“ und der „dogmatischen neuen Linken“ röchelt und dennoch immer weiter um sich greift — zu einer Gefahr nicht nur der inneren, sondern auch der äußeren Sicherheit des Landes werden könne, falls von ihr geplante Aktionen „auch nur annähernd das von ihren Propagandisten gewünschte Ausmaß“ erlangten. Eine wahrhaft erschreckende Vision.

Zumal in einer Zeit, als sich auch noch terroristische Gruppen die geradezu verbrecherische Hetze gegen unsere NATO-Schutzmacht zunutze machen. Sie sollen doch schon Teile der segensreich und friedensschaffenden Militäreinrichtungen beschädigt haben. Und von der RAF wisse man genau, daß sie noch über einige Dutzend Waffen verfüge. Besonders im Kampf gegen die Revolutionären Zellen sei die Aufklärungsquote völlig unbefriedigend.

Das meint auch ein anderer, kein Zimmer-, sondern ein Rebmann, unser Bundesanwalt, der auch unter dem von der neuen Regierung geschaffenen Klima noch freier aufzuleben scheint. Beide Männer werden nicht müde zu beweisen, daß aus dieser Richtung die Gefahr für unsere Demokratie kommt.

Nicht dagegen von rechts. Sofern man aus dieser Richtung überhaupt von terroristischen Aktivitäten sprechen kann, da gibt es doch höchstens die paar Einzeltäter mit gestörter oder zerbrochener Persönlichkeit. Das sollte man so ernst nicht nehmen.

Man gibt sich redlich Mühe, das zu beweisen. So zum Beispiel jüngst im Falle des Forstmeisters Lembke, eines guten Bekannten des Anführers der Deutschen Aktionsgruppen, Manfred Roeder. Lembke hatte in der Lüneburger Heide ein riesiges Waffenlager angelegt, und



Zeichnung: Loredano

kurz bevor er zur Frage eventueller Komplicen und Gesinnungsfreunde etwas sagen konnte, verstarb er in seiner Gefängniszelle. Rebmann allerdings weiß auch so: Der hätte gar nichts zu sagen gehabt.

Die Ermittlungen gegen Unbekannt im Zusammenhang mit den Waffenfunden wurden nun eingestellt. Ebenfalls endgültig abgeschlossen wurden alle Ermittlungen gegen eventuelle Mittäter des Gundolf Köhler, früherer Aktivist der Wehrsportgruppe Hoffmann, der mit seinem Anschlag auf das Oktoberfest 13 Menschen umbrachte und 210 Personen verletzte, davon 68 schwer.

Dafür weiß die besorgte Bevölkerung, die sich diese Frage schon lage gestellt hat, nun endlich über den Gemütszustand dieser Einzeltäter Bescheid. Das Oktoberfest-Attentat ist „sowohl auf **eine schwere Persönlichkeitskrise** als auch auf Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland“ zurückzuführen. Hier paart sich kriminologischer mit psychiatrischem Scharfsinn. Ein noch leuchtenderes Zeugnis über Rebmanns diesbezügliche Fähigkeiten stellt seine Beurteilung Lembkes dar. Diesem ist nämlich schon als Kind übel mitgespielt worden: Da mußte er „unmittelbar miterleben“, wie die Rote Armee seine Heimatstadt einnahm (ein Höhepunkt kommunistischer Eroberungspolitik!), und sah dabei den gewaltsamen Tod mehrerer Menschen. Dadurch wurde unser Forstmeister „nachhaltig geprägt“. Und „aus Angst“ vor einer Wiederholung derartiger Ereignisse hat er sich dann schützen wollen. „Es ist daher nicht auszuschließen, daß er die aufgefundenen Kampfmittel gesammelt und über mehrere Jahre hinweg vergraben hat, um bei einem von ihm befürchteten Angriff Widerstand leisten zu können“, erläuterte Rebmann. Und wenn die Russen dann gekommen wären, dann wäre Lembke flink wie ein Wiesel von Versteck zu Versteck gehuscht (immerhin 33 Stück!) und hätte ein Feuerwerk veranstaltet, daß den Angreifern Hören und Sehen vergangen wäre… Es sind doch eigentlich edle Motive, die den Mann bewegten. Warum hat man ihn eigentlich eingesperrt? Ist Niedersachsens Polizei schon von Ostagenten unterwandert? — Herr Rebmann, übernehmen sie!

Fristlose Kündigung wegen Anti-Strauß-Plakette ist „rechtens“

KASSEL. — Das Tragen einer Anti-Strauß-Plakette im Betrieb ist ein Grund zu fristloser Kündigung. Mit diesem Urteil bestätigte das Bundesarbeitsgericht als letzte Instanz in einer Revisionsverhandlung vorhergegangene Urteile gegen den Metallarbeiter Erhard Sieland.

Während des letzten Bundestagswahlkampfes hatte Sieland, der für die DKP kandidierte, einen Aufkleber mit einem durchgestrichenen Strauß-Konterfei und der Aufschrift „Strauß — Nein danke“ an seinem Arbeitsanzug getragen und sich auch nach mehrmaliger Aufforderung durch die Geschäftsleitung nicht dazu bewegen lassen, auf die Wahrnehmung der doch angeblich garantierten Meinungsfreiheit zu verzichten. Daraufhin erhielt er die fristlose Kündigung. Als er dagegen vor dem Werkstor mit einem Schild protestierte, auf dem stand: „Kollegen, ihr betretet den Betrieb, ihr verlaßt den demokratischen Sektor“, erhielt er noch eine weitere fristlose Kündigung. Der Betriebsrat hat den Kündigungen schändlicherweise zugestimmt.

Das Bundesarbeitsgericht erklärte dazu, zwar seien auf Grund der Meinungsfreiheit parteipolitische Diskussionen im Betrieb „nicht generell unzulässig“, das „Recht der Meinungsfeiheit für Arbeitnehmer“ werde aber durch die „Grundregeln des Arbeitsverhältnisses“ begrenzt. Eine „provokative parteipolitische Betätigung“ habe zu unterbleiben.

Gefallen hat dieses Urteil den Kapitalisten nicht nur in Krefeld, wo Sieland arbeitete. Die Landesvereinigungen der nordrhein-westfälischen Unternehmerverbände hat das Urteil aus Kassel begrüßt und betont, die Entscheidung habe „aktuelle Bedeutung vor dem Hintergrund des in Kürze bevorstehenden Bundestagswahlkampfes“.

Meldungen

Polen erobern

„Die Volksrepublik Polen ist unfähig, die ostdeutschen Gebiete zu verwalten. Diese Gebiete stehen nach wie vor unter polnischer Verwaltung, und es ist keine unbillige Forderung an die westlichen Bündnispartner, den Polen diese Verwaltung wieder abzunehmen.“ Mit dieser Aufforderung zur Intervention von NATO-Truppen in Polen trat der stellvertretende Sprecher der revanchistischen Landsmannschaft Ostpreußen bei einem Treffen in Winsen a. d. Luhe hervor. Er forderte dabei auch die Wiederherstellung Deutschlands „in den Grenzen vom 31. August 1939“ — damals hatten die faschistischen Truppen bereits Österreich und Teile der Tschechoslowakei besetzt und „eingegliedert“.

Doch noch Revision

Im Asylverfahren des Kurden Hasan Aksoy wird es doch eine Revisionsverhandlung geben. Das baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof hatte Hasan Aksoy das Asyl verweigert, obwohl er in der Türkei brutal gefoltert worden war und weitere Folterungen und womöglich den Tod zu erwarten hat, wenn er ausgeliefert würde. Die Entscheidung dieses Gerichts, gegen das Urteil keine Revision zuzulassen, wurde nun — sicher auch unter dem Eindruck der zahlreichen Proteste — vom Bundesverwaltungsgericht in Westberlin aufgehoben.

Michael Duffke frei

Nach knapp 19 Monaten Haft ist Michael Duffke zunächst wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er an der großen Demonstration gegen das AKW Brokdorf teilgenommen hatte. Gleich nach dem Urteil hatten die Anwälte Revision angekündigt, eine Welle von Protesten und Solidaritätsbezeugungen gab es im ganzen Land. Zur Begründung der Revision brauchen die Anwälte eine schriftliche Urteilsbegründung, die jedoch immer noch nicht vorliegt. In dieser Situation hatte ein erneuter Antrag auf Haftentlassung Erfolg, weil es eine Gerichtsentscheidung gibt, der zufolge ein vom Angeklagten nicht verantwortetes Stocken des Verfahrens und eine dadurch verursachte unangemessene Verlängerung der Untersuchungshaft für den Inhaftierten eine erhebliche, unnötige und vom Gesetz nicht gewollte Belastung darstellt.

Referat zum Sonderparteitag der KPD

Zu der nach dem Regierungswechsel entstandenen politischen Lage

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben diesen Sonderparteitag einberufen, einmal, um die sich aus dem Regierungswechsel in Bonn ergebende neue politische Lage einzuschätzen, zum anderen, um daraus unsere taktischen Schlußfolgerungen zu ziehen und u.a. auch unser Eingreifen in die wie angekündigt am 6. März 1983 stattfindenden Bundestagswahlen festzulegen.

Welche Bedeutung das Zentralkomitee dem Regierungswechsel in Bonn beimißt, geht auch aus der Tatsache hervor, daß es den fälligen ordentlichen V. Parteitag verschob, um diesen Parteitag kurzfristig einzuberufen. Schließlich ist die Verschiebung eines nach den Statuten festgelegten Parteitagstermin, das Recht der Mitglieder zu wählen und gewählt zu werden, keine Sache, die man leichtfertig behandeln darf. Zu oft begann hier, wie die Geschichte der Kommunistischen Parteien zeigt, die Manipulation, die Aushöhlung des Prinzip des Demokratischen Zentralismus.

Was zeigt der Regierungswechsel in Bonn? Ist er ohne größere Bedeutung, wie manche Linke meinen? Hat das Kapital nur mal die Pferde gewechselt, statt der SPD/FDP ist nur mal zur Abwechslung die CDU/CSU an der Regierung? Das, was die neue CDU/CSU/FDP-Regierung plant, hätte auch eine SPD-Regierung durchsetzen und durchführen können? Wer so denkt und argumentiert unterliegt einer Fehleinschätzung, die sich in der Perspektive verhängnisvoll auswirken könnte. **Der Machtantritt des Hitler-Faschismus begann auch nicht erst 1933, er begann Jahre zuvor.**

Natürlich lassen sich historische Ereignisse nicht willkürlich auf heute übertragen, es gibt andere Bedingungen und Konstellationen in der parteipolitischen Landschaft. **Doch was die heutige Lage mit der von vor 1933, den Jahren der Weltwirtschaftskrise vergleichbar macht, ist die heutige tiefgreifende Krise, die sich eben nicht nur auf die Bundesrepublik beschränkt,** ist das Streben des Kapitals auch unter den Bedingungen der sich verschärfenden Krise seine Profitrate möglichst günstig zu gestalten, was andererseits bedeutet, möglichst alle Lasten der Krise auf die Werktätigen, die ärmeren Bevölkerungsschichten im allgemeinen abzuwälzen.

So war es gestern, so ist es heute, so wird es sein, solange der Kapitalismus existiert. Auch Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre, der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933, checkte das deutsche Finanzkapital die verschiedenen Möglichkeiten durch, um seine Politik der Sicherung seiner Profite durch rigorosen Sozialabbau, durch Abwälzung der Lasten der Krise auf die Armen, durchzusetzen, wobei es versuchte, den Schein der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung so lange wie möglich aufrecht zu erhalten.

Generell stützte es sich dabei auf die konservativen, nationalistischen, reaktionären Kräfte des Bürgertums und erst später auf die durch die Krise entwurzelten Schichten des Kleinbürgertums und verelendeten rückschrittlichsten Teile des Proletariats. Nach dem Sturz der letzten SPD-Regierung im März 1930, der zunehmenden Arbeitsunfähigkeit des Reichstages, etablierte das Finanzkapital die Brüning-Regierung (1930 - 32), die von Reichspräsident Hindenburg unterstützt, mit Hilfe des berüchtigten Artikel 48 gegen die Opposition, vor allem der Kommunistischen Partei Deutschlands, regierte.

Die SPD tolerierte zunächst die Politik der Brüning-Regierung, die sich in den sogenannten „Notverordnungen zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" ausdrückte und in der Praxis eine rigorose Senkung der Löhne, Gehälter und anderer Sozialausgaben wie Arbeitslosengelder, sowie Steuererhöhungen u.a.m. bedeutete. Erst 1932, mit einer weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe und des Heranreifens einer revolutionären Situation, bereiteten die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals über den Sturz Brünings am 30.5.1932, die Papen- und Schleicher-Regierung, den Staatsstreich gegen Preußen (Absetzung der amtierenden Regierung Braun — SPD), den Machtantritt der von ihnen unterstützen Hitler-Faschisten vor.

Alte Fehler vermeiden

Es ist gut,sich heute dieser Entwicklung zu erinnern, um Fehler, die unsere Partei vor 1933 beging, zu vermeiden. Fehler, die nach dem Genossen Wilhelm Pieck darin lagen, **daß die Partei die Gefahr des Faschismus zu spät erkannte,** woraus er schlußfolgerte: **„Die Partei hätte in dieser Zeit alles tun müssen (1930), die werktätigen Massen, besonders aber die sozialdemokratischen Arbeiter, gegen diese Gefahr zu mobilisieren, um die einheitliche Kampffront der Kommunisten und Sozialdemokraten zu schaffen. Sie hätte sich von dieser Aufgabe auch durch die absolut reaktionäre Politik sozialdemokratischer Führer und durch deren Ablehnung aller Einheitsfrontangebote nicht ablenken lassen dürfen."** (Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 396/97)

Doch wie ist heute die Lage, wie kam es zum Regierungswechsel in Bonn, was waren die Voraussetzungen hierfür? Anders als im Jahre 1929, als die Weltwirtschaftskrise sozusagen mit einem Knall, dem Schwarzen Freitag, dem New Yorker Börsenkrach am 25. Oktober begann, sich global ausweitete und auf ihrem Höhepunkt zur Arbeitslosigkeit von rund 30 Millionen Menschen führte, begann die jetzige Krise schleichend. Nach einer kurzfristigen Erholung von der weltweiten Rezession im Jahre 1976 ging das Wachstum der Weltproduktion kontinuierlich zurück.

1980 erreichten die im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zusammengeschlossenen 88 Länder, die rund 80 Prozent des Welthandels tätigen, noch einen Produktionszuwachs von etwas über einem Prozent. Doch betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den Industriestaaten zu diesem Zeitpunkt schon 6 Prozent. In den USA lag sie bereits höher und das amerikanische Finanzkapital, besonders die Rüstungsindustrie, beschloß angesichts der wachsenden Krise seinen „starken Mann", Ronald Reagan, an die Macht zu bringen mit dem klar umrissenen Auftrag:

- **rigorose Abwälzung der Lasten der Krise auf den Rücken des kleinen Mannes;**
- **Unterstützung der Reichen durch Steuergeschenke, Ankurbelung der Rüstung, Militarisierung der Wirtschaft;**
- **Abbau der demokratischen Rechte des Volkes, Angriff auf die Gewerkschaften, Streikverbote;**
- **Rückkehr zu den Positionen des Kalten Krieges.**

Und was in den USA die Reagan-Administration praktizierte, führte in Großbritannien die Regierung Thatcher durch. **Die Folgen: Die Reichen wurden noch reicher, die Armen noch ärmer. Das Einkommen von Millionen Familien sank unter die Armutsgrenze.** Und Walter Mondale, früher Vizepräsident der Vereinigten Staaten, formulierte: „Es gibt seit Ronald Reagan zwei Amerika. Das eine steht Schlange für den Kauf eines neuen Rolls-Royce, das andere für einen Arbeitsplatz."

Auch in der Bundesrepublik versuchten 1980 die reaktionärsten Teile des Finanzkapitals, vor allem die Rüstungsindustrie, ihren „starken Mann", F. J. Strauß, als Kanzler durchzuboxen. Dieser Versuch scheiterte am Widerstand der Werktätigen, die zur Bundestagswahl 1980 in ihrer großen Mehrheit der SPD ihre Stimme gaben. Hinzu kam, daß durchaus nicht das gesamte Finanzkapital in F. J. Strauß seinen Mann sah. So sprach sich z.B. der Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages, Wolf von Amerongen, in einem „Spiegel"-Interview gegen eine Kanzlerschaft von Strauß aus.

Die Werftindustrie ist eine der Branchen, die am stärksten von der kapitalistischen Krise erfaßt ist

Die Lage verschärft sich

Damals erblickten die bürgerlichen Konjunkturforschungsinstitute noch einen Silberstreifen am Horizont der kapitalistischen Krisenwirtschaft. Das änderte sich jedoch im Verlauf der Jahre 1980/81/82. **So sanken z.B. die Auftragseingänge in der Industrie von 1981** (jeweils Januar - August) auf 1982 um: Eisen und Stahl, 15,5, Möbel 13,4, Feinmechanik, Optik 13,0, Schiffe 12,5, Maschinen 11,4, Holz 9,9, Gummi, Steine und Erden 8,3, Bau 7,9, Stahlbau, Eisen-, Blech- und Metallwaren 6,7, Textil 6,2 Prozent. Lediglich die Datenverarbeitungs- und Büromaschinenbranche hatte einen Zuwachs von 10,9 Prozent zu verzeichnen.

Auch der Einzelhandel geriet infolge der durch schwindende Kaufkraft sinkenden Nachfrage in zunehmende Schwierigkeiten. Hatte der private Konsum in den Jahren 1978/79 noch ein Plus von 3,6 bzw. 3,1 Prozent erreicht, so sank er in den Jahren 1981 um 1,2 und 1982 um 2,1 Prozent (Preissteigerungen abgerechnet). Dadurch schrumpfte der Absatz des Einzelhandels von 1980 plus 0,3 auf 1981 minus 2,5 und 1982 minus 4,0 Prozent.

Stärker noch als den Krisenjahren von 1929 bis 1931 ist die Konkurswelle gestiegen, die nicht nur die Bundesrepublik, sondern ähnlich auch die USA, Großbritannien, Frankreich und weitere Länder erfaßt hat und zahlreiche Unternehmen sterben läßt. So stieg die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren gegenüber 1981 in der Bundesrepublik gegenüber 1981 von 8494 auf rund 12700 in diesem Jahr, d.h. um rund 50 Prozent. Dementsprechend wuchs die Zahl der Arbeitslosen auf derzeit rund zwei Millionen, nicht eingerechnet die noch einmal 800000 bis eine Million, Frauen, Jugendliche u.a., die arbeitslos, aber bei den Arbeitsämtern nicht registriert sind.

Besonders von der Krise betroffen sind die Bauindustrie, die Stahlindustrie und der Maschinenbau, in denen am meisten Arbeiter entlassen wurden. Allein die Bauindustrie ist seit 1980 um über 180000 Arbeitsplätze geschrumpft, 50000 kommen in diesen Wintermonaten hinzu. Die Rohstahlproduktion in der BRD ging von 1979 46 Millionen Tonnen auf 44 und 42 in den Jahren 1980 bzw. 1981 zurück. Ein weiterer Rückgang von unter 40 Millionen Tonnen ist für dieses Jahr zu erwarten.

Von der Krise in der Stahlindustrie sind vor allem das Ruhrgebiet, das Saarland und das Siegerland betroffen. Allein im Saarland sollen als Folge der Sanierung der Arbed Saarstahl GmbH 5000 der 20000 Beschäftigten entlassen werden. Bei der Krupp-Stahl AG in Rheinhausen, einem der modernsten Stahlwerke an der Ruhr, sollen 3600 Stahlarbeiter entlassen werden. Abwärts geht es auch im Maschinenbau. Renommierte Firmen wie Mannesmann Demag, MAN und SKF-Kugellagerfabriken haben Kurzarbeit angekündigt.

2,5 Millionen Arbeitslose

Kommen in der Bundesrepublik im Durchschnitt derzeit 32 Arbeitslose auf eine offene Stelle, so kommt in Saarbrücken in der Metallerzeugung oder Bauindustrie auf 100 Arbeitslose nur ein Angebot. Am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen, die in den kommenden Monaten voraussichtlich auf 2,5 Millionen anwachsen wird, sind die Ruhrgebietsstädte wie Recklinghausen, Gelsenkirchen, Duisburg, Dortmund, die Landstriche an der Grenze zur DDR und die industriearmen Gebiete im nördlichen Niedersachsen.

Doch nicht nur die Bauindustrie und der Maschinenbau sind betroffen, nach der Stahlkrise steht uns jetzt auch **eine neue Kohlenkrise** ins Haus. Schon jetzt liegen 2,2 Millionen Tonnen Steinkohle über die nationale Energiereserve hinaus auf Halde,und unter den Bergleuten wächst die Besorgnis, daß es zu einem neuen Zechensterben, Entlassungen und Kurzarbeit kommt. So soll auf Beschluß des Eschweiler Berwerkvereins die Zeche Erin mit 3300 Kumpel Ende 1983 stillgelegt werden. Ein gleiches Schicksal droht der Zeche Gneisenau in Dortmund. Dort wären 9000 Bergleute von der Schließung betroffen.

Was Stahl und Kohle recht ist, das ist der **Automobilindustrie,** von der praktisch jeder siebte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik abhängt, nur billig. So hat die Absatzkrise jetzt auch das Volkswagenwerk, das zusammen mit Audi NSU immerhin einen Marktanteil von 28,7 Prozent hält, erfaßt. Schon 1981 hatte VW seine Produktions- und Verkaufsziffern nicht halten können. Diesmal büßte das Unternehmen im Vergleich zum ersten Halbjahr 1981 um 6 Prozent ein, was sich in der Wintersaison noch verschärfen kann. Die derzeitige Kurzarbeit wurde auf das kommende Jahr ausgedehnt. Man spricht von 27000 anstehenden Entlassungen. **Erschwerend kommt hinzu, daß Westdeutschlands Automobilfabriken run 70 Prozent ihrer Produkte exportieren.**

Der Export aber geht weltweit zurück. War es im letzten Jahr infolge des Falls des DM-Kurses gegenüber dem Dollar noch einmal zu einem Exportanstieg gekommen, so ist das jetzt endgültig vorbei. Wegen hoher Zahlungsbilanzdefizite, wachsender Schuldzinsen und niedriger Rohstoffpreise schränken zahlreiche Entwicklungsländer die Binnennachfrage und Importe drastisch ein. Schuld sind die Industriestaaten selbst. So lieferten z.B. die westeuropäischen Staaten zahlreiche Stahlwerke nach Brasilien. Als die Brasilianer dann ihren Stahl loswerden wollten, zwang ihnen die EG ein Beschränkungsabkommen auf.

Aber auch die Industriestaaten schotten sich ab. Protektionismus und Handelsbeschränkungen, Zölle, Schikane, offene und verdeckte Abgaben, Bürokratismus u.a.m. feiern fröhliche Urstände. Die französische Regierung droht mit einer „Politik der Strenge" auch im Außenhandel,und schloß dabei „radikale Maßnahmen" auch gegenüber europäischen Handelspartnern nicht aus. **Ein Handelskrieg wie Anfang der 30er Jahre droht.**

Die Weltwirtschaft befindet sich in der schlechtesten Verfassung seit den 30er Jahren, so das Sekretariat des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT). „Der Handelsprotektionismus beschleunigt die Rezession der Weltkonjunktur", so der Internationale Währungsfonds (IWF). Dabei besagen die Regeln des GATT den freien Warenaustausch zu fördern und dem Welthandel Auftrieb zu geben. Das hatte u.a. zur Folge, daß rund ein Drittel aller 88 GATT-Staaten nur mit der Erwartung auf eine Steigerung des Absatzes im Ausland investierte. Der Einbruch in der Auslandsnachfrage in der ersten Hälfte dieses Jahres führte zu einer spürbaren Verschlechterung der konjunkturellen Situation in der Bundesrepublik. **Die Exportnachfrage sank doppelt so stark wie die Inlandsnachfrage.** Für die Bundesrepublik eine überaus schwierige Situation.

Exporte gehen zurück

Denn immerhin arbeiten bei uns rund ein Viertel aller Erwerbstätigen, 5,8 Millionen, allein für den Export. Darunter: 880000 im Handel und Verkehr, 683000 im Maschinenbau, 478000 in der Elektronik, 426000 in der Autoindustrie, 363000 in der Chemie, 356000 in der Landwirtschaft usw. usf. Alle diese Arbeitsplätze sind gefährdet. **Lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den Industriestaaten 1980 noch bei 6 Prozent, so ist sie inzwischen auf 8 Prozent gestiegen.** Dabei lag im Oktober 1982 die Bundesrepublik mit 7,8 Prozent, gegenüber Frankreich mit 9,6 Prozent, USA 10,4 Prozent, Italien 10,9 Prozent, Niederlande 11,1 Prozent, Großbritannien 12,8

Fortsetzung auf Seite 9

Referat zum Sonderparteitag der KPD

Zu der nach dem Regierungswechsel entstandenen politischen Lage

Fortsetzung von Seite 8

Prozent, Belgien 14,8 Prozent noch relativ gut. **Inzwischen haben wir kräftig aufgeholt und werden in der ersten Hälfte des kommenden Jahres die 10-Prozent-Grenze überschreiten.**

Worum handelt es sich bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung? Erstens um eine typische **Überproduktionskrise.** Wichtigste Kennzeichen: Absatzstockung, Einschränkung der Produktion, Arbeitslosigkeit, Konkurse vieler kapitalschwacher Betriebe. Der Markt ist gesättigt. Das heißt, die Haushalte, die es sich leisten können oder wollen haben einen Photoapparat 96 Prozent, einen Kühlschrank 95 Prozent, ein Telephon 90 Prozent, eine Waschmaschine 89 Prozent, einen PKW 84 Prozent, ein Farbfernsehgerät 79 Prozent, eine elektrische Nähmaschine 78 Prozent, einen Gefrierschrank 65 Prozent, ein Eigenheim bzw. Eigentumswohnung 39 Prozent usw. usf. Nur noch das, was entzweigeht wird hergestellt. **Die Industrie ist nur noch zu 70 Prozent ausgelastet.**

Hinzu kommt eine sogenannte Strukturkrise oder die dritte industrielle Revolution. Das heißt **die Einführung der Mikroelektronik** in zahlreichen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens. So stieg in den letzten zehn Jahren die Baudichte der mikroelektronischen Schaltelemente auf das Fünfhundertfache. Ein Computer ist heute für ein Zehntel des Preises zu haben, den er noch vor zehn Jahren kostete. Die Folge: Immer raschere Rationalisierung. So setzen im Druckgewerbe die neuen elektronischen Maschinen 800000 Buchstaben in einer Stunde, während die alten Bleisatzgeräte gerade 1800 schafften.

In der Autoindustrie werden Karosserien von Industrierobotern geschweißt, die pro Schicht die Arbeit von bis zu vier Facharbeitern erledigen. Demnächst werden ganze Fabrikhallen von Automaten beherrscht. VW arbeitet mit Hochdruck an solch einem Projekt. Nach einer Siemens-Studie sind 30 Prozent aller Büroarbeiten automatisierbar. Banken und Versicherungen rechnen mit einer Vernichtung jedes dritten Arbeitsplatzes bis 1985 durch die Einführung der Mikroelektronik im Bürobereich. Das werden rund eine Million Angestellte sein, die arbeitslos werden. **Bis zum Jahre 1990 werden rund 42 Prozent aller Arbeitsplätze in der Bundesrepublik von der Einführung der Mikroelektronik betroffen sein, d.h. rund neun Millionen Arbeiter und Angestellte sind von der Entlassung bedroht.**

Ist die heutige Weltwirtschaftslage schon katastrophal, so kann sie sich dennoch verschlimmern. Wie ein Damoklesschwert hängt über unseren Köpfen **die Gefahr einer Krise des internationalen Bankensystems wie 1929/31.** Wenn nur eines der zahlreichen Länder wie im Osten Polen, Rumänien, Jugoslawien oder im Westen Brasilien, Mexiko u.a.m., die bis über die Ohren verschuldet sind, seinen Bankrott anmeldet, seine Zahlungsunfähigkeit erklärt, dann gehen nicht nur an der Wall Street die Lichter aus. Noch bemühen sich die internationalen Großbanken um Rettungsaktionen für die Betroffenen durch Umschuldung und andere stützende Maßnahmen. Doch wie lange das gut geht, und sich ein neuer „Schwarzer Freitag“ verhindern läßt, steht in den Sternen.

In größte Schwierigkeiten

So prophezeite der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Interview mit der „New York Times“ der Weltwirtschaft eine „dramatische Entwicklung“, verglich die jetzige Situation mit der großen Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre und sagte: „Sollte sich jetzt zusätzlich zur Beschäftigungskrise eine internationale Bankenkrise einstellen, dann werden wir in den größten Schwierigkeiten sein (...).“ Schmidt vertrat die Auffassung, daß die Arbeitslosensituation schon am Ende des Winters 1982/83 in den USA, der Bundesrepublik, in Großbritannien, Frankreich und vielleicht sogar in Japan „außer Kontrolle“ geraten könnte.



Betriebsbesetzungen (wie hier bei Heckel in Saarbrücken) sind für unser Land eine relativ neue Erscheinung im Kampf — mit zunehmender Krise wächst ihre Zahl

Ganz so schwarz sehen es die bundesdeutschen Konjunkturforscher, die sogenannten fünf Weisen, noch nicht. Doch immerhin auch sie prophezeihen: **der Trend geht abwärts,** 2,5 Millionen Arbeitslose im nächsten Jahr sind drin. Um dieses festzustellen, brauchten wir allerdings keine großbürgerlichen Weisen. Uns reichte der wissenschaftlichen Sozialismus um bereits im Jahre 1978 — als noch keiner dieser Weisen auch nur daran dachte — auf unserem 4. Parteitag festzustellen:

„Diese von uns genannten Faktoren werden aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen, daß die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland und Westberlin im Laufe der 80er Jahre prozentual ein Ausmaß erreichen wird, wie es in Deutschland in der Krise 1929/32 bestanden hat.“

Inzwischen ist diese Erkenntnis auch zum Gemeingut des gesamten Finanzkapitals geworden. Man rechnet, anders als noch im Jahre 1980, mit einer tiefen, langandauernden Krise. Das war der Grund für den ab Sommer dieses Jahres massiv angestrebten Regierungswechsels. Denn eines zeigte sich immer klarer: Die SPD als Regierungspartei war unfähig, den vom Finanzkapital, den Monopolen, Banken, Konzernen angestrebten Kurs des rigorosen Sozialabbaus, des Abbaus der Löhne und Gehälter zur Sicherung der eigenen Profite auch während der Krise durchzusetzen.

Zwar hatte sich die Führung der Sozialdemokratie redlich bemüht, den Forderungen ihrer kapitalistischen Auftraggeber gerecht zu werden, wie die Haushaltsoperation '82 zeigte, doch die Folge war, die SPD begann ihre Anziehungkraft auf große Teile der Arbeiterklasse zu verlieren, wie die Wahlen und Umfrageergebnisse vor dem Regierungswechsel in Bonn anschaulich bewiesen. **Hinzu kam erschwerend, daß ihr auch die Fähigkeit zur Kontrolle der Gewerkschaften zunehmend abhanden kam,** wie die Protestdemonstrationen des DGB gegen den Sozialabbau, die vor dem Wechsel in Bonn beschlossen waren, zeigten. Doch was nützte dem Kapital solch eine sozialdemokratische Partei, deren Wert ja gerade darin lag, die Arbeitermassen auf dem Boden der Sozialpartnerschaft, des Kapitalismus zu halten.

Fazit: **Der Versuch, einerseits eine Politik der rücksichtslosen Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter und Angestellten und gleichzeitig mit Hilfe der SPD ein Stillhalten der Gewerkschaften zu erreichen, war gescheitert.** Das war mit der SPD als Regierungspartei nicht zu schaffen. Trotz ihres Bekenntnisses zum Kapitalismus, zur sogenannten freien Marktwirtschaft ist und bleibt sie als Partei des sogenannten kleinen Mannes gezwungen, auf die Stimmung der Arbeiter und Angestellten, auf die Gewerkschaften Rücksicht zu nehmen.

Regierungstauglichkeit verloren

Sie hatte damit für das Finanzkapital ihre Regierungstauglichkeit verloren und mußte — wie im März 1930 — weg. Und zwar für lange. Denn selbst wenn es bei Neuwahlen am 6. März 1983 zu einer SPD-Mehrheit, die unwahrscheinlich ist, oder einer rot-grünen Koalition, die es nicht geben wird, kommen sollte, das Finanzkapital wird Wege und Möglichkeiten finden, die neue Regierung wie die letzte zu kippen. Für die Grünen hat F. J. Strauß schon heute den Ausweg parat. Er empfahl die Wahlzulassungen zu verschärfen und nur solche Parteien zuzulassen, die die „Funktionsfähigkeit“ der repräsentativen Demokratie unterstützen“, die bereit seien, die „Spielregeln der parlamentarischen Demokratie“ zu gewährleisten.

Diese Spielregeln der bürgerlich parlamentarischen Demokratie sind uns nur zu gut bekannt. Sie lauten: Lüge, Bestechung, Betrug an den Wählern, Korruption, Karrierismus, Gaunereien der verschiedensten Art. So kam denn auch der Regierungswechsel in Bonn nicht etwa aufgrund des sogenannten Wählerwillens zustande, sondern durch ein abgekartetes Spiel. Das Lambsdorff-Papier, dieser Horrorkatalog des Sozialabbaus, war nichts anderes als eine Auftragsarbeit des Finanzkapitals zur Sprengung der Koalition aus SPD und FDP, die in Bonn die gewünschte Wende einleitete.

So erklärte BDI-Präsident Rodenstock in einem „Stern“-Interview vom 29.9.82 zum Lambsdorff-Papier auf die Frage des „Stern“: „Decken sich Ihre Vorstellungen über die Gesundung der Wirtschaft mit denen Lambsdorffs?“

„Uneingeschränkt ja (...). Mein Optimismus gründet sich auf die Erwartung, daß nach einem Wechsel konsequent das Notwendige geschieht (...).“ Und was ist das Notwendige? Dazu Rodenstock: „Der Haushalt müßte zugunsten öffentlicher Investitionen umgeschichtet werden. Und man wird auf die Dauer nicht darum herumkommen, das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern zu verändern. Man darf ja nicht übersehen, daß ertragsunabhängige Steuern wie die Vermögens- oder die Gewerbekapitalsteuer die Unternehmen auch dann belasten, wenn der Gewinn weg ist.“

Arbeitslosigkeit als Programm

Zu gut deutsch heißt das: **Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben, sozialer Kahlschlag auf breitester Front, Abbau der Löhne und Gehälter.** So betrugen die Reallohnsenkungen 1980 — 0,4, 1981 — 1,4, 1982 bereits 2 Prozent. Sie werden sich im kommenden Jahr sicher weiter erhöhen. Das aber heißt: Senkung der Kaufkraft, weniger Absatz, noch mehr Konkurse. **Daraus folgt: steigende Arbeitslosigkeit.**

Und wie steht es mit der Änderung des Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern? Das heißt, die direkten, die Reichen betreffenden Steuern, wie Vermögens-, Gewerbekapitalsteuern etc. sollen abgebaut und die indirekten, die Armen betreffenden Steuern, wie die Steuern auf Kaffee, Tee, Tabak, Mineralöl usw. sollen erhöht werden. Hinzu kommt die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die die ärmeren ungleich mehr belastet als die reicheren. Das aber heißt wiederum: Senkung der Kaufkraft, weniger Absatz, noch mehr Konkurse. **Woraus folgt: steigende Arbeitslosigkeit.**

Was aber soll mit den Milliarden und Abermilliarden geschehen, die den Armen abgeknöpft und den Reichen gegeben werden? Die Unternehmer sollen sie nutzen, um mehr zu investieren und so neue Arbeitsplätze zu schaffen. Doch investiert wird stets da, wo es den Kapitalisten am meisten Profit bringt, z.B. in der Rationalisierung, der Einführung der Mikroelektronik in den Betrieben etc. **Von je 100 Industrieunternehmen nannten als das Hauptziel ihrer Investitionen:**

Die Rationalisierung! Und zwar 1981 = 41, 1982 = 53, 1983 = 55. An einer Ersatzbeschaffung, das heißt die Ersetzung alter durch moderne, weniger personalaufwendige Anlagen und Maschinen dachten 1981 = 25, 1982 = 28, 1983 = 27. Auf die Idee ihr Unternehmen echt zu erweitern kamen 1981 noch 34, 1982 = 19 und 1983 noch ganze lausige 18 Prozent. Steckten die Unternehmen 1970 noch jede zweite Mark in die Erweiterung bestehender Fabriken, so ist es 1983 nicht einmal mehr jede fünfte Mark. Zusammengefaßt heißt das: **Mit den aus uns, den Werktätigen erpreßten Geldern sichern sich die Kapitalisten auch während der Krise ihre Profite, finanzieren wir unsere eigene Arbeitslosigkeit.**

Zur Einführung der Mikroelektronik Rodenstock original: „Wir müssen beim technischen Fortschritt an der Spitze mithalten. Das wird zwar da und dort zur Freisetzung von Arbeitskräften führen, aber es ist von zwei Übeln das geringere (...).“ Da und dort ist gut. Immerhin sind es nach ihren eigenen Angaben rund neun Millionen Menschen, die da durch die Einführung der Mikroelektronik betroffen werden. Und selbst wenn zwei oder drei Millionen wieder Arbeit finden, heißt das immer noch sechs Millionen Arbeitslose in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Und das ganze **nennt die CDU/CSU/FDP-Regierung ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.**



Stahlarbeiter im Kampf für die 35-Stunden-Woche im Winter 78/79 — seitdem ist diese Forderung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit noch wichtiger geworden

In Großbritannien hat diese Politik dazu geführt, daß sich seit Antritt der Regierung Thatcher die Zahl der Arbeitslosen verdreifacht hat. In den USA ist sie inzwischen auf elf Millionen Arbeitslose gewachsen, eine Zahl, die zuletzt 1940 erreicht wurde. Und es täusche sich keiner, was wir heute an Abbau von Sozialleistungen durch die Verabschiedung des Haushalts, des neuen Mietrechts usw. erleben, **ist erst der sehr bescheidene Anfang von dem, was da auf uns zukommt.**

Noch größere Opfer

So erklärte der Hauptgeschäftsführer der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft Scharrenbroich: „Die Erwerbstätigen in der Bundesrepublik werden noch viel größere Opfer bringen müssen, als bisher geplant.“ Ernst Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichts: „Der Wohlfahrtsstaat heutiger Prägung ist nicht mehr zu halten, weder wirtschaftlich noch politisch und moralisch.“

Bundesarbeitsminister Blüm sprach von einer notwendigen Stärkung des Versicherungsprinzips und der Selbstbeteiligung. Professor Zacher, ein Mann der Regierung: Man müsse Renten in die Hände unabhängiger Entscheidungsträger legen. Zu deutsch: **Unser ganzes Sozial- und Rentenversicherungssystem, eine in hundert Jahren** — trotz aller Mängel — **erkämpfte Errungenschaft, soll beseitigt werden.** Jeder soll sich entsprechend seinem Geldbeutel privat renten- bzw. krankenversichern. **Zurück zu Zeiten des Frühkapitalismus.**

Wie will die Kohl-Regierung das durchsetzen? Bundeskanzler Kohl: „Durch die Wiederbelebung unseres Leistungswillens, die notwendige Opferbereitschaft, daß jeder einsieht, daß er nicht auf Kosten der Allgemeinheit leben darf.“ Und damit meint er nicht etwa die Kapitalisten, die Aktionäre, die Playboys, die Kuponschneider und reichen Nichtstuer sondern uns, die Arbeiter, die Angestellten, die Arbeitslosen, die Rentner.

Nach Kohl ist die Ursache dieser Krise nicht etwa im Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung der Produktion zu suchen, im Streben nach höchsten Profiten, in der Anarchie der Produktion der kapitalistischen Wirtschaft, sondern nach Kohl ist die Krise, der „Staatsnotstand“, wie er sagt, im wesentlichen „durch die Krise der Familie, durch ein Sinken des Leistungswillens, durch gesunkene Opferbereitschaft und durch eine sich ausbreitende Oppositions- und Verweigerungshaltung herbeigeführt worden.“

Fortsetzung im nächsten RM

Über die Bemühungen, ein linkes klassenkämpferisches Wahlbündnis zu schaffen

Bei den Neuwahlen zum Bundestag kandidieren BWK und KPD gemeinsam. Unsere Partei begrüßt mit Nachdruck, daß es wenigstens zu diesem gemeinsamen Handeln zweier revolutionärer Parteien gekommen ist. Zugleich aber sind wir, wie viele andere, darüber enttäuscht, daß ein breites linkes Wahlbündnis nicht hergestellt werden konnte.

Wir sind der Ansicht, daß sowohl ein breites klassenkämpferisches Wahlbündnis als auch zumindest ein Bündnis mehrerer, im engeren Sinn revolutionärer Organisationen, an sich politisch möglich gewesen wäre. Dieser Auffassung sind wir, weil es zwischen den infragekommenden politischen Kräften in unseren Augen in ausreichendem Umfang *gemeinsame* politische Auffassungen gibt; ausreichend nicht nur, um gemeinsam einen Wahlkampf gegen die politische Reaktion und für die Interessen der Arbeiterklasse zu führen, sondern auch um überhaupt die Zusammenarbeit gegen Kapital und Reaktion wesentlich zu verstärken.

Unsere Partei hatte sich, unmittelbar nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition und dem Einsetzen der Diskussion über Neuwahlen, für die Schaffung eines breiten linken Wahlbündnisses ausgesprochen, und sich in der Folge auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür eingesetzt. Wir wollen das hier im einzelnen nicht noch einmal nachzeichnen.

Eine falsche Kritik an den Grünen

Viele meinen, dieses breite Wahlbündnis sei an der Haltung der GRÜNEN gescheitert, weil diese von Anfang an auf eine Alleinkandidatur ihrer Partei beharrt hätten und selbst Gespräche über ein breiteres Bündnis abgelehnt hätten. Eine derartige Kritik am „Alleinvertretungsanspruch" (hessische Alternative) oder an der „Arroganz" (MLPD) der GRÜNEN ist sicher verständlich, politisch aber eher oberflächlich als treffend.

Eine derartige Kritik, die den GRÜNEN in erster Linie mangelnden Willen zur Einheit vorwirft, geht von der Voraussetzung aus, daß die grün-alternative Strömung im wesentlichen das Gleiche will, wie die klassenkämpferisch und im weitesten Sinn sozialistisch orientierte Linke. Das aber trifft nicht zu. Die GRÜNEN selbst haben immer wieder deutlich gemacht, daß sie sich nicht nur gegenüber bestimmten Erscheinungen des Kapitalismus und bürgerlicher Politik in Opposition sehen, sondern daß sie sich auch gegenüber der Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften, dem Marxismus, der Theorie und Praxis des Klassenkampfes im allgemeinen abgrenzen. Bei aller Kritik am Kapitalismus kritisieren sie nicht — schon gar nicht vorrangig — die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie.

Die GRÜNEN sind der beachtlich weit fortgeschrittene Versuch, eine neue Partei von Teilen der Mittelschichten zu bilden. Wir wollen hier nicht weiter darauf eingehen, auf welchen ideologischen Grundlagen sich dieser Parteibildungsprozeß vollzieht und auf welche Teile der Mittelschichten er sich in erster Linie bezieht.

Tatsache aber ist, daß dieser Parteibildungsprozeß in bestimmten Gesellschaftsschichten eine erhebliche Massenwirksamkeit erlangt hat. Und zwar gerade deshalb, weil er **nicht** sektiererisch („Alleinvertretungsanspruch") oder intolerant („Arroganz") betrieben wurde, sondern ganz im Gegenteil eine erstaunliche Fähigkeit zur Integration von in diesen Gesellschaftsschichten wirksamen unterschiedlichen politisch-ideologischen Strömungen und sozialen Interessen entwickelt hat.

Der wie auch immer formulierte Vorwurf des Sektierertums an die Adresse der GRÜNEN geht deshalb ins Leere. Dahinter verbirgt sich im Grunde nur der Vorwurf, daß die GRÜNEN keine Partei für Arbeiterinteressen sind. Es ist wichtig, das zu erkennen, aber es ist unsinnig, das einer Mittelschichten-Partei zum Vorwurf zu machen.

Deshalb nicht mit den Grünen

Aus dieser Beurteilung der GRÜNEN ergab sich für unsere Partei die Schlußfolgerung, daß es nicht möglich sein würde, für unsere politischen Auffassungen und Ziele im Wahlkampf, im Rahmen der Unterstützung der Kandidatur der GRÜNEN, einzutreten. Dabei erkennen wir durchaus an, daß die GRÜNEN in einigen Fragen relativ fortschrittliche Positionen einnehmen. Aber sie sind als Partei und ideologische Strömung (wir sprechen nicht von einzelnen Mitgliedern) gegen den Klassenkampf der Arbeiter und Angestellten, dessen Entfaltung wir für unsere vorrangige Aufgabe halten, und sie sind gegen den Sozialismus und die politische Macht der Arbeiterklasse, wofür unsere Partei strategisch eintritt.

Deshalb — und nicht einfach, weil wir uns durch den Alleingang der GRÜNEN übergangen fühlten — sahen wir von Anfang an die Notwendigkeit einer klassenkämpferischen Alternative zu den Wahlen.

Andere um die Entwicklung der Arbeiterbewegung bemühte Kräfte konnten sich zu dieser Konsequenz nicht durchringen. Sie traten zwar für ein breites Wahlbündnis ein, aber nur für den Fall, daß auch die GRÜNEN zur Teilnahme gewonnen werden könnten.

Gegen den Versuch, auch die GRÜNEN zur Mitarbeit in einem klassenkämpferisch orientierten Wahlbündnis zu gewinnen, ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Auch unsere Partei hat sich mit ihrer Stellungnahme für ein linkes Wahlbündnis u.a. auch an die GRÜNEN gewandt. Ein schwerer politischer Fehler war es, daß verschiedene Organisationen und Kräfte die Frage eines linken Wahlbündnisses von einer (von Anfang an unwahrscheinlichen) positiven Haltung der GRÜNEN **abhängig** gemacht haben, und sich demzufolge nach der ablehnenden Haltung der GRÜNEN nicht mehr um ein klassenkämpferisches Wahlbündnis bemüht haben bzw. die Bemühungen darum teilweise sogar als schädlich bekämpft haben. Grundlage dieses, in unseren Augen schweren politischen Fehlers, scheint zu sein, daß nicht von einer realistischen Beurteilung der GRÜNEN als neuer Partei bestimmter Teile der Mittelschichten ausgegangen wird, sondern von der Illusion, die GRÜNEN seien auch im klassenkämpferischen Sinn eine linke Partei. Jedenfalls hat die Konfusion in dieser Frage dazu geführt, daß die notwendige Einheit für ein über den Kreis von im engeren Sinn revolutionären Organisationen wesentlich hinausgehendes klassenkämpferisches Wahlbündnis nicht geschaffen werden konnte.

Warum kam es zu keiner Einigung mit der GIM und der MLPD?

Nachdem deutlich geworden war, daß angesichts der ablehnenden Haltung der GRÜNEN auch die Demokratischen Sozialisten und die örtlichen bzw. regionalen Alternativen Listen im Hinblick auf Neuwahlen im März 1983 nicht mehr für die Bildung eines klassenkämpferischen Wahlbündnisses zu gewinnen waren, bemühte sich unsere Partei darum, zumindest ein Wahlbündnis revolutionärer Organisationen herzustellen.

Nein zur Wunschregierung des Großkapitals

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

KPD KJD

Auf zur DGB-Demonstration gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn am 23. Oktober in Dortmund

Vier Organisationen (BWK, GIM, KPD und MLPD) erklärten grundsätzlich ihre Bereitschaft zu Gesprächen über ein Wahlbündnis. Unsere Partei begrüßt, auch wenn es mit GIM und MLPD zu keiner Einigung gekommen ist, daß überhaupt Gespräche zwischen diesen vier Organisationen über die Möglichkeit eines Wahlbündnisses stattgefunden haben. An dieser vorhandenen Bereitschaft zum Gespräch über die Möglichkeiten gemeinsamen Handelns sollte möglichst bald wieder angeknüpft werden. Es scheint uns wichtig, diesen positiven Ansatz nicht deshalb wieder in Vergessenheit geraten zu lassen, weil es zu einer Einigung im Hinblick auf die anstehenden Neuwahlen nicht gekommen ist.

Die Position der GIM

Die GIM trat entschieden für ein sozialistisches Wahlbündnis ein, und wir haben in den Verhandlungen eigentlich ihre Eindruck gewonnen, daß es seitens unserer Partei möglich gewesen wäre, sich auch mit der GIM auf eine gemeinsame politische Plattform zur Wahl zu einigen. Allerdings ist es mit der GIM zu einer in Einzelheiten gehenden Diskussion über die politischen Inhalte einer Wahlplattform nicht mehr gekommen.

Die Einigung mit der GIM ist daran gescheitert, daß die GIM darauf bestanden hat, das von ihr vorgeschlagene Wahlbündnis solle lediglich Direktkandidaten aufstellen, aber zur Abgabe der Zweitstimme für die SPD aufrufen. Der nach unserem Wahlsystem entscheidende Teil der Wahlaussage sollte demnach ein Wahlaufruf zugunsten der SPD sein. In einer zu zweiten Verhandlungsrunde verschickten Stellungnahme begründet die GIM den ihrer Ansicht nach notwendigen Aufruf zur Zweitstimmabgabe für die SPD unter anderem wie folgt:

„Tut man dies nicht, so wirkt die Beteuerung, die Reaktion gemeinsam mit der SPD-Arbeiterschaft schlagen zu wollen, wenig glaubhaft (man selbst kriegt ja höchstens 1% und es bestünde die Gefahr, daß dann die CDU in einem Kopf-an-Kopf-Rennen dranbleibt)."

Auch unsere Partei hat bei den Verhandlungen die Notwendigkeit betont, daß vor allem von der Aufgabe der Frontbildung gegen die Reaktion, deren Hauptparteien CDU und CSU sind, ausgegangen werden muß, daß das eine differenzierte Beurteilung der Sozialdemokratie voraussetzt, daß es notwendig ist, Brücken zur sozialdemokratischen bzw. sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiterschaft zu schlagen usw. Wir glauben, daß der von uns in die Verhandlungen eingebrachte Entwurf einer gemeinsamen Wahlplattform diesen Erfordernissen einer Frontbildung gegen die schwarze Reaktion Rechnung trägt.

Wir halten aber die Schlußfolgerung der GIM, man müsse zur Wahl der SPD aufrufen, wenn man sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, die Front gegen die Reaktion zu schwächen, für falsch. Sicher ist, daß von sozialdemokratischer Seite dieser Vorwurf erhoben wird. Es gehört sozusagen zum Standardrepertoire sozialdemokratischer Demagogie gegen die klassenkämpferische Linke, jeden, der sich nicht der sozialdemokratischen Vorherrschaft in der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften unterwirft, als Spalter, Gewerkschaftsfeind oder nützlichen Idioten der Reaktion zu diffamieren.

Diese sozialdemokratische Hetze darf uns nicht unsererseits zu einer blindwütigen Haltung gegenüber der SPD verleiten. Wir erkennen an, daß die SPD in gewisser Opposition zur äußersten Reaktion steht, aber wir sagen auch: der vorherrschende sozialdemokratische Einfluß auf die Arbeiterbewegung ist ein Hindernis im Kampf für die Entfaltung einer kämpferischen Einheitsfront gegen die Reaktion. Die Arbeiterklasse wird den Vormarsch der Reaktion nur stoppen können, wenn der sozialdemokratische Einfluß in der Arbeiterklasse zurückgedrängt und eine Linksentwicklung breiterer Teile der Arbeiterklasse eingeleitet werden kann. Dafür muß die klassenkämpferische Linke unserer Ansicht nach auch bei den Wahlen eintreten.

Die Position der MLPD

Die MLPD trat auch für ein breites linkes Wahlbündnis ein. In einem thesenartigen Positionspapier, das eine Delegation der MLPD unserer Partei am 5.10.82 im Rahmen eines informellen Gesprächs übergab, hieß es:

„Eine eigenständige Kandidatur würde die Kräfte der jungen MLPD übersteigen. Die MLPD ist grundsätzlich zu einem Bündnis mit nichtmonopolistischen Parteien, Organisationen und Initiativen gegen den Ultrarechtsblock bereit.

Die MLPD stellt für ein solches Bündnis nur zwei Bedingungen:

1. Es dürfen keine arbeiterfeindlichen Forderungen im Wahlbündnis vertreten werden.
2. Die MLPD betreibt eine eigenständige Agitation und Propaganda auf der Grundlage ihres Programms."

Mitte Oktober erhält unsere Partei zur Kenntnis eine Stellungnahme der MLPD zu dem Vorschlag der REVIER-Gruppe, eine „bundesweite Wahlpartei" zu bilden. In diesem Schreiben werden von der MLPD inhaltliche Vorstellungen zur möglichen Plattform eines solchen Wahlbündnisses entwickelt. Unsere Partei teilt zwar keineswegs alle politischen Aussagen und Schwerpunktsetzungen dieses Schreibens, bewertete es aber im großen und ganzen so, daß eine inhaltliche Einigung mit der MLPD auf eine gemeinsame Wahlplattform möglich sein müßte.

Im nächsten „Roten Morgen": Das erste Treffen — Organisatorische Bedenken — Politische Probleme — Eine VAL zu zweit? — Ehrliche Auseinandersetzung oder Verzerrung? — Warum will die MLPD kein Bündnis revolutionärer Organisationen?

Überfall auf Lesotho

Südafrikas „Vorbeugekrieg"

Mit der — nicht neuen oder einfallsreichen — Begründung, schwarze Widerstandskämpfer würden Aktionen gegen Südafrika vorbereiten, rechtfertigten die Machthaber Südafrikas eine Militäraktion gegen das unabhängige Königreich Lesotho.

Südafrikanische Kommandotrupps griffen in Lesothos Hauptstadt Maseru zwölf Gebäude an und töteten 30 Menschen, angeblich alles Freischärler der Unabhängigkeitsbewegung African National Congress (ANC).

In den frühen Morgenstunden des 9. Dezember startete der Überfall, der unter völliger Mißachtung des Völkerrechts durchgeführt wurde. Wie der Stabschef der südafrikanischen Armee später zugeben mußte, sind bei den Unternehmen auch mindestens sieben Zivilisten, darunter fünf Frauen und zwei Kinder, umgekommen.

Die angebliche Gefahr aus Maseru, geplante Terrorakte, ist nur vorgeschoben. Wie Sprecher des ANC mitteilten, seien weder die Zentrale des ANC Angriffziel gewesen, noch seien die Getöteten bewaffnete Kämpfer gewesen. Vielmehr seien die Opfer Flüchtlinge aus Südafrika und zehn Staatsbürger von Lesotho.

Die ANC bezeichnete den Überfall als „barbarischen Akt" und kündigte an, die schwarzen Widerstandskämpfer würden sich weder „in die Unterwerfung terrorisieren lassen", noch den Widerstand gegen das Apartheidsregime in Südafrika aufgeben. Diese, militärische Aktion gegen Lesotho ist nur ein Glied in der Kette der verstärkten, gewaltsamen Aktionen zur Aufrechterhaltung der Macht der weißen Bourgeoisie in Südafrika. Die widerrechtliche Besetzung Namibias, die dauernden Überfälle auf Angola, machen die wiederholten Drohungen Südafrikas wahr, gegen jede Bastion des Widerstands vorzugehen, egal ob sie innerhalb oder außerhalb des Landes liegt.

Den Regierenden in Südafrika fällt es immer schwerer, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Arbeiter leben in völliger Versklavung, nicht die geringsten gewerkschaftlichen Rechte sind ihnen zugestanden, die Arbeitsbedingungen sind — an unseren Maßstäben gemessen — frühkapitalistisch. Politische, demokratische Rechte gib es für die absolute Mehrheit der Bevölkerung nicht. Alle Farbigen sind in Südafrika Menschen zweiter Klasse — wehren sie sich, werden sie gefangen, gefoltert, getötet.

Doch all dieser barbarische Terror hat den schwarzen Widerstand nie ersticken können. Die Rebellion von Soweto, die breiter werdende Streikbewegung der Arbeiter, die Solidarität anderer schwarzafrikanischer Staaten, machen dem Regime von Johannesburg zunehmend Schwierigkeiten.

Die ganz offene Gewaltpolitik ist das letzte verbleibende Mittel der südafrikanischen Reaktion.

Zur „Förderung der Demokratie":

US-Militärhilfe für Guatemala

Ein konkretes Ergebnis der Süd- und Mittelamerikareise des US-Präsidenten Ronald Reagan ist die baldige Wiederaufnahme der Militärhilfe für die Militärdiktatur in Guatemala.

In seinem Bemühen, die terroristischen Regime in dieser Region gegen die eigenen Völker, aber auch gegen das befreite Nicaragua aufzurüsten, hat Reagan nach eigenen Angaben bei seiner Reise „neue Freunde" gefunden. Zu diesen neuen Freunden gehört auch der guatemaltekische Präsident General Efraim Rios Montt, der erst im vergangenen März durch einen Militärputsch an die Macht kam.

Wie die vorgehende Militärregierung war auch die Diktatur des Rios Montt international unter Druck geraten, weil nachgewiesenermaßen die Machthaber nur durch Massenmorde, Verschleppungen und faschistische Unterdrückung ihr Regime halten konnten.

Reagans Vorgänger Carter mußte aufgrund dieses internationalen Protestes 1977 die Waffenlieferungen und die offene Unterstützung der Armee Guatemalas stoppen.

Jetzt hat Reagans Außenminister Shultz als erstes die Wiederaufnahme der Lieferungen von Flugzeugersatzteilen und Hubschraubern zugesagt. Rios Montt sei, so Ronald Reagan, ein Mann „von großer persönlicher Integrität", den man in seinem politischen Ziel, der „Förderung der Demokratie" unterstützen müsse.

Bonner Protest gegen den Überfall geheuchelt:

Deutsche Mark macht Südafrika stark

BONN. — Sofort nach Bekanntwerden des Überfalls Südafrikas gab es eine Erklärung der Regierung aus Bonn. Von „tiefer Sorge" war die Rede, von „Ablehnung der Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele", ja sogar von einer „Verurteilung" der militärischen Aktion. Solche Stellungnahmen machen sich zwar ganz gut, sind aber von vorn bis hinten geheuchelt. Denn Bonn, die westdeutschen Banken, große Industriekonzerne, unterstützen das südafrikanische Regime nicht nur, sie profitieren in ungeheurem Ausmaß von der extremen Ausbeutung der Arbeiter, bereichern sich an den rechtlosen unterdrückten Massen der Bevölkerung.

Das westdeutsche Kapital ist führend beteiligt an der Ausbeutung der enormen Bodenschätze des Landes, nutzt die Rechtlosigkeit der Arbeitskräfte und die Möglichkeit zur kostengünstigen Ausbeutung bis aufs Blut für großindustrielle Massenproduktion aus.

Trotz der natürlichen Reichtümer des Landes ist die Republik Südafrika hochverschuldet — an westliche Banken natürlich, die dort sichere Anlagen für ihre Milliarden sehen. Unter den Banken, die Südafrika Kredite gaben, sind 59 aus der BRD. Nach internationalen Bankkonsortien und US-Banken rangiert die Deutsche Bank an 4. Stelle, die Dresdner Bank an 5., die Commerzbank an 8., die Westdeutsche Landesbank an 10. und die Bayerische Landesbank immerhin noch an 18. Stelle aller Gläubiger des südafrikanischen Staates.

Dieses enorme „Engagement" westdeutscher Banken in diesem Ausbeuterstaat hat vor einiger Zeit — erfreulicherweise — zum ersten Mal auch den massiven Protest des DGB herausgefordert, der die Banken in einer Erklärung scharf angriff.

Neben den Banken sind es vor allem westdeutsche Industrieunternehmen, die in Südafrika absahnen. 300 Niederlassungen westdeutscher Firmen gibt es. 6000 westdeutsche Firmen haben dort Vertretungen.

Zu den in Südafrika produzierenden Unternehmen gehört VW und Siemens, BMW und Daimler Benz, MAN und der Computerproduzent Nixdorf, Salzgitter-Stahl, Mannesmann, Thyssen, Demag, Lurgi, nicht zuletzt die Chemiegiganten BASF und Henkel.

Wie es in diesen „zivilisierten" Unternehmen dort zugeht, zeigen einige Beispiele. Bei Siemens in Waltloo, einer Kabelfabrik, sind nur Gewerkschaften für die schwarzen Arbeiter zugelassen, wenn diese Gewerkschaften sich der Kontrolle der Weißen — damit der Firmenleitung — unterwerfen. Aufstieg, berufliche Qualifizierung oder gar Lohnerhöhungen gibt es praktisch nicht für Schwarze. Das sieht konkret so aus: Von 3833 schwarzen Beschäftigten der Siemens South-Africa haben es bisher insgesamt nur 80 zum Facharbeiter gebracht — aber 80 Prozent aller Weißen. Bei BMW wird bei Entlassungen, so das Management der Firma, immer der Betriebsrat eingeschaltet. Allerdings hat der Betriebsrat nach BMW-Regelung überhaupt kein Einspruchsrecht, und das Einschalten der Arbeitervertreter sieht nach eigenen Angaben der BMW-Manager so aus: „Er hat vor dem Büro zu warten!" und bekommt die Entscheidung dann mitgeteilt. Als BMW-Arbeiter im Werk Rosslyn streikten, stürmte Polizei das Werk. Betriebsverfassung auf südafrikanisch.

Zwar hat die EG-Kommission einen „Verhaltenskodex", einige schwammige Richtlinien für westliche Firmen, die Werke in Südafrika haben, erlassen, aber kein Unternehmer hält sich daran.

Die Henkel Werke in Durban zahlen weit unter dem von der EG-Kommission empfohlenen Mindestlohn. Kürzlich setzte Henkel einseitig die Arbeitszeit von 40 auf 45 Wochenstunden herauf. Als Arbeiter Verhandlungen über mehr Lohn forderten, wurden 200 der 300 Beschäftigten kurzerhand entlassen und aus dem riesigen Arbeitslosenheer ersetzt. Kommentar aus der Düsseldorfer Henkel-Zentrale: man unterstütze das Zweigwerk in Durban „in seiner fairen Partnerschaft mit den afrikanischen Arbeitern und ihren Vertretern".

Aber die Arbeiterbewegung in Südafrika nimmt einen

Lufthansa believes in winning friends by bringing in influential people.

SALZGITTER
MANNESMANN DEMAG
AEG
STEINMÜLLER
BASF
M·A·N
Lufthansa

Lufthansawerbung aus Südafrika

stetigen Aufschwung. Gingen der Indurstrie in Südafrika 1980 bei 207 großen Streiks schon 175000 Arbeitstage „verloren", waren es 1981 schon 342 Streiks, die 226000 Arbeitstage ausmachten. Und das trotz der wilden Verfolgung aller gewerkschaftlich aktiven Arbeiter. Die Gefangennahme, Folterung und Ermordung vieler Gewerkschaftler in Südafrika, viel zu schwach und zu selten vom DGB aufgegriffen und angeprangert, geschehen, wie auch die militärischen Überfälle der Armee, nicht zuletzt im Interesse, wenn nicht sogar im Auftrag westdeutscher Kapitalisten.



Massenquartiere für Arbeiter

Augenzeugenbericht aus Guatemala

Massaker an Indios

Der 21jährige Indio-Bauer Nicolas Balam ist wahrscheinlich der erste überlebende Augenzeuge eines Massenmordes der guatemaltekischen Armee, die jetzt von den USA wieder militärisch unterstützt werden soll. Nicolas Balam berichtete in New York vor der Weltpresse über seine schrecklichen Erlebnisse.



General Rios Montt, Militärdiktator

Am 17. März dieses Jahres kamen Soldaten in die Ortschaft San Martin, ein Bauerndorf. Sie brannten 15 Häuser nieder und zogen wieder ab. Die Einwohner, die noch rechtzeitig geflohen waren, kehrten erst am nächsten Tag wieder in ihr Dorf zurück, um zu retten, was noch zu retten war. Nicolas Balam: **„Am 18. März kam die Armee wieder in mein Dorf. Wir versuchten fortzukommen, allerdings auf eine ungeordnete Weise. Ich griff mir ein kleines Kind und rannte einfach davon. Wegen des Hagels von Kugeln und Granaten konnte ich gar nichts anderes tun."** Nicolas Balam beobachtete, wie mindestens zehn Menschen niedergeschossen wurden, sah bei seiner Flucht noch weitere sechs Leichen. Er rannte davon und verbrachte die Nacht in einem ausgetrockneten Flußbett. Am folgenden Tag zog er in die Berge, in ein Flüchtlingslager, wo er hörte, daß in San Martin 200 bis 250 Menschen umgebracht worden sind. Mit anderen zog Nicolas Balam dann ins Dorf zurück, um die Toten zu bestatten. Mehrere Gruppen haben je rund 50 Opfer der Militärs begraben. Der Überlebende berichtete weiter, daß sich zum Zeitpunkt des Angriffs auf das Dorf keine Guerillos in San Martin aufgehalten hätten.

Das Massaker war kein Einzelfall. Wenn bisher auch noch nie jemand so genau und detailliert über die Massenmordaktionen der guatemaltekischen Armee berichten konnte, so liegen doch noch viele Informationen über ähnliche Aktionen vor.

Nach Angaben der Vereinigten Opposition in Guatemala sind seit dem Militärputsch des Efraim Rios Montt mehr als 10000 Menschen umgebracht worden.

Südafrika bekommt mehr Dollars als alle anderen Staaten zusammen

Imperialisten stützen das Rassistenregime

Der Internationale Währungsfond (IWF) hat der in Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten geratenen Rassisten-Republik Südafrika Anfang November mit einem Kredit von 1,07 Milliarden Dollar geholfen. Das ist mehr Geld als alle anderen in der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) zusammengeschlossenen Staaten bekommen.

Noch am 12. Oktober hat die UN-Generalversammlung mit 121 Stimmen bei 23 Enthaltungen den IWF aufgefordert, diesen Kredit nicht zu geben. Gegenstimmen gab es nur drei. Von den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland!

Der neue Kredit konnte nur bewilligt werden, weil im Internationalen Währungsfond die reichen imperialistischen Länder ein großes Übergewicht haben. So haben die USA allein 20 Prozent der Stimmen, sämtliche Staaten der Dritten Welt insgesamt nur 30 Prozent.

Zusammen mit den Stimmanteilen der BRD, Großbritanniens und Frankreichs stellt dieser Imperialistenblock 37 Prozent der Stimmrechte des IWF.

Von dieser starken Position her setzten sie den Kredit durch. Er ist gegenüber sonstigen Krediten des IWF sehr „billig", die Riesensumme muß mit 6,6 Prozent verzinst werden und kann von Johannesburg in zwei Raten abgerufen werden.

Die Vertreter der Dritten Welt, vor allem aus Afrika, argumentierten vor allem, daß es nicht angehe, einen Staat zu unterstützen, der permanent die Menschenrechte verletze, der Namibia besetzt halte und dauernd militärische Überfälle auf Mozambique und Angola verübe.

Kein Argument für die Imperialistenvertreter, die es auch nicht beeindruckte, daß die letzten Kreditsummen, von 1976 und 1977 in Höhe von 571 Millionen Dollar, fast auf den Pfennig genau der Erhöhung der Rüstungsausgaben Südafrikas entsprochen haben.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Geschenktips für Weihnachten

SCHALLPLATTEN

Daß trotz aller Neue-Deutsche-Welle-Plattheiten noch gute Rock-Platten mit anspruchsvollen Texten produziert werden, beweist nicht zuletzt die Kölner Rock-Formation BAP. Der riesige Verkaufserfolg der letzten Scheibe ist auch ein Beleg dafür, daß nicht nur hirnlose Texte mit stupidem Einheitssound beim Publikum gehen. „BAP — vun drinne noh drusse" ist trotz der vielen „kölsche Tön" —, die Gruppe spricht, bzw. singt ausschließlich Kölner Dialekt — auch überregional ein Renner, weil die Texte (gut erläutert und übersetzt im Beiheft), engagiert, politisch, besinnlich oder ironisch, viel bundesdeutsche Wirklichkeit treffen. Die Musik, guter alter Rock mit Anleihen bei vielen Musikgrößen der 60er Jahre, machen diese Platte nicht nur für „Teenies" zu einem schönen Geschenk.



BAP „Vun drinne noh drusse", LP EMI-Musikant 1C 064-46 639

Ina Deter, schwer einzuordnende Rock-Frau, hat jetzt mit ihrer Band die dritte LP produziert. In ihren Songs setzt sie sich für mehr Selbstbewußtsein und Unabhängigkeit der Frauen und für eine neues, vorurteilsloseres gleichberechtigtes Verhältnis zu Männern ein. Sie kritisiert, persifliert die gängigen „Rollen" von Frauen und Männern.

Bei Freunden und Fans ist umstritten, ob ihre neue, oder die vorhergehende LP besser ist. „Aller Anfang sind wir" hieß die letzte LP, sehr politisch und mit einigen Songs, die sehr bekannt geworden sind. Etwa „Wenn schon'n Cowboy Präsident werden kann", „Zusammenleben und frei sein".

Die neue LP heißt provozierend „Neue Männer braucht das Land" und enthält wieder viele Texte, über die Mann auch nachdenken kann. Leider tut sich musikalisch bei der Ina Deter Band nicht viel, die Musik ist schon fast eintönig zu nennen, trotzdem eine interessante Platte, nicht zuletzt wegen der verheißungsvollen Versprechungen auf der neuen LP „Ob blond, ob braun, ob Henna, der Weihnachtsmann, bringt neue Männa!"



Ina Deter und Band: Aller Anfang sind wir. UP-Records, UP 3003. Und: Ina Deter Band „Neue Männer braucht das Land", Phonogramm/fontana 6435172

Ganz einfach „Wecker" heißt das neue Album von Konstantin Wecker. Wer die mal gefühlvollen, besinnlichen, mal kritisch aggressiven Lieder des Münchener Liedermachers mag, wird auch die neue LP gern hören.

Da gibt es sehr persönliche Lieder, „Ich möchte weiterhin verwundbar sein", Satirisches, wie die Klage eines Vaters über die Kriegsdienstverweigerung seines Sohnes „Der dumme Bub", und den fast schon traurig tragischen Blues vom „Revoluzzer". Alle Lieder, vom Musikon-Ensemble hervorragend begleitet, bringt Konstantin Wecker in der gewohnten Vielfalt seiner Vortragsweise, vom leise gesprochenen Text bis zum intensiven leidenschaftlichen Gesang.



Konstantin Wecker, „WECKER", Polydor 2372152

Der Münchner Trikont Verlag hat im Herbst ein außergewöhnliches Album auf den Markt gebracht. Musik der städtischen Subkultur Griechenlands ist es untertitelt. Es geht um Rembetika-Lieder. Lieder, wie man sie in Griechenland oft aus Kaschemmen und Kafeneons, bei Festen und auf der Straße hört, die aber weder zu neuen, modernen Volksmusik, noch zur modischen Bouzouki-Welle gehören.

Diese Lieder, in der ersten Hälfte des Jahrhunderts in den Randbezirken der überquellenden Städte Griechenlands entstanden, haben, neben der alten Volksmusik, die heutige Musik Griechenlands entscheidend mitgeprägt. Mit (qualitativ sehr guten) historischen und neueren Aufnahmen sowie einer sehr ausführlichen Beilage mit historischen Anmerkungen und alten Übersetzungen der Lieder, bekommt man ein Stück Sozial- und Musikgeschichte über das Land geliefert, das mit vielen Klischees aufräumt. Die Quellen der Musik von Theodorakis etwa, liegen nicht nur in der „klassischen" Volksmusik, sondern zu einem guten Teil auch hier.



„Fünf Griechen in der Hölle und andere Rembetika-Lieder" Musik der städtischen Subkultur Griechenlands. Trikont „Unsere Stimme" US 0071/72, 2 LPs, 25,— DM, gibt es auch bei der Büchergilde Gutenberg.

Auch als Geschenktip war die nächste Platte gedacht. Historische Aufnahmen mit Arbeitermusik aus der Weimarer Republik. Nach dem Anhören müssen wir allerdings die Empfehlung stark einschränken, im Grunde ist die Platte nur für Forscher und Historiker interessant. Das lobenswerte Unterfangen, Arbeitermusik von damals in Originalaufnahmen zu dokumentieren, ist leider aufgrund erschreckend schlechter Tonqualität und ungenügender Erläuterungen im Textbogen ziemlich danebengegangen. Zum einen kann man, wie gesagt, heute auch bei der Überspielung alter Aufnahmen eine bessere Qualität verlangen, vor allem bietet die sehr unkritische Auswahl der Musikstücke eher Anlaß zu Vorurteilen über die Arbeitermusikkultur der Weimarer Republik, als das sie das revolutionäre Erbe der damaligen Zeit dokumentiert.



„Brüder zur Sonne, zur Freiheit". Arbeitermusik der Weimarer Republik in Originalaufnahmen. Pläne 88287

KALENDER



Mit jährlich steigender Auflage erscheint seit langem der Karikartoon-Kalender, ein dicker Block mit einem Blatt für jeden Tag. Und jeden Tag eine neue Karikatur, viele linke, bissige Zeichnungen. Bei 365 Stück geht natürlich auch mal ein Gag daneben, dennoch, sehr witzig und nebenbei auch brauchbar, weil die Blätter sich für manches Flugblatt, eine Betriebszeitung o.ä. eignen.

Elefantenpress: Karikartoon, 365 Tage mit Terminen, Witzen und Platz für Notizen. Preis 17,80 DM

Das Angebot an Kunstkalendern mit guten Reproduktionen von Gemälden und großartigen Landschaftsbildern ist schier unübersichtlich. Ein Kalender aus der DDR allerdings fällt nicht nur wegen seines Preises aus dem Rahmen, der Literatur-Kalender des Aufbau Verlages Berlin und Weimar. Für jede Woche bietet er ein Bild von einem Dichter oder zu einem Stück Literatur an, bringt Texte und Zitate. Der großformatige Kalender mit vielen Vierfarbdrucken kostet um die elf Mark und ist in DKP-nahen Buchhandlungen zu haben.



Literaturkalender des Aufbau Verlages, 11,50 DM.

ROMANE UND ERZÄHLUNGEN

Als Arbeiter Heinz Mattek arbeitslos wird, denkt er zunächst mal, es sei halb so schlimm. Doch dann muß er erkennen, daß er irgendwie überflüssig ist. Er bekommt keine neue Stelle, zu Hause, bei der Kindererziehung und im Haushalt, reicht sein anfänglich guter Wille auch nicht, um sich nützlich zu machen. Dann geht seine Frau wieder arbeiten, und in diesem Prozeß ändern sich beide, Mann und Frau. Es gibt Probleme und Konflikte, die der Autor Gerd Fuchs eindringlich und genau beschreibt. Wie solche gesellschaftlichen Veränderungen auf eine „normale" Ehe einwirken, die Menschen und ihre Ansichten beeinflussen, zeigt der Roman „Ein Mann fürs Leben", der nach einer teuren Ausgabe der Autoren Edition jetzt auch als Taschenbuch vorliegt.



Gerd Fuchs, „Ein Mann fürs Leben", rororo 4864 4,80 DM.

Mit außergewöhnlichem Erfolg erschien schon 1925 im Malik-Verlag der Band „Wege der Liebe" von Alexandra Kollontai. Die erste Erziehungsministerin der revolutionären UdSSR und spätere Botschafterin des Landes, hat in diesen drei Erzählungen ein, auch heute noch visionäres Bild, von emanzipierter Liebe und völliger Gleichberechtigung der Geschlechter gezeichnet. Sie beschreibt Beziehungen, die sich von bürgerlichen Vorurteilen und Machtverhältnissen zu befreien suchen.

Die drei Erzählungen sind jetzt im Buchverlag Der Morgen, Berlin wieder erschienen.



Alexandra Kollontai, „Wege der Liebe" Drei Erzählungen, Buchverlag Der Morgen, Berlin, unveränderter Nachdruck der Ausgabe des Malik-Verlages, 280 Seiten, Leinen, 12,80 DM

Mehr als die dokumentarische Berichterstattung über ein großes Grubenunglück ist Wolfgang Pabst's Buch „350 Männer starben — nun laßt uns tanzen". Die Katastrophe in der Steinkohlenzeche Radbod/Hamm im November 1908 ist der Anlaß einer breiten Darstellung der Lebensumstände der Bergarbeiter zu Beginn des Jahrhunderts, der Gefahren ihres Berufes, ihrer Kämpfe und Forderungen.

Mit der Beschreibung des Unglücks an Hand von Aussagen Überlebender, der Darstellungen der Angehörigen der Opfer, von amtlichen Untersuchungen und zeitgenössischen Presseberichten, zeigt der Autor ein bedrückendes Bild von Ausbeutung und Unterdrückung, beschreibt die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und die, auch nach den damaligen technischen Möglichkeiten, völlig unzureichenden Sicherheitsvorrichtungen. Trotz gewaltiger Anstrengungen vieler Bergleute, trotz des großen Einsatzes des Bergarbeiterverbandes, der Gewerkschaft, die mit Heinrich Kämpchen einen großen Ankläger gegen die Grubenbesitzer hatte, dauerte es noch 30 Jahre, mußten noch hunderte Bergleute ihr Leben lassen, bis die Verhältnisse sich zugunsten der Bergleute etwas änderten.

Das alles dokumentiert das Buch in ergreifender Weise, und die Wut über diese Zustände wird unter anderem wieder lebendig, wenn man lesen muß, daß sich die zuständigen Bergämter in Hamm und Dortmund noch heute weigern, alle Unterlagen über diese Katastrophe der Öffentlichkeit vorzulegen.



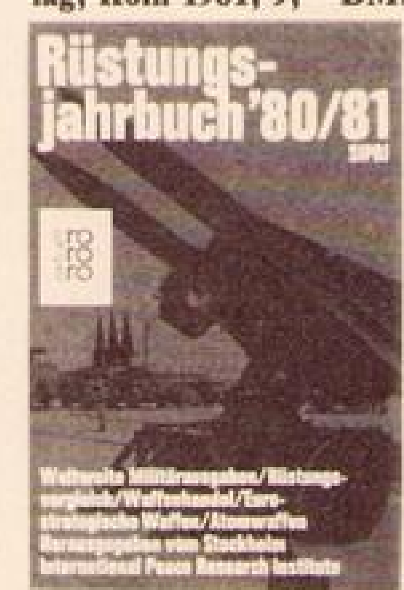
Wolfram Pabst, „350 Männer starben — nun laßt uns tanzen" Die Katastrophe in der Steinkohlen-Zeche Radbod/Hamm im November 1908, MCWolf Verlag Herne, 155 Seiten, 16,— DM.

BÜCHER ZUM FRIEDEN

Die folgenden drei Bücher zum Thema Frieden sind alle beim Verlag Roter Morgen vorrätig und können bestellt werden: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Ulrich Albrecht: „Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik"; Pahl-Rugenstein Verlag; Köln 1980, 12,80 DM

„Es geht ums Überleben". Albertz, Bastian, Bechert, Kade, Mountbatten, Mechtersheimer, Niemöller u.a. mit Beiträgen zum Thema: Warum wir die Atomraketen ablehnen. Hrsg.: Karl D. Bredthauer/Klaus Mannhardt; Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981, 9,— DM.



„Rüstungsjahrbuch 80/81" — SIPRI. Herausgegeben vom Stockholmer International Peace Research Institute, Reinbek 1980, 5,80 DM.

DIE GESCHENKIDEE

MUSIK VON ELBE 1
„Schönes Land"

Das aktuelle Programm der hamburger Polit-Rock- und Folk-Gruppe „Elbe 1" ist jetzt auf einer Musikkassette zu hören. Das Programm „Schönes Land" enthält alle von den letzten Auftritten bekannten „Renner". Hier die Titel: Schönes Land / Wir wollen leben / I ho' wos g'sea / Weine nicht / Elbe / Kopfsalat / Diana / Hobby / Hey, Halleluja / Heiligenschein / Du wehrst dich / Für nur 15,— DM zu bekommen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.



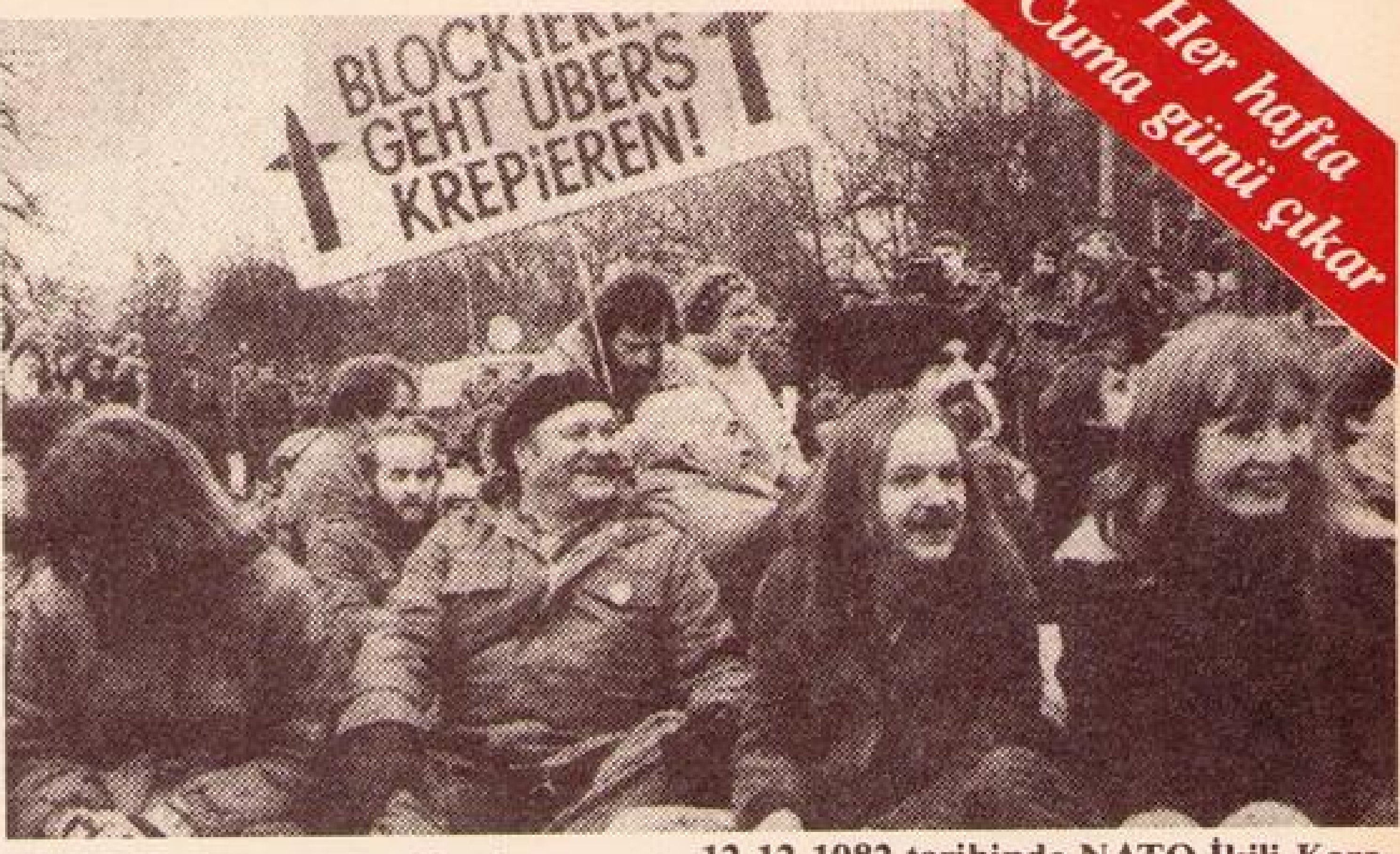
Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 50, 17 Aralık 1982 — Yıl: 16 — 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Protesto gösterileri. — **12.12.1982 tarihinde NATO İkili Kararı'nın 3. yılına girmesinden dolayı, savaş aleyhtarları Federal Almanya'nın çeşitli bölgelerinde protesto eylemleri düzenlediler. Çünkü gelecek yıl bu karara uygun olarak Federal Almanya'ya ABD'nin yeni orta menzilli füzeleri yerleştirilmek isteniyor. Özellikle de bu füzelerin yerleştirilmesinin öngörüldüğü bölgelerde yapılan bu protesto eylemine bir çok barışsever insan katıldı. Stuttgart'ta ABD'nin Avrupa Komando Merkezi'ni (EUCOM) ablukaya alan 200 kişi göz altına alındı ve bunlara, eylemde polisin görevlendirilmesinin masrafı ödettirilmeye çalışılıyor.**

İG Metall Baden-Württemberg Toplu Sözleşme Komisyonu'nun kararı:

Yüzde 7,5 ücret zammı!

Merkezi yönetimin tavsiyesi reddedildi

İG Metall merkezi Yönetim Kurulu'nun çeşitli toplu sözleşme bölgelerine yaptığı, yüzde 6,5'in üzerinde bir ücret zammı talebinde bulunmama tavsiyesi, Baden-Württemberg Büyük Toplu Sözleşme Komisyonları tarafından reddedildi. Komisyonun 11 üyesi, İGM Baden-Württemberg Yönetim Kurulu'nun yaptığı, yüzde 7,5'lik ücret talebinde bulunma tavsiyesini kabul ettiler.

Komisyon ayrıca düşük ücret grupları için de bir taban ücreti ileri sürmeyi kararlaştırdı. İG Metall Baden-Württemberg örgütünün aldığı bu kararlarda şüphesiz ki şu iki nokta en önemli olanlarıdır:

Birincisi, toplu sözleşme komisyonunun aldığı karar, İGM Merkezi Yönetim Kurulu'nun düşük ücret zammı tavsiyesini bile kendilerine karşı bir "savaş ilanı olarak" damgalayan işverenlerin kışkırtma kampanyalarına açıkca bir red cevaptır. Ve bu, en azından gerçek ücretleri garantileme perspektifi için bir girişimdir.

İkinci olarak ise bu karar, aynı zamanda kapitalistlerin baskısı karşısında iflas bayrağını çekme taktiğine başvuran İGM Merkezi Yönetim Kurulu'na da bir red cevabıdır. Nitekim o bu taktiğini toplu sözleşmelerin arifesinde Arbed'de izlemeye başladı bile. Kuşkusuz ki merkezi yönetim kurulu bu kararı bozabilir ve tüzüğe göre buna hakkı da vardır. Ve bugün merkezi yönetimin, bir toplu sözleşme bölgesinin tek başına adım atması mümkün değildir derken kastettiği de bundan başka bir şey değildir.

Ancak ne varki bu kararın tek toplu sözleşme bölgesinin bir adımı olarak kalmasına gerek yoktur! Ve bu kararın yalnızca bir sinyal etkisi veren bir karar olarak kalmasına da gerek yoktur. Çünkü bunun alınması zaten bunu ifade eder. Şüphesiz ki o, "sosyal ortaklık ultimatumuna" kayıtsız şartsız teslim olmayan, kapitalistlere ve bu ülkedeki nüfuz sahiplerine teslimiyet çizgisine kayıtsız şartsız uymak istemeyen sendikacıların olduğu yönünde de bir sinyaldir.

Şayet bu karar diğer bölgelerin aktif ve mücadeleci sendikacıları tarafından da desteklenirse, pekâlâ diğer bölgelerin de uymasını sağlayan ve bir mücadele cephesini oluşturan bir karar olabilir. Bu "büyük" bir karar olmasa dahi, bu görevi yerine getirmelidir. Soruna somut olarak yaklaşacak olursak, bu bir ayrışma hattını oluşturmaktadır, bunun için de desteklenmesi gereklidir.

Kapitalistlerin bu karara karşı takındıkları tavır oldukça dikkatleri çekiyordu. Örneğin radyo tarafından kendisine bir soru yöneltilen metal sanayisi temsilcisi neye uğradığını şaşırdı. Çünkü o merkezi yönetimin yüzde 6,5'lik zam tavsiyesine karşı kışkırtmaya hazırlanırken, karşısına bundan daha yüksek olan bir talep çıktı. Şimdi, İGM'in en büyük toplu sözleşme bölgesi daha yüksek bir talep tespit etmişti. Ancak buna rağmen o, merkezi yönetimin tavsiye talebine karşı bir "ateşkes anlaşması yapmadı." Çünkü kapitalistler, son iki yılda gerçek ücretlerde yapılan düşüşü şimdi daha da derinleştirmek istiyorlar.

Kapitalistlerin lehine yerli ve yabancı işçilerin fedekârlık göstermesi ultimatumuna karşı yüzde 7,5'lik ücret zammı talebi bir savaş ilanıdır.



Hannover'de yapılan bu eylemde görüldüğü gibi, daha sosyal hakların kısıtlanmasına karşı DGB yürüyüşlerinde bile ücretlerden vaz geçme politikası protesto ediliyordu.

Bu yıl büyük bankalar için bir rekor yılı oldu

Büyük bankaların on aylık kazancı 6 milyar Mark!

Üç büyük bankanın, yani Dresdner Bank'ın, Deutsche Bank ve Commerzbank'ın on aylık cirosu şimdiye değin ulaşılan işletme verisini geride bırakmaktadır. Ekim ayı sonuna kadar ortaya konulan kâr oranları, bankaların şimdiye değin krizden, işsizlikten ve sosyal hakların kısıtlanmasından nasıl kazanç sağladıklarını tüm açıklığıyla gün ışığına çıkarmaktadır. Bu süre zarfında 3177 milyar Mark faizden kâr eden Deutsche Bank rekor kırmaktadır.

Ancak diğer iki büyük banka da bundan pek geride kalmamaktalar. Örneğin Dresdner Bank aynı süre zarfında 1707 milyar Mark faizlerden kâr sağlarken, Commerzbank ise 1123 milyar Mark kâr etti. Bunların toplamı 6 milyar Mark'ı bulmaktadır.

Bu beylerin işlerinin nasıl yürüdünü pekâlâ biliyoruz. Örneğin sadece küçük müşterilerin ödemelerinde defter tutmayı geciktirmekle, yılda 100 milyon Mark kazanç sağlamaktalar. Bu tür ince yöntemlerle faizlerden ancak yüzde 10'luk bir kâr sağlanabilir. Ayrıca üç büyük bankanın komisyon işlerinde elde ettikleri 1,7 milyar faizde her şeyden önce düzenbazlıklarla kazanılamayacak bir şeydir.

Mali sermaye bu çapta ticareti, halkın büyük kısmını borçlandırmakla, devlete ve işletmelere verilen kredilerin faizi ile yapmaktadır. Özellikle de son iki yıl içinde bir çok işyeri resmi olarak içe girdiğini gösteren rakamlar verir ve işçileri fedekârlıklar göstermeye çağırırken, diğer yandan ise yüzlerce milyon Mark kârın faiz biçimde bankaların kasasına aktığına tanık olduk.

Bankaların, işyerlerinin, yok edilmesini göz önünde bulundurmadan, faizlerini cebe indirmeleri sonucunda yüz binlerce işçi işyerini kaybetti. Krizin giderek derinleşmeye başladığı son iki yıl içinde bankalar, özellikle de Federal Almanya'daki en büyük kapitalist grupları ile içiçe geçmiş bulunan büyük bankalar muazzam kârlar elde ettiler.

Tüm bu gerçeklere karşın, kapitalistler ve onların sözcüleri, ekonomi kâr sağlarsa, o zaman yeni işyerleri yaratılır şiarını yaygınlaştırmaya çalışmaktalar. Ancak bunun manevradan başka bir şey olmadığını her gün yaşıyoruz. Nitekim bankalar muazzam kârlar elde ediyorlar, ama bunu işyerlerin açılması değil, kapatılması izliyor vs...

Batı Almanya, faşist cuntaya yardımlarını gene başlattı

"Türkiye Yardımı" durdurulmalı!

Ankara'da faşist Kenan Evren ve çetesi ile yaptığı görüşmeden tam 18 gün sonra Genscher, Türk meslektaşı Türkmen'e yardımların tekrardan başlayacağı haberini verdi. Bu yıl içinde verilmesi öngörülen 413,5 milyon Mark ödenecek.

Kasım ayı sonunda Genscher, Türkiye'deki gelişmelere ilişkin olarak hazırladığı raporunu Federal Parlamento'da okudu. Bu raporun okunmasından sonra hükümet koalisyonu partileri, yani CDU/CSU ve FDP, Dışişleri Komisyonu'nunda, Ekonomik İşbirliği ve Bütçe Komisyonu'nda Türkiye Yardımının tekrardan başlatılmasını gerçekleştirmeye koyuldular. Bilindiği gibi 5 Haziran 1981'de Federal Hükümet sürdürülen uluslararası yoğun protestoların sonucunda faşist cuntaya yardımlarını dondurmak zorunda kalmış ve bu yardımların tekrardan başlatılmasını komisyonlardan gelecek "demokratikleşme" üzerine rapora tabi kılmıştı.

Ancak Türkiye'de "demokratikleşmenin" olduğunu Genscher bile raporunda ilan edemedi. O, yardımların tekrardan serbest bırakılması için, faşist cuntanın yasallaştırılmasından başka bir şey olmayan yeni anayasayı ve generaller çetesinin verdiği bazı sözleri gerekçe gösterdi.

Ne varki Genscher bile "Federal Parlamento'nun beklediklerinin yalnızca kısmen yerine getirildiğini" söyledi.

Genscher, raporunda bir diğer önemli nokta olarakta şunu vurguladı; "Federal Almanya'nın çıkarlarına ilişkin, zor sorunların çözümünde Federal Hükümet, Türkiye ile işbirliği yapmak zorundadır. Bu özellikle de AET'ye tam üyelik durumunda serbest dolaşım sorunu için geçerlidir."

Bu da Federal Hükümet'in, burada yaşayan bizi Türkiyelilere ilişkin gerici yabancı düşmanı politikasını faşist cuntanın da onaylamasını istemesinden başka bir şey değildir. Kenan Evren'in bu soruna ilişkin olarak, AET'ye üyeliğe evet demesi, ve biz Türkiyeli işçilerin serbest dolaşımı üzerine gelecekteki gelişmelerin ışığında karar verileceğini belirtmesi, Genscher'in isteğini desteklemekten başka bir şey değildir.

Ayrıca Genscher Türkiye Yardımı'nın başlatılması için diğer NATO ülkelerinin tavrını da örnek gösterdi. Örneğin ABD'nin 350 milyon, İtalya'nın ise 120 milyon Dolar verecekleri açıkladı. Nitekim 15 Kasım'da Reagan'ı ziyaret eden Kohl, bu yönde onunla anlaşmıştı. Ve onunla görüşmesinin hemen ardından faşist cuntaya yardım verilmesi gerektiğini savundu.

1982 yılı için ödenecek 413,5 milyon Mark ekonomik yardımın yanı sıra NATO Savunma Yardımı çerçevesinde Federal Hükümet her yıl 130 milyon ayırdetmektedir. Bu yıl için para çoktan ödendi ve gelecek yıl ödenmesi de kararlaştırıldı. Ayrıca 90 milyon Mark'ta silahlanma yardımı verildi ve gelecek yıl içinde de bu yardımın son taksidinin verilmesi karar altına alındı.

Görüldüğü gibi Genscher'in Türkiye'ye gitmesi, faşist cuntanın işine yaradı. Çünkü kısa zamanda 630 milyon Mark'ın üzerinde bir paraya sahip olacaklar.

Diğer yandan burada her şeyden tasarruf yapan Bonn Hükümeti ve onun arkasında bulunan güçler için bu para tam yerinde yapılmış bir yatırımdır. Orta Doğu'daki durumundan dolayı NATO için önemi giderek daha da artan Türkiye'de sükûneti sağlamak için verilen her Pfennig Batı Alman emperyalizminin de işine yaramaktadır. Orada sendikaların yasak olması, basına sansür konulması, işkence ve idamların olması bu bayların görüşleri ile tam bir uyumluluk içindedir.

Bu gerçekler ışığında faşist cuntaya yapılan yardımlara karşı sesimizi yükseltmemizin ve bu yardımların durdurulmasını talep etmemizin önemi daha da artmaktadır.

Tam ücret ve tam personel sayısı temelinde 35 saatlik iş haftası

Şimdiye değin eşi görülmemiş bir rasyonalleştirme dalgası

35 saatlik iş haftası konusu üzerine yazı dizimizin önceki bölümünde "Sermaye için niçin kendimizi yıpratalım?" sorusunu yöneltmiştik. Ve kapitalistlerin bugün bir yandan milyonlarca ücretliye iş hakkını tanımazken, diğer yandan ise fabrikalarında iş temposunu hızlandırdıklarını belirtmiştik. Artan sömürü ve baskılar sonucunda erken sakatlığın ortaya çıktığına ve yaşama yaşının giderek düştüğüne işaret etmiştik. Bu olguların tümü, çalışma saatinin çok etkili bir biçimde kısaltılması gerekliliğinin yakıcı önemini ortaya koyuyor. Tabi ki kapitalistler için değil, işçi ve dar gelirli memurlar için. Çünkü özellikle ekonomik kriz döneminde onların şiarı şudur: Az iş gücü ile, aynı ya da daha fazla üretim yapmak. Milyonlarca insanın sokaklarda işsiz güçsüz dolanması, ekonomi politik açısından bir saçmalığı ortaya koyarken, sermaye açısından arzu edilir ve faydalıdır. Bunun içindir ki, kapitalistler ekonomik krize rağmen, yüksek kârlarını garantilemek için işyerlerini kapatmakta, modern üretim tesislerini yok etmekte, acımasızca toplu çıkışlar vermekte, işyerlerini yok etmekte ve rasyonalleştirmekteler.

3. Bölüm

Kapitalizmde ekonomik krizin baş göstermesine paralel olarak her zaman bunu yoğun bir rasyonalleştirme terörü izler. Çünkü işverenler kârlarını olumsuz bir temelde etkileyen krizin belirtilerine, yani kapasitelerden yeterince istifade edememelerine ve piyasadaki durgunluğa vs. karşı önlemler almayı zorunlu görürler. Bu dönem zarfında kapitalistler arasındaki rekabet daha da kızışır. Rekabet mücadelesini sürdürebilmek için kapitalistler işyerlerini otomatikleştirerek işçi ve memur yığınlarını sokağa atmaktalar, diğer bir deyişle kapitalistler rekabet mücadelesinin faturasını işçi ve emekçilere ödetmeteler.

Peki rasyonalleştirme ne demektir? Rasyonalleştirme, yapılan işin kalitesinin yükseltilmesine paralel olarak emeğin verimliliğinin artırılması anlamına gelir. İşyerlerinin rasyonalleştirmesinde önemli araç, üretim sürecinde yeni teknolojileri uygulamaktır. Kuşku yok ki, kapitalistler bu tekniki değişiklikleri her dönemde iş temposunu hızlandırmak için kullanmaktalar. Bu tekniki değişikliğin sonucunda işçiler kapitalistler tarafından daha hızlı ve derli toplu bir şekilde çalışmaya ve bütün gücünü kullanmaya zorlanmaktadır.

Fabrikalarda yaşanan bu durum, bürolarda, idarede, ticarette, nakliyatta, kamu hizmetlerinde vs. çalışanlar için de geçerlidir.

Rasyonalleştirmenin hedefi, mümkün olduğunca az iş gücü ile yüksek üretim sonucunu elde etmektir. Son tahlilde bu muazzam kârları elde etmek için tek verimli metodtur. Diğer bir deyişle, rasyonalleştirmenin aracılığıyla sermaye emekten sağladığı artı değeri büyütmektedir. Ve bu şekilde işçilerin üzerindeki sömürü daha da artmaktadır.

Rasyonalleştirme gelip geçici değil, tam tersine her zaman uygulanan bir metodtur. Ancak kapitalizmde rasyonalleştirmenin hızı ve verimliliği sürekli farklılıklar göstermektedir. Özellikle ekonomik krizlere bağlantılı olarak sermayenin kâr sağlama şartlarının ağırlaşması sonucunda düzenli rasyonalleştirme dalgaları başlamaktadır. 1974/75 yıllarında konjüktürün gerilmesi ve buna bağlı olarak ekonomik durgunluğun baş göstermesi, tüm kapitalist dünya da olağanüstü köklü biçimler alan bir rasyonalleştirme dalgasına yol açtı, çünkü bu bir tekniki devrimle bağlantılıydı. Buna mikro elektroniğini örnek olarak gösterebiliriz.

Robotlar geliyor!

Küçük elektronik beyinlerin kâr sağlayıcı bir temelde fabrikalara yerleştirilmesi, işverenlere otomatikleştirmeyi sıçramalı bir biçimde ilerletmelerine ve bunun sonucunda eşi görülmemiş bir çapta iş güçlerini "çıkarmalarına" olanak sağladı. Bu köklü rasyonalleştirme dalgasının başlangıcı bir kaç yıl önce yaşandı. Örneğin saat sanayisinde üretimin elektronik saatlerin yapılmasına reorganize edilmesi, basım iş kolunda yeni dizgi tekniklerinin uygulanması; metal sanayisinde ise numaralı çalışan işleme makinaları vs. bu rasyonalleştirme dalgasının başlangıcını oluşturuyordu.

Bu yeniliklerin sonucunda daha 70'li yıllar içinde Federal Almanya'da ve Batı Berlin'de yüz binlerce işyeri yok edildi. Diğer yandan bu yeniliklere karşılık, '60 yıllarda toplu sözleşmeler temelinde gerçekleştirilen 40 saatlik iş haftasından bu yana çalışma saatinin etkili bir biçimde kısıtlanmasında bir gelişme kaydedilmedi. Ekonomik krizin etkilerine bağlantılı olarak yoğun bir şekilde sürdürülen rasyonalleştirme dalgasının sürekli bir kitlesel işsizliğe yol açması kaçınılmazdı.

Ancak ne varki, mikro elektronik tekniği dört beş yıldan beri giderek artan bir hızla uygulanmasına ve ekonominin çeşitli dallarını kapsamasına rağmen, henüz bu rasyonalleştirme ve otomatikleştirme dalgasının başlangıcında bulunuyoruz. Son iki yıl içinde yaşadığımız kriz şüphesiz ki bu rasyonalleştirme dalgasına ek olarak itilim kazandıracaktır. Bu ise konjonktürün gelişmesinden bağımsız olarak, bizi, işyerlerinin yok edilmesinde korkunç saldırıların beklediği anlamına gelir.

Mikro elektroniğin gelişimi, elektronik beyin tekniğinin sanayinin, ticaretin, nakliyatın, postahane ve ulaşımın çeşitli bölümlerinde uygulanmasını hem tekniki olarak mümkün hem de işyeri ekonomisi açısından verimli kıldı. Önümüzdeki yıllarda metin yazan otomatlar, telsizli kopya makinaları, ölçme ve kontrol etme otomatları, elektronikle çalışan telgraflar, kaydetme ve kasa makinaları ve ayrıca sanayi robotları giderek yaygınlaşacak. Elektronik tekniğinin gelişimi, özel ve kamu işverenlerine, yüz binlerce iş gücünü tasarruf etme imkânını sağlayacaktır.

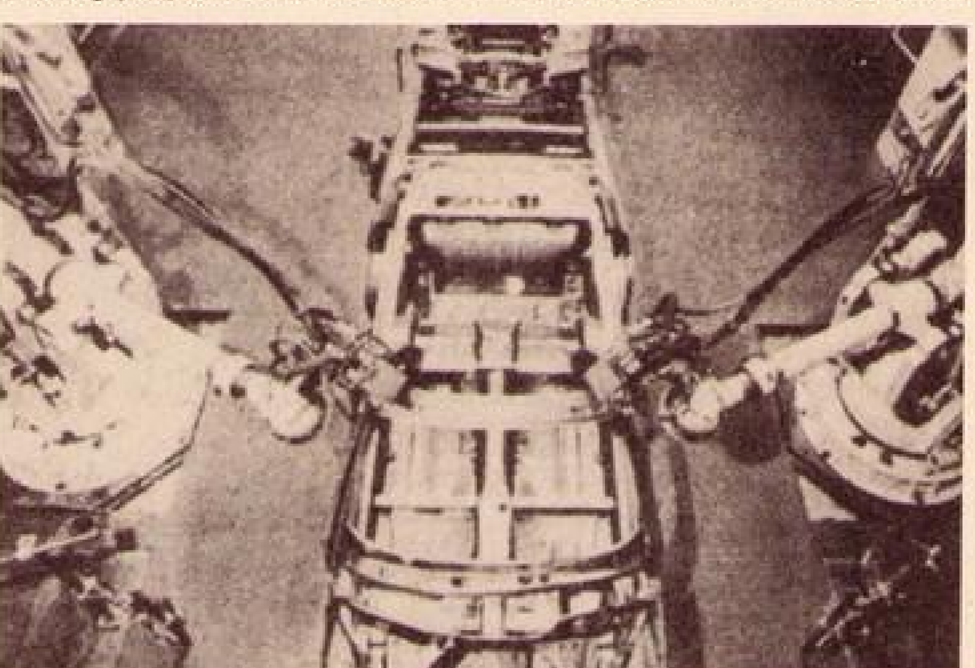


Mikroelektronik tekniği bürolarda yoğun bir rasyonalleştirmeye gidilmesini olanaklı kılmaktadır.

10 milyon işyeri tehlikede

Alman Sendikalar Birliği, DGB daha 1979 yılında, tarihleri ve bilgileri rakamlarla veren makinaların ve büro elektronik beyinlerinin yerleştirilmesi sonucunda '80'li yılların ortalarına kadar 5 milyon memurun işyerinin tehlikede olduğu ön hesaplamasını ileri sürdü. Bundan hareketle bile, işyerlerinin rasyonalleştirilmesinin ne gibi korkunç çapta olacağını pekâlâ düşünebiliriz. Ayrıca mikro elektronik işin akışını sadece memurlar bölümünde değil, aynı zamanda doğrudan üretim bölümünde de devrimcileştirmektedir.

Robotların bazı modelleri uzun zamandan beri üretimde kullanılmaktalar. Örneğin otomobil fabrikalarında noktalama kaynağında olduğu gibi. Ne varki şimdi mikro elektronik aracılığıyla yeni bir robot modeli geliştirildi. Yeni robotlar şimdiye değin kullanılan robotlardan oldukça üstünler. Bunlar yalnızca cisimleri tutmakla ya da elle çalışmakla sınırlı değiller. Duyumsal sistemleri aracılığıla bunlar hem hissetmekte, hem görmekte hem de tanımaktalar. Bunun sonucunda temel teknolojik çember aşılmış olmaktadır.



Bugün gerek otomobil sanayisinde, gerekse de diğer üretim dallarında kaynak yapan robotların sayıları giderek artıyor.

Şimdiye değin bu mekanizmanın uygulanması esas itibarıyla standartlaştırılmış seri imalatla sınırlı olurken, şimdi ise robotlarla tek tek parçaların yapımı bile ekonomik açıdan kârlıdır.

Üretim Tekniği ve Otomatikleştirme Enstitüsü'nün (IPA) yaptığı incelemede, yeni sanayi robotlarının 1990 yılına kadar prensip olarak tüm sanayi işçilerinin yüzde 80 ile 90'nının yerini tutabilecekleri belirtilmektedir. Böylece kapitalistler kendilerine kâr sağladığı oranda, bu olanaklardan faydalanmayı ihmal etmeyeceklerdir.

Ve verimlilik sorunununda çözümlenmiş olduğunu İPA'nın yaptığı inceleme şu örnekle göstermektedir: Metal sanayisinde üç işçinin vardiyalı olarak çalıştıkları tipik bir işyeri şu an yıllık olarak 211000 DM toplam masrafa yol açmaktadır; buna karşılık buraya yerleştirilecek bir sanayi robotu ise (tekniki değişikler de dahil) yılda 107 bin DM toplam masrafla, faktör olarak 2,23 daha kârlıdır. Temin etme masrafları da dahil, bugün tekniki olarak 5 ile 7 yıl arasında dayanıklılık süresi olan böylesi bir robot ortalama olarak yarım yıl sonra maliyet fiyatını karşılamış olmaktadır.

Robotların yalnızca işyerlerinin yok edilmesine yol açmadığı, aynı zamanda bunların yapımının, işyerleri yaratan bir yeni üretim bölümünün oluşması anlamına geldiği ileri sürülebilir. Kuşkusuz ki bu doğrudur. Ancak önemli olan, yok edilen işyerleri ile yaratılan işyerlerinin orantısının ne olduğudur? Bir kaç yıl önce metal işçileri sendikası İG Metall yaptığı teknolojik bir oturumda, mikro elektroniğin yapımı ile ilintili olarak, yaratılan her yeni işyerine karşılık bununla dört ile beş işyerinin yok edildiğini ileri süren bir araştırmanın sonuçlarını ortaya koydu.

Sosyal felaket

Federal Araştırma Bakanlığı'nın görevlendirmesi üzerine yapılan bir araştırmada, Batı Almanya ve Batı Berlin'de rasyonalleştirme sonucunda '80'li yılların sonuna kadar 2,4 milyon işyerinin yok edileceği belirtilmektedir. Yukarıda ortaya koyduğumuz gerçekler ve yapılan araştırma sonuçları karşısında bu, daha ziyade durumu şirin gösteren bir rakam dır. Öncelikle konjünktürün gerilemesinden dolayı bu kışın resmi olarak işsizliğe kayıtlı bulunanların sayısının 2,5 milyona çıkacağının beklenildiğini; bunun yanı sıra önümüzdeki yılların doğumların artacağı yıllar olmasından dolayı, 1985 yılına kadar iş piyasasına atılacak ücretliler potansiyelinin yaklaşık olarak bir milyon daha artacağını göz önünde bulundurursak, o zaman bu ön sürü bizi hangi sosyal felaketin beklediğini göstermeye yeter de artar bile.

Gelecek dönemde iktisadi kalkınmaya paralel olarak ekonomide güçlü bir büyümenin olacağını hesaba katsak bile — ki bunun için hiç veri yoktur — buna rağmen rasyonalleştirme dalgası sonucunda işsizler ordusu sayısı kabaracak ve büyük olasılıkla bir kaç yıl içinde üç ile dört milyon dolayında olacaktır. Ve bunun üzerine düşünmek zorundayız: Gerçekten konjünktürde bu yükseliş söz konusu olsa bile, şüphesiz ki o zaman bu uzun süreli olmayacaktır. Kapitalizmin krize yatkın olmasından dolayı bu konjünktür yükselişini, bir yeni konjünktür gerilemesi izleyecektir. Nitekim bunalımlar kapitalizmin kaçınılmaz bir ürünüdürler.

Mücadeleye atılmalıyız!

Şayet Batı Almanya ve Batı Berlin'de sayıları beş ya da bu rakamı aşan bir işsizler ordusunun nasıl oluşacağına çaresiz olarak ve elimizi kolumuzu bağlayarak seyirci kalmak istemiyorsak, bugünden mücadeleye atılmalıyız. Bu durumda hükümetin işyerlerimizi garantileyecek önlemler alabileceğini düşünmek büyük bir yanılgı olur. Çünkü kamu sektöründe bile acımasızca rasyonalleştirmeye gidilmektedir. Kamu işverenleri de personel tasarrufu yaparak, iş ve çıraklık yerlerini yığınlar halinde yok etmekte ve bunun sonucunda işsizliğin daha da artmasına katkıda bulunmaktalar.

Bu durumda bir tek seçeneğimiz var: Çalışan yerli e yabancı emekçiler insiyatifi kendi ellerine almalılar. Sendikalarımızın yardımı ile işsizliğin dehşet yaratıcı bir şekilde artmasına karşı mücadeleyi kendi elimize almalı ve mücadeleye atılmalıyız. Bugün işsizliğe karşı mücadelede en önemli kaldıraç, çalışma saatinin etkili bir biçimde kısaltılması, diğer bir deyişle tam ücret ve tam personel sayısı temelinde 35 saatlik iş haftasının gerçekleştirilmesi mücadelesidir.

Devamı gelecek sayıda!

Irkçı Güney Afrika Birlikleri Lesotho'ya saldırdılar

Irkçı Güney Afrika Birlikleri siyahların direnişlerini kırmak için bir yeni saydırıya daha giriştiler. Lesotho'nun başkenti Maseru'da 12 eve saldıran Güney Afrika Komando birlikleri Bağımsızlık Hareketi "Afrikan National Congress" (ANC) savaşçıları olduklarını ileri sürdükleri 30'ya yakın insanı katlettiler.

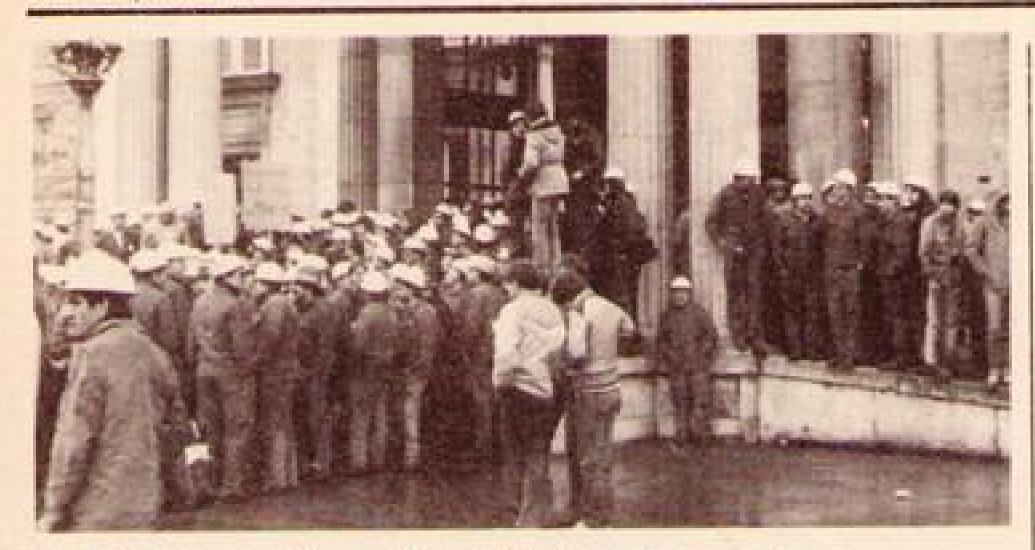
9 Aralık'ta sabahın erken saatlerinde saldırıya geçen Güney Afrika Birlikleri, ayrıca aralarında çocuk ve kadınların bulunduğu en az yedi sivili de katlettiler. Nitekim bunu daha sonra Genel Kurmay Başkanlığı kabullenmek zorunda kaldı.

Sahte bir şekilde Maseru'dan Güney Afrika'ya karşı terör eylemlerinin planlandığını ileri süren ırkçı Güney Afrika Birlikleri bu saldırılarına haklı bir zemin kazandırmaya çalışmaktalar. Ancak basına bir açıklama yapan ANC, saldırı hedefinin ne ANC'nin merkezi ne de katledilenlerin ANC silahlı militanlarının olduğunu belirtti. Katledilenlerin Güney Afrika'dan göçmenlerin ve on Lesotho vatandaşının olduğunu söyledi.

Saldırıyı "barbarca bir olay" olarak niteleyen ANC, siyah militanların ne baskılara karşı sessiz kalacaklarını ne de ırkçı Güney Afrika rejimine karşı direnişten vaz geçeceklerini açıkladı.

Lesotho'ya karşı bu askeri saldırı, Güney Afrika beyaz burjuvazinin iktidarını ayakta tutmak için şimdiye değin giriştiği askeri eylemlerin yalnızca bir tanesidir. Güney Afrika Birlikleri daha önce de defalarca Angola'ya karşı saldırılarda bulundu ve Namibya'yı işgal ettiler. Ve Güney Afrika Birliklerinin siyahlara karşı bu saldırıları ne ilki ne de sonuncusu olacaktır.

Öte yandan askeri eylemin hemen ardından Bonn Hükümeti bu saldırıyı "kınadı". Ancak bunun iki yüzlülükten başka hiç bir anlamı yoktur. Nitekim bugün Batı Alman büyük banka ve tekelleri sadece ırkçı Güney Afrika rejimini desteklemekle kalmayıp, aynı zamanda orada siyahların pervasız bir şekilde sömürülmesinden muazzam kârlar da elde etmekteler. Ve batı alman sermayesi aynı zamanda ülkenin yer altı ve yer üstü zenginliklerini sömürerek muazzam kârlarını sağlayan Batılı emperyalistlerden biridir.



Duisburg'ta 15 bini aşkın işçi yürüdü

Kupferhütte ve Krupp'tan sonra şimdi de Thyssen'de mi işyerleri tehlikede?

DUISBURG. — Avrupa çelik sanayisi bölgeleri arasında Duisburg birinci sırayı almaktadır. Ne varki çelik patronlarının ve bankaların planlarının gerçekleşmesi sonucunda bu konumu yitirecektir.

240 bin işçinin çalıştığı bu çelik sanayisi şehrinde 26 bin yerli ve yabancı işsizdir. 34 bin kadın ve erkek işçi kısa çalışmakta ve bunların yanı sıra şehirdeki büyük çelik işletmeleri toplu çıkışlar vereceklerini açıkladılar.

Bu çıkış planlarının gerçekleşmesi sonucunda işsizlerin sayısı bir sıçramada 40 bine ulaşabilir ve kısa çalışma yapanların sayıları artabilir. Nitekim DGB'nin geçen hafta cumartesi günü düzenlediği yürüyüşe katılan 15 ile 20 bin arasındaki yerli ve yabancı işçilerin görüşü bu yöndeydi.

Yürüyüşe katılan işçilerin ezici çoğunluğu, Kupferhütte ve Krupp Rheinhausen işletmelerinden gelmişti. Krupp işletmesinde öğle vardiyasında çalışan işçilerin tümü üretimi durdurarak yürüyüşe katıldılar.

Daha sonra miting alanına gelindiğinde, Kuzey Ren Westfalye Çalışma ve Sosyal Bakanı Farthmann'ın konuşması yuhalanırken, Hagen Krupp ve Dortmund Hoesch işletmesinden çelik işçilerinin konuşması ilgiyle izlendi. Çünkü onlar tüm çelik işçilerin ortak mücadelesini talep ettiler. Ve Hagenli arkadaşlar ise çelik sanayisinin devletleştirilmesini ileri sürdüler.

KPD'li yoldaşların da büyük ilgi gören bir enfermasyon masası açtıkları bu mitinge, çıkışları verilmek istenen çelik işçilerinin aileleri de katıldılar.

1600 işçinin çıkışına mal olacak Duisburg Kupferhütte'nin kapatılması planının yanı sıra şimdi Krupp Rheinhausen işletmesinde de binlerce işyerinin yok edilmesi sinyali verildi.

"KŞ"ın geçen sayısında da belirttiğimiz gibi, modern makinalarla donatılmış Krupp Rheinhausen işletmesindeki işyerlerinin yok edilmesi, Krupp patronlarının "onarma planlarının" merkezi noktasını oluşturuyor. Buna göre gelecek yılın şubat ayında 3600, 1984 yılı sonuna kadar toplam olarak 5300 işçinin ve ayrıyeten bu süre zarfında 1400 memurdan 900'-nün çıkışını vermek istiyorlar Krupp patronları. Çıkışlardan etkilenen işçilerin 30 ay çalışmaması öngörülüyor. Diğer bir deyişle bu, onların pratikte işsiz oldukları anlamına gelir ve çelik patronlarının şu an izledikleri politikaya göre pekâlâ ne zaman resmi çıkışlarının verileceğini hesaplayabilirler. Gazetemiz baskıya verildiğinde, Krupp patronları işçilere, son kazandıkları ücretin yüzde 68'i üzerinden verilen kısa çalışma parasının dışında bir ödeme yapıp yapmayacaklarına ilişkin olarak hiç bir açıklamada bulunmadılar.

Krupp patronlarının bu dehşet yaratıcı planlarının duyulmasının ardından işçiler ve aileleri bir gün dahi sessiz kalmadılar, patronun saldırılarına boyun eğmediler. Personel toplantıları, işçi temsilciliğinin bilgi verme buluşmaları, uyarı grevleri, protesto eylemleri ard arda birbirini izledi. Örneğin Krupp villası Hügel'de Friedrich Krupp GmbH oturum yaparken, bir işçi "delegasyonu" buraya geldi. Ancak bu delegasyonun sayısı giderek kabardı. Bunun üzerine patronlar endişelenmeye başladılar. İşyerlerinin yok edilmesinden etkilenen makina firması Buckau und Wolf personelinin büyük çoğunluğu Rheinhausen çelik işçileri ile burada birleştiler. Rheinhausen'den gelen yerli ve yabancı çelik işçileri 33 otobüse zor sığıyorlardı. Bir çoğunun migferlerinde siyah çarpı işareti bulunan işçiler, patronun işyerini kapatma planını protesto ettiler. Kapitalistlerin villasının önünde toplanan 2500 işçi arasında Dortmund Hoesch'den çelik işçileri de vardı.

Ancak Krupp kapitalistlerinin dizginsizce saldırılarına karşı direnişin doruk noktasını 10.12.1982 tarihinde yapılan yürüyüş oluşturdu. Kuşkusuz ki bu yürüyüş yapılacak güçlü eylemlerin yalnızca bir başlangıcıdır. Bunun için işçiler ileride eyalet parlamentosunda çelik tartışmalarının başlayacağı dönemde oraya gidecekler.

12 Aralık'ta yapılan yürüyüşte işçilerin taşıdığı bir çok pankartta "onlar acımasızca hareket ediyorlar, biz ise işlemelere el koyacağız", "Sosyal haklardan vaz geçme ve ücretlerin düşürülmesi, işyerlerimizi garantilemiyor." vb. sloganlar yer alıyordu. Ayrıca Eyalet Çalışma ve Sosyal Bakanı Farthmann miting alanında konuştuğunda, işçiler "Bizim boş vaadlere karnımız tok, artık önlem alın, boş gevezelikler insanın midesini bulandırıyor" vb. sloganlar attılar.

Diğer yandan Duisburg'ta dehşet saçıcı kararlar birbirini izlemekteler. Krupp patronlarından sonra şimdi de Thyssen Yönetim Kurulu'nda "kapasitelerin azaltılmasına ilişkin olarak yoğun görüşmelerin" yapıldığını İG Metall ileri sürdü. Böylece Krupp, Kupferhütte çelik patronlarından sonra şimdi de Thyssen patronları binlerce işyerini yok etmek istiyorlar. Yapılan ilk tahminler Thyssen kapitalistlerinin de 4 bin işyerini yok etmek istedikleri ortaya koymaktadır.

Münih'te KPD Toplantısı

Krizde mücadele sürdürülebilir mi?
Bu toplantıda diğer şeylerin yanı sıra Ford grevi üzerine bir film gösterilecek.
21.12.1982, Salı, saat 19:30'-da
Gaststätte Turner-Gustl, Maistr. 21.

Arbed-Saarstahl'daki durum hepimizi ilgilendiriyor

Bugün onlar, yarın bizler sıradayız!

Arbed-Saarstahl işverenleri, işçileri iki yıllığına noel paralarından vaz geçmeye zorlayan bir anlaşma yapmakla, diğer işverenlere bir örnek sundular. Anlaşmanın yapılmasının ardından işverenler bu yöndeki propagandalarını daha da yoğunlaştırdılar. Buna ilişkin olarak DGB içinde Devrimci Sendika Muhalefeti olan RGO'nun çıkardığı bir bildirinin özetini aşağıda yayınlıyoruz:

"İşçi arkadaşlar,
haftalardan beri Arbed-Saarstahl'ın iflas tehlikesi üzerine tartışmalar sürüp gitmektedir. Bunun nasıl sonuçlanacağını hiç kimse önceden bilemez. Ancak Federal Almanya'daki tüm işçiler için bu uyuşmazlıklar daha şimdiden bile büyük öneme sahiptir, çünkü toplu sözleşme anlaşmaları rafa kaldırılmak isteniyor.

İflas tehlikesi, Arbed kapitalistlerine ve sermayenin Bonn'daki ideal hükümetine ücretlerin düşürülmesinde ileri doğru bir adım daha atabilmek için yeni bir olanak tanımaktadır. Onlar alçakca bir şekilde işçilerin işyerlerini kaybetme korkularını, İG Metall'ı noel parasının bir kısmından vaz geçmeye ve geçerli toplu sözleşme anlaşmalarının çok etkileyici bir şekilde kötüleştirilmesine zorlamak için kullanmaya çalışmaktalar. İşte bunun ise işçilerin iflasın önlenebilmesine katkısı olması gerekiyor.

Ne varki gerçekte ise bununla hiç bir şey önlenmemektedir. Uzun zamandan beri Saarstahl'-da çalışan işçi arkadaşlar, işverenlerin başlarına bela ettiklerinin, yuvarlak olarak ayda 300 DM zararla çeremesini çekmekteler. Ancak bu fedakarlıklar bir yarar sağlamadı.

Onlar bir ibret dersi vermek istiyorlar

Tüm işverenler kampı şimdi İG Metall'e karşı şiddetli bir şekilde ateş püskürmektedir. Gelecek toplu sözleşmelerin arifesinde bu sürtüşmeler onlar için büyük öneme sahip. Şayet onlar Saarland çelik işçilerini ve İG Metall'ı dize getirmeyi başarırlarsa, o zaman toplu sözleşme politikasında bir gedik açmış olurlar. Onlar bununla, yalnızca istedikleri, ücretlerin dondurulması taleplerini ileri sürmekle yetinmeyip, bunun ötesinde ücretlerin yükseltilmesi yerine düşürülmesi üzerine görüşmek için toplu sözleşme anlaşmalarını tek yanlı olarak feshetmeye cesaret edeceklerdir.

Şüphesiz ki bu adımın atılmasından sonra artık görüşmelerden de söz edilemez. Arbed-Saarstahl örneğine göre işverenler sonra bize de santaj yapmak isteyeceklerdir: Ya ücret düşürülür, ya da binlercesi sokağa atılır. (...)

İşverenlere verilen tavizlere son!

Kadın ve erkek işçi arkadaşlar, Burada artık bir nokta net bir şekilde ortaya konmalıdır: Şimdiye değin fedekarlık yapanlar yalnızca ve yalnızca biz idik, yani işçiler ve dar gelirli memurlar. Biz, son yıllar içinde gerçek ücretlerimizde büyük kısıtlamaların yapılmasını kabullenmek zorunda kaldık.

Toplu sözleşme anlaşmalarının dışında yapılan yan ödemelerimiz kısıtlandı, kısıtlanıyor, ve iş temposu hızlandırılmaktadır. İki milyonun üzerinde işsiz "katkısı" ile işverenlerin sorumlusu oldukları krizin faturasını ödeyenler biziz.

Peki bunlar bize ne gibi bir yarar sağladı? Geride kalan işyerleri bununla daha mı garantili oldu? Hayır! İşverenler bundan daha da cesaret alarak, bize sürekli yeni talepler yöneltmekteler. Ya peki şimdiye değin onlar hangi "fedekarlıkları" yaptılar? Hiç bir fedekârlık yapmadılar! Bugüne değin birazcık olsa dahi işyerlerimizin garanti edilmesi üzerine düşünmeden, kârlarını cebe indirenler onlardı. İşyerlerini garantileme üzerine düşünmeleri şöyle dursun, onlar edindikleri kârların sonucunda yeni işyerlerini yok etmek için her türlü metoda baş vurdular.

İşte onların gelecekte de yapacakları tam da budur. Onlar, şimdiye değin işçiler ve memurlar tarafından sağlanan ve gelecekte de sağlayacakları ön tavizleri hiç bir şart altında işyerlerinin garantilenmesine bağlı kılmaya hazır değiller. Onlar ücretlerde vaz geçilecek her Mark'ı kârlarını artırmak ve yeni işyerlerini yok etmek için kullanacaklarını çok iyi biliyorlar.

Daha şimdiden bile işverenler, İG Metall'ın yüzde 6,5 ücret talebinin gelecek toplu sözleşme turları için bir "savaş ilanı" olduğu yaygarasını koparmaktalar. Bu talep o kadar az ki, tam olarak gerçekleştirilse bile şu anki hayat pahalılığını denkleştirmeye yetmez. Ama işverenler Arbed-Saarstahl'a ilişkin olarak sürdürdükleri kışkırtma kampanyasını, gerçek ücretlerimimizi geçen yılınkinin de daha altına düşürmek için kullanmak istiyorlar.

Biz diyoruz ki; şimdi işverenlerin bu rotası durdurulmalıdır! Şimdi ödeme sırası zenginlerde, bankalar ve patronlardadır. Bankalar yalnızca Saarstahl'dan yılda 300 milyon Mark faiz cebe indirmekteler. Onlar şimdi bundan tamamen vaz geçmeye zorlanmalı. Ancak bu işyerlerinin garantilemesinde belirleyici bir katkı olabilir. İG Metall'ın şimdi Saarstahl'da izlediği yol, yanlış olan yoldur. O, 8 Aralık'ta işverenlerin ve hükümetin şantajına teslim olarak gelecek iki yıl için noel parasının yarı yarıya indirilmesini onayladı ve bunu üstelik toplu sözleşme anlaşması geçerli olmasına ve işyerleri için hiç bir garanti verilmemesine rağmen, yaptı.

Bu teslimiyet biz işçilere hiç bir yarar sağlamazken, işverenlere ise her şeyi sağlamaktadır. Onlar bir tek taviz dahi vermeye hazır olmadan taleplerde bulunmaktalar. Onlar, işyerlerine garanti verilmesi üzerine bile konuşmaya hazır değiller. Ve sendika yönetimi ise bu yaş tahtaya basmaktadır.

Ücretlerimize yönelik saldırılar durdurulmalı!
Geçerli toplu sözleşmeler anlaşmalarından elinizi çekin!
Ücretlerden vaz geçmek mi? Bizimle değil!
Gerçek ücretlerimizin garanti altına alınması için!"

Hamburg'ta

HDW ve MAN'da işyerlerinin yok edilmesi protesto edildi

9.12.1982, Perşembe günü Hamburg HDW tersanesi Yönetim Kurulu Başkanı Ahlers, işçi temsilciliğine, tersanenin ancak tamir yapması ve yeni gemi yapımı bölümünü kapatması ile yaşayabileceği bilgisini verdi.

Bu bir çırpıda 2000 işçinin sokağa atılması, uzun vadede ise tersanede mevcut 4600 işyerinin yok edilmesi demektir, çünkü yalnızca tamir yapan bir tersane olarak HDW'nin Hamburg'ta yaşaması söz konusu değildir.

Öte yandan 1000 işçinin çalıştığı Hamburg MAN işletmelerinde ise, Denetleme Kurulu Başkanı Lennings, motor tesisinin kapatılacağını açıkladı. Bunda şaşılacak bir yan yoktur. Çünkü gemi motorlarının yapıldığı bu tesis HDW'ye bağımlıdır. Bu planların gerçekleşmesi halinde, 600 işyeri hemen, uzun vadede ise tüm işyerleri yok edilmektedir.

MAN ve HDW patronlarının işyerlerini yok etme planlarını protesto etmek amacıyla işçiler işi bıraktı ve yürüyüş düzenlediler. HDW'den işi bırakan 1500 ile 2000 arasında tersane işçisi Ross'tan Köhlbrandbrücke'ye doğru ilerlediler. Aynı zamanda MAN işletmesinden de bir kaç yüz işçi harekete geçti. Daha sonra iki yürüyüş kolunun buluştuğu alanda miting yapıldı. Miting alanında HDW sendika temsilçiler kurulu Başkanı Kovk, MAN işçi temsilciliği Başkanı Janssen ve İG Metall sekreteri Melzer konuştular.

İşçi arkadaşların bir kısmı buradan Köhlerbrandbrücke'ye giderek, onu belirli bir zaman için trafiğe kapamak istiyordular. Bunun için işçi arkadaşların bir kısmı yola koyuldular, ancak diğerlerinin gelmediğini görünce geri döndüler. Yukarıda adı geçen konuşmacılar işçileri bundan alıkoymaya çalıştılar.

Mitingin bitiminden sonra tüm işçiler tekrardan işyerlerine geri döndüler.

Kassel'de

Polis, Enka işçilerine saldırdı

Geçen hafta salı günü Kassel Enka işçileri; sık sık sözü edilen "hukuk devletinin" ne olduğunu nitekim kendileri de canlı olarak yaşadılar. İşletme yönetimi, işçilerin kurduğu abluka halkasını dağıtmak için polis çağırdı.

Enka Kassel işçileri geçen hafta pazartesi günü basında, işletme yönetiminin kesim planının ne olduğunu öğrendiler. Bu planda 30 Haziran 1984'de Kassel Enka işletmesinin tamamen kapatılması öngörülmektedir. Daha aynı günü akşam işletme yönetimi ilk çıkışları duyurdu.

İşverenin kesin planını öğrenen işçiler, ikinci günü protesto amacıyla toplanarak giriş kapısını abluka altına aldı, Hollanda'dan gelen bir kamyonun işletmeyi terk etmesini engellediler.

Bunun üzerine işletme yöneticisi Schütze, polisi eylem yerine çağırdı. Eylem yerine gelen Kassel Emniyet Müdürü, bir iki gevezelikten sonra "Siz ceza kanununu ihlal ediyorsunuz. Siz bununla zor kullanmış oluyorsunuz" dedi ve işçi temsilcisi Haase'den giriş kapılarının blokede edilmesine son verilmesini talep etti. Emniyet Müdürü'nün talebine cevap olarak, işçi temsilcisi "çıkışlardan sonra, ben bu eyleme tam bir anlayış gösteriyorum Eğer bu kanuna aykırı ise, o zaman aynı şekilde işletmenin kapatılması da kanuna aykırıdır. Başka söyleyecek bir şeyim yoktur" dedi. Böylece polisler işçilerin üzerine yürüyerek halkayı dağıtmaya yeltendiler. Ve bunu başarabildiler de. Çünkü bu işçiler polisin bu tür yoğun bir saldırısına ne piskolojik olarak hazırlanmıştılar ne de buna karşı direniş sağlayacak durumdaydılar.

1978'de matbaa işçilerinin grevine polisin saldırmasından bu yana, bu grevde bulunan işçilere karşı yapılan ilk polis seferbeliği idi. Bu da polisin sermayenin bekçiliğini yaptığını tüm açıklığıyla gözler önüne sermektedir.

Bu saldırılarla, işçiler geride kalan 700 işyerini koruma mücadelesinden alıkoyulmaya çalışılıyor. İşverenin iki yüzlüce açıklamalarına karşı işçiler mücadeleyi şimdiye değin kararlı bir şekilde sürdürmekte, 136 işçi başka işyerlerine, örneğin Obernburg'a ve Oberbruch'a gönderilmeye çalışılıyor. Ancak ne varki Obernburg'ta da mevcut 2700 işyerinden 300'ü yok edilmek isteniyor.

İşçi arkadaşlar patronun bu ultimatumuna boyun eğmeyince ve yalanları etkisini yitirince polis çağırıldı.

KPD olağanüstü parti kongresi raporu

4 ve 5 Aralık'ta KPD'nin olağanüstü parti kongresi yapıldı. Kongre, her şeyden önce Bonn'daki hükümet değişikliğinin tahlili, bundan partinin politikası ve taktiği için çıkarılması gereken sonuçlar ve gelecek yılın mart ayında yapılması muhtemel olan yeni Federal Parlamento seçimlerine ilişkin partinin tavrı üzerinde durdu.

Olağanüstü parti kongresinden önce, hemen hemen istisnasız olarak bu sorular üzerine tartışmaların damgasını vurduğu bir dizi yerel ve bölgesel üye toplantıları ve delegeler konferansları yapıldı. Bu sorunlar, özellikle de yapılması muhtemel olan yeni Federal Parlamento seçimlerine ilişkin KPD'nin tavrı üzerine tartışmalar, olağanüstü parti kongresine verilen 90'ı aşkın önergede de yankısını buldu.

Önergelerin yanı sıra partimiz başkanı Ernst Aust yoldaşın okuduğu rapor tartışmaların temelini oluşturdu. Bu raporun özetini "Kızıl Şafak"ın gelecek sayısında yayınlayacağız.

Dönüşüm

Burada hükümet değişikliğinin analizindeki önemli noktaları ancak tez olarak yeniden ortaya koyabiliriz:

★Hükümet değişikliği, tüm dünyayı saran kapitalist ekonominin krizine bağlantılı olarak ele alınmalıdır. Daha önce henüz burjuvazinin bir çok ekonomi uzmanı, konjonktürün yakın bir gelecekte yeniden canlanacağını gösteren belirtilerinin olduğuna inanırken, bugün ise burjuva uzmanlarının öncelikli görüşü, açıkça 80'li yıllar içinde krizin Batı Almanya'da ve dünya çapında daha da şiddetleneceği ve bunun, Almanya'da 1932'de yaşadığımız gibi, Federal Almanya ve Batı Berlin'de aynı oranda bir işsizliğe yol açacağı doğrultusundadır.

★Tekel ve banka kodamanları için krizi atlatmak; sosyal hakların yok edilmesi, ücretlerin düşürülmesi ve işyerlerinin yok edilmesi, yoğun faşistlertirme, yoğun silahlanma ve savaş politikası demektir.

★Schmidt Hükümeti, nüfuz sahibi sermaye kesimlerinin krizin yüklerinin acımasızca işçi sınıfının ve yoksul halk tabakalarının üzerine yıkılması taleplerini yerine getirmeye çalıştı. Sosyal-liberal koalisyonun dağılmasından önce çeşitli seçimler, SPD'nin sosyal hakları kısıtlama '82 Operasyonunun sonucunda işçi sınıfının kesimleri üzerindeki çekici gücünü yetirmeye başladığını gösterdi. Geçen yıldan farklı olarak DGB Yönetimi'nin bu yıl içinde Hükümet değişikliğinden oldukça çok önce Federal Almanya çapında sosyal hakların kısıtlanmasına ve işyerlerinin yok edilmesine karşı büyük yürüyüşlerin yapılmasını kararlaştırmak zorunda kalması gerçeği, SPD'nin hükümet partisi olarak, krizin tüm yüklerinin işçi sınıfının üzerine yıkılması politikasına karşı sendikal direniş isteğini bloke edemeyecek durumda olduğu sinyalini veriyordu.

★Görüldüğü kadarıyla mali sermaye çevreleri bundan, sosyal hakları yok etme politikasını izleme ve aynı zamanda Hükümet partisi olarak SPD ile sendikaları kontrol altında tutma, ve işçi sınıfının yığınsal direnişlerini önleme girişiminde başarı kaydetme ihtimalinin olmadığı sonucu çıkardılar. Bunun içindir ki, bu çevrelerin gözünde, işçi sınıfını ve sendikaları tamamen karşıya alma rotası ve yapılması düşünülen sendikaların yığınsal direnişini kırmak için ön siyasi şartları yaratma kaçınılmaz bir hal almıştı.

★Ancak ne varki, SPD burjuvazinin bir partisi olmasına rağmen, sendikaları tamamen karşıya alan bir politikayı izleyecek durumda değil; çünkü başlıca kitle etkisi işçi sınıfı içerisinde olan ve siyasi önemi esas itibariyle DGB sendikaları içinde sahip olduğu konumundan kaynaklanan bir parti olarak sosyal demokrasi, işçiler ve memurlar arasındaki havayı ve sendikaları en azından belirli çapta hesaba katmak zorundadır.

★İşte, krizin ve sınıf çatışmalarının şiddetleneceğinin muhtemel olmasından dolayı, SPD'nin gelecek yıllarda nüfus sahibi sermaye çevreleri için hükümet partisi olma elverişliliğini yitirmesinin asıl nedeni burada yatmaktadır.

Koyu gericiliğe karşı birleşik cephe!

Ernst Aust yoldaş, mali sermayenin "temel dönüşüm" şiarı altında tuttuğu "krizi atlatma" yolunun Almanya'da bir kez daha faşist terör diktatörlüğüne yol açtığını ayrıntılı olarak anlattı. O, CDU/CSU'nun hükümete gelmesiyle birlikte doğrudan faşizmin arifesinde bulunduğu histerik abartmalara karşı uyarırken, partinin, bunun, Bonn'daki değişiklik ile daha da muhtemel olduğunu ve işçi sınıfı için mümkün olan en tehlikeli gelişmeyi şimdiye kadar olandan daha fazla politikası ve taktiğinde çok acilen dikkate alması gerektiğini savundu.

Parti kongresi tartışmalarında merkezi bir yeri, gericiliğe karşı birleşik cephenin nasıl sağlanabileceği sorunu tuttu. Ernst Aust yoldaş raporunda nesnelerin açıkca ismini vermenin gerekli olduğunu savundu. Siyasi gericilik parti olarak, öncelikle CDU/CSU tarafından temsil edilmektedir. Bu nedenlede siyasi gericiliğe karşı mücadele, her şeyden önce CDU/CSU'nun ve onun arkasında bulunan mali sermaye kesimlerinin nüfuzuna karşı mücadele anlamını taşır. Bundan dolayı gericiliğe karşı birleşik cephe politikası, SPD'ye bir olarak farklı bir tutumu gerektirmektedir.

Her ne kadar SPD'nin emperyalist bir parti olduğu tahlili doğru olsa bile, bu yeterli değildir. Tamda gericiliğe ve faşizm tehlikesine karşı mücadele bakış açısı kapsamında, SPD'nin her şeyden önce reformist sendikalarla olan bağından dolayı, teşebbüslerinde reformist sendikaları da yok etmeyi hedefleyen mali sermayenin en gerici kesimlerine karşı objektif olarak belirli bir muhalefet içinde bulunduğu dikkate alınmalıdır. SPD'nin bu tür farklı bir tahlili yapılmaksızın, bugün sosyal demokrasinin etkisi altında bulunan işçilerin çoğunluğunu gericiliğe karşı birleşik cepheye kazanmak imkansızdır. Uzun ve kısmende zıt tartışmaların sonucunda olağanüstü parti kongresi oy birliği ile bu tahlili onayladı.

Olağanüstü parti kongresi, seçim kampanyasının öncelikle koyu gericiliğe karşı sürdürülmesi ve SPD'ye ilişkin olarak her şeyden önce gericiliğin ilerleyişinin nasıl durdurulabileceği sorusunun ortaya atılması gerektiğini vurguladı. Buna ilişkin olarak olağanüstü parti kongresi, partinin adaylığını koyması için güçlerinin yeterli olmadığı ve seçmek için bir başka sınıf mücadeleci alternatifin bulunmadığı eyaletlerde, partinin, CDU/CSU/FDP'ye karşı bir oy verilmesi için net bir açıklama yapması gerektiğini ve seçim kampanyasında SPD'nin hiç bir şekilde seçilemeyeceği üzerine tezler geliştirmemesini kararlaştırdı.

BWK ve KPD'nin ortak adaylığı için!

Parti kongresi, seçimlerde berrak bir sınıf mücadeleci alternatifi oybirliği ile gerekli gördü. O, sınıf mücadeleci güçlerin geniş bir ittifakını sağlama çabalarının başarısızlıkla sonuçlanmasını üzücü bulduğunu ve seçimlerden bağımsız olarak bu güçlerin sermayeye ve gericiliğe karşı ortak mücadelede birlikte çalışmalarının yoğunlaştırılması gerektiğini vurguladı. O, en azından devrimci örgütlerin bir ittifakının bile sağlanamamasını üzücü buldu.

Geniş bir birliğin sağlanması uğruna tüm çabaların boşa çıkmasından dolayı, parti kongresi, partimizin kendi olanakları dahili çerçevesinde ve BWK (Batı Alman Komünistler Birliği, KŞ) ile açık listelerin karşılıklı desteklenmesi temelinde anlaşma. ile seçimlere katılmasını kararlaştırdı.

(KPD olağanüstü parti kongresi kararı)

KPD'nin yapılması muhtemel olan yeni Federal Parlamento seçimlerine ilişkin tavrı üzerine

KPD, koyu gericiliğe ve onun arkasında bulunan mali sermayenin kesimlerine karşı sınıf mücadeleci geniş bir seçim ittifakını kurarak işçi sınıfının ve tüm ilerici güçlerin güçlü bir birleşik cephesini yaratma gerekliliğinin yerine getirilmesinin, başarılamamasını üzücü bulmaktadır.

Partimizin görüşüne göre, SPD'ye karşı sermayeyi ve gericiliği hedefleyen sınıf mücadeleci bir alternatif yalnızca seçimlerde gericiliğin saldırılarına doğru bir cevap olmazdı, bunun ötesinde işçi sınıfının mücadelesinin yaygınlaştırılması gerekliliğine ilişkin olarakta olağanüstü olumlu bir etki yapabilir ve sınıf bilinçli işçilerin birleştirilmesinde bir ilerlemeye yol açabilirdi.

Bu geniş, sınıf mücadeleci seçim ittifakı gerçekleştirilemedi, çünkü bunun için henüz söz konusu olan siyasi güçler ya bu gerekliliği yeterince net bir şekilde kavrayamadılar ya da bir çok direnişe karşı bunu gerçekleştirmede siyasi kararlılığı gösteremediler. Oldukça dar zamanda başlıca örgütlü siyasi güçlerin dışına taşan, sınıf mücadeleci bir yönelimi olan geniş bir seçim ittifakını gerçekleştirmek için siyasi şartlar mevcut değil.

Kuşkusuz ki, solcuların bu tür geniş bir seçim ittifakını sağlanma uğraşlarının boşa çıkması, bir yenilgidir. Ancak, bundan işçi hareketinin güçlendirilmesi ve geliştirilmesi için tümünün gerekli ortaklaşa çalışmasını ve siyasi gericiliğe karşı olan güçlerin birleşik cephesinin yaratılmasını hazırlamak olan doğru dersi çıkarmak, üzüntümüzü yenebilir. Umarız ki bu yapılar. Biz bunun için çaba sarfedeceğiz.

2

Partimizin görüşüne göre, sınıf mücadeleci geniş bir seçim ittifakı uğruna uğraşların boşa çıkması dikkate alınarak, devrimci örgütlerin bir seçim ittifakını kurma doğru ve arzu edilir bir adım olurdu. Bu yalnızca , bununla solun dağınıklığının aşılması isteğinin ciddi bir şekilde dile getirilmiş olmasından dolayı gerekli değildir. Biz, dört örgütün (BWK, GIM-Uluslararası Marksistler Grubu, KŞ-MLPD-Almanya Marksist-Leninist Partisi, KŞ-ve KPD) bu tür bir seçim ittifakı imkânı üzerine birlikte tartışma sürdürmelerini selamlıyoruz. Zaten mevcut siyasi şartlar altında böylesi bir seçim ittifakına karşı akıllıca, dünyü görüşüne uygun ya da siyasi, stratejik ve taktiki bir tanıt olamazdı. Ancak buna rağmen onun (seçim ittifakının, KŞ) sağlanamaması, çok daha üzücüdür.

3

Nesnelerin bu durumuna, parti kongresi; burjuva parlamentosundan kopan, sermayeye ve gericiliğe karşı mücadele etmek ve sosyalizmi savunmak isteyen sınıf bilinçli işçilere ve herkese bu seçimlerde devrimci bir alternatif teklif edebilmek için KPD'nin yeni Federal Parlamento seçimlerinde olanakları çerçevesinde adaylığını koymasını tamamen gerekli görmektedir.

Parti kongresi, Batı Alman Komünistler Birliği'nin de aynı şekilde seçimlerde bir sosyalist alternatifin gerekliliğinden hareket etmesini ve BWK ile KPD arasında, her iki örgütünde açık listelerinin karşılıklı desteklenmesi ve bunlarda yer alınması üzerine bir anlaşmaya varılmasını selamlıyor.

Parti kongresi tüm KPD üye ve taraftarlarına şu çağrıda bulunuyor: Seçim kampanyasında koyu gericiliğe ve onun arkasında bulunan mali sermayenin kesimlerine karşı işçi sınıfının ve tüm ilerici güçlerin direnişini yaygınlaştırmak için aktif bir şekilde çaba sarf edin! Bonn'da sosyal hakların tamamen yok edilmesine, yoğun faşistleştirmeye, saldırgan silahlanma ve savaş politikasına yönelik olarak sürdürülen esasi dönüşüme kararlı bir şekilde karşı duralım! Kadın ve erkek işçi arkadaşlar arasında partimizin, kapitalizmin proleter devrimi ile yok edilmesi, işçi sınıfının siyasi iktidarının kurulması ve bir sosyalist toplumun yaratılması gerekliliği üzerine görüşlerini yaygınlaştıralım!



Baden-Württemberg Hükümeti'nin kararı:

Yürüyüşçüler, polisin görevlendirilmesini ödemeli!

Federal Almanya'da ilk olarak Baden-Württemberg Eyalet Hükümeti, protesto gösterilerinde polisin görevlendirilmesi üzerine, bunun masrafının yürüyüşçülerin üzerine bindirilmesini kararlaştırdı. Yürüyüş özgürlüğüne yapılan bu koyu saldırıyı büyük olasılıkla Bavyera Eyaleti de izlemek istiyor.

Baden-Württemberg Eyalet İçişleri Bakanı CDU'lu Herzog bu kararı bir kaç gün önce basına açıkladı. O, bu açıklamasında, polisin her talimatına uyulmadığı yürüyüşlerin kanuna aykırı olduğu küstahlığını gösterecek kadar ileri gitti.

Kapitalistlerin ve onların hükümetinin, işyerlerinin yok edilmesinten tut, ta ki füzelerin yerleştirilmesi kararlarına karşı çıkan, yaşam hakkı için mücadele eden, protesto yürüyüşleri düzenleyen kitlelere şimdi seslerini yükseltmelerinin, baskıları kabul etmemelerinin bedeli de ödettirilmeye çalışılıyor. Oturma grevi yapanların taşınmasından tut, tüm polis saldırılarının masrafı — bu saldırılar yetmiyormuş gibi — yürüyüşçülerin sırtına bindirilmek isteniyor.

Protesto gösterilerinde polisin görevlendirmesi halinde, görevli her polis memurunun saati 38 DM'dir. Böylece alınan kararla, yürüyüşlerde polisin tüm masraflarını, yürüyüşçülerin karşılaması öngörülüyor.

Ancak Baden-Württemberg Eyalet Hükümeti'nin yürüyüş özgürlüğüne saldırıları yalnızca bununla da sınırlı değil. Bunun dışında polis birliklerinin ve araçlarının seyahat masraflarını, baskı araçlarının tutarını da yürüyüşçülere ödettirmek istiyor eyalet hükümeti.

Bu kararın alınmasına yol açan güncel nedeni Amerikan yeni atom füzelerinin yerleştirileceği bölgelerde 12 Aralık'ta yapılan eylemler oluşturuyordu. Nitekim daha bu karardan önce Grossenstingen'de bulunan atom silahları deposunun önünde yapılan abluka eylemine katılanları taşıyan polislerin masraflarının karşılanması için hesapları kendilerine gönderildi. Ayrıca aynı uygulamaların Aşağı Saksonya'da da yapıldığına değinen Herzog, bu kararla yürüyüş özgürlüğünün sınırlandırılmadığını, çünkü onların sadece verilen talimatlara uyması gerektiğini belirtti.

Baden-Württemberg Eyalet Hükümeti'nin aldığı ve bu ayın ortalarında yürürlüğe konacak bu kararla bir yandan sivil halkın en küçük bir talimata uymaması bile cezalandırılmak istenirken, diğer yandan ise geniş halk yığınlarında yılgınlık yaratma ve yürüyüşlere katılmalarını önleme amacı güdülüyor.

FDP'li ve SPD'li milletvekilleri ve Polis Sendikası Yönetimi ile bu kararın Anayasa açısından düşündürücü olduğunu açıkladılar. Ancak buna rağmen Eyalet Hükümeti kararını her ne pahasına olursa olsun, uygulamak istiyor.

Aynı uygulamanın Bavyera'da da gerçekleştirilmesi için CSU'lu milletvekilleri Eyalet Parlamentosu'na önerge verdiler. Ve burda da gerçekleştirilmesi için ilk adım atıldı bile.

Hakim sınıfların yürüyüş özgürlüğünü sınırlayan, diğer bir deyişle kendilerine karşı yönelen direnişi engelleme çabalarına karşı asla sessiz kalınmamalıdır. Çünkü dün olduğu gibi bugünde kapitalistlerin ve onların hükümetinin saldırılarına karşı direniş gereklidir. Bunun için bu kararın geri alınması doğrultusunda protestoları yükseltelim!